



Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
Hamburg University of Applied Sciences

Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg
Fakultät Wirtschaft und Soziales
Departement Soziale Arbeit
Studiengang Bildung und Erziehung in der Kindheit

**Klaus will nicht mit Murat spielen - Einflussfaktoren von
Rechtsextremismus insbesondere in der Kindheit**

- Diskussion von Präventionsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen der Pädagogik

Bachelor-Thesis

Tag der Abgabe: 29.07.15

Vorgelegt von: Marie Kürle

Name, Vorname: Kürle, Marie

Matrikel- Nr.: [REDACTED]

Adresse: [REDACTED]

Betreuende Prüfende: Frau Prof. Dr. Ulber

Zweiter Prüfer: Herr Prof. Dr. Weidner

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	- 4 -
2.	Begriffsklärung Rechtsextremismus.....	- 6 -
2.1	Aspekte des Rechtsextremismus.....	- 7 -
2.1.1	Ausländerfeindlichkeit	- 7 -
2.1.2	Antisemitismus	- 8 -
2.1.3	Sozialdarwinismus.....	- 9 -
2.1.4	Verharmlosung des Nationalsozialismus	- 9 -
2.1.5	Chauvinismus.....	- 10 -
2.1.6	Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur.....	- 11 -
2.2	Rechtsextreme Einstellungen und rechtsextreme Orientierungen.....	- 11 -
2.3	Rechtsextremes Verhalten.....	- 13 -
3.	Einflussfaktoren.....	- 14 -
3.1	Gesamtgesellschaftliche Einflussfaktoren.....	- 15 -
3.1.1	Mediale Einflussfaktoren.....	- 20 -
3.2.	Familiäre Sozialisation als Einflussfaktor.....	- 21 -
3.2.1	Erziehungsstil	- 22 -
3.2.2	Beziehungen zu den primären Bezugspersonen	- 23 -
3.2.3	Familiäre Kommunikation.....	- 25 -
3.2.4	Transmission	- 26 -
3.2.5	Ergänzung und Zusammenfassung familiärer Einflussfaktoren	- 28 -
3.3	Peers und Gruppenidentität als Einflussfaktor.....	- 29 -
3.4	Mögliche andere Einflussfaktoren.....	- 31 -
3.4.1	Anerkennungs- und Leistungsdruck innerhalb verschiedener Sozialisationsinstanzen.....	- 32 -
3.4.2	Schule als möglicher Ort der Nichtpartizipation und des Leistungsdrucks	- 33 -
4.	Interventionsmöglichkeiten.....	- 36 -
4.1	Grundsätzliche Ansätze der pädagogischen Interventionsarbeit.....	- 36 -
4.2	Politische Bildungsarbeit.....	- 38 -

4.3	Integrationspädagogik.....	- 39 -
5.	Präventionsmöglichkeiten.....	- 40 -
5.1	Präventionsmöglichkeiten von Politik, Gesellschaft und Medien.....	- 41 -
5.2	Präventionsmöglichkeiten in Schule und Kindertagesstätte.....	- 44 -
5.3	Außerschulische Bildungsangebote.....	- 49 -
5.4	Präventionen in Zusammenarbeit mit Eltern und in der Familie.....	- 51 -
6.	Wirksamkeit und Grenzen von Interventions- und Präventionsprogrammen.....	- 52 -
6.1	Vergleich der Programme mit den benannten Einflussfaktoren.....	- 52 -
6.2	Empirische Ergebnisse zur Wirksamkeit verschiedener Programme.....	- 55 -
6.3	Diskussion.....	- 58 -
7.	Vorschläge zur Erweiterung und Verbesserung von Präventionsmaßnahmen - ein Fazit.....	- 60 -
	Abkürzungsverzeichnis.....	LXIV
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	LXV
	Eidesstattliche Erklärung.....	LXX

1. Einleitung

" Wenn Jugendliche emotionale Nähe suchen und diese ausgerechnet bei den "Kameradschaften" der Rechten finden, dann haben es Pädagog(inn)en versäumt, ihnen eine Gegenstruktur anzubieten, die dieses Bedürfnis alternativ erfüllen könnte. " (Hufer 2011, S. 183)

Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Formen ist, auch auf Grund der deutschen Vergangenheit, ein immer aktuelles Thema. Bedingt durch den starken Anstieg von AsylbewerberInnen und Flüchtlingszahlen heute mehr denn je. Ende April 2015 lag die Zahl der laufenden Asylverfahren bei 209.700. Vor einem Jahr lag diese Zahl noch bei 103.353 anhängigen Verfahren (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015).

Laut der Studie „Stabilisierte Mitte - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ von der Universität Leipzig aus dem Jahr 2014 sind in allen Bevölkerungsgruppen rechtsextreme Einstellungen nachzuweisen. 5,6% der Bevölkerung hatten im Jahr 2014 ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Gleichzeitig war ein hoher Anteil unentschlossener BürgerInnen festzustellen, welcher sich je nach Dimension des Rechtsextremismus zwischen zwölf und 31 Prozent bewegt. Dies bedeutet, dass ein erhöhtes rechtsextremes Potential besteht.

Betrachtet man allein den Aspekt der Ausländerfeindlichkeit im Zusammenhang mit der Ablehnung von AsylbewerberInnen, Islamfeindlichkeit und einer Abneigung gegen Sinti und Roma, trifft man auf weit höhere Zahlen. 79,1% der Bevölkerung lehnen es ab, dass der Staat großzügiger bei Asylanträgen sein sollte. Die Stigmatisierung von Muslimen und Muslima sowie Sinti und Roma nimmt gerade in letzter Zeit erheblich zu. Alarmierend ist zudem, dass die jüngsten Befragten, die Gruppe der 14-30-Jährigen, in mehreren Aspekten des Rechtsextremismus die höchsten Werte erzielen (vgl. Decker et al. 2014, S. 59–62).

In Studien zum Thema Rechtsextremismus wird das Vorkommen rechtsextremer Einstellungen bzw. rechtsextremen Verhaltens bei Kindern selten erfasst. In den populären Medien hingegen finden sich Artikel zu dem Thema Rechtsextremismus in der Kita. Derzeit kommen viele Kinder von Eltern mit rechtsextremen Ideologien in die Kitas; darüber berichtet die Zeit Online 2013. So ziehen gerade in den östlichen Bundesländern viele Familien mit rechtsextremer Gesinnung in gleiche Gegenden. Die Kinder äußern dann offen, z.B. durch die Ausgrenzung dunkelhäutiger Kinder, die Einstellung ihrer Familien. Andere Kinder wiederum verhalten sich äußerst zurückhaltend. Darüber, dass ErzieherInnen in Kindertagesstätten aktuell vermehrt mit rechtsextremen Familien konfrontiert sind, berichtet die Süddeutsche Zeitung. Konkret wird hier über einen 4-jährigen Jungen berichtet, der Hakenkreuze malt und später deutlich gegen Kinder mit „anderer“ Herkunft schimpft. Gleichzeitig wird über hilflose ErzieherInnen berichtet. (vgl. Rietzschel 2014).

Betrachtet man nun noch einmal die oben genannte Zahl zur Ablehnung von Asylbewerbern und vergleicht diese mit aktuellen Daten zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünften, wird deutlich, dass (Aspekte) rechtsextremer Einstellungen ebenso Handlungsweisen bedingen. Im Jahr 2013 wurden 58 Angriffe verübt, 2014 waren es insgesamt 128 allein von Oktober bis Dezember kam es zu 67 Angriffen (vgl. Zeitonline 2015).

Die Aussage „*Kein radikales Milieu kann sich ohne akzeptierendes Umfeld bilden.*“ (Zick und Klein 2014, S. 32) deutet darauf hin, dass eine Gesellschaft, die rechtsextremem Gedankengut zustimmt oder dieses schweigend akzeptiert, einen Nährboden für rechtsextreme Gewalttaten bildet. So erzeugt auch die Gruppe der Bevölkerung, die unentschlossen ist, den Ausgangspunkt für den Zuwachs rechtsextrem motivierter Gewalttaten. Dies deutet daraufhin, dass Rechtsextremismus als ein aktuelles gesellschaftliches Problem zu verstehen ist. Deshalb liegt es in der Verantwortung von Politik, Gesellschaft und - als Akteur dieser beiden - der Pädagogik, wirksame Präventions- und Interventionsprogramme zu entwickeln und durchzusetzen. Um diese Programme entwickeln zu können, ist es wichtig sich kritisch mit Theorien und empirischen Ergebnissen zur Entstehung von Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Schwerpunkt dieser Arbeit soll es hierbei sein besonders die frühen Einflussfaktoren in den Blick zu nehmen, um als Kindheitspädagogin präventiv wirken zu können. Diese Arbeit greift interdisziplinäre Ansätze und Ergebnisse auf, um der Vielschichtigkeit dieses Themas gerecht zu werden.

Als Einstieg in das Thema Rechtsextremismus erfolgt zunächst eine Begriffsklärung. Um die Komplexität des Themas korrekt darzustellen, wird hierbei auf verschiedene Aspekte von Rechtsextremismus eingegangen, die sich am Ende zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild zusammenfügen und bei der differenzierten Klärung von rechtsextremer Einstellung und rechtsextremen Verhalten helfen. Hierauf folgen die Einflussfaktoren. Begonnen wird mit makrostrukturellen Einflussfaktoren, die sich auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Einflüsse beziehen. Gesondert hiervon erfolgt eine Übersicht über mediale Einflussfaktoren. Den größten Umfang haben in dieser Arbeit die Einflussfaktoren der familiären Sozialisation. Hierzu wird näher auf Erziehungsstil, Beziehung und Bindung zu den primären Bezugspersonen, auf familiäre Kommunikation und auf Transmissionswirkungen in Bezug auf die Entstehung von Rechtsextremismus eingegangen. Es folgt dann eine kurze Nennung weiterer möglicher familiärer Einflussfaktoren, die in den vorangegangenen Punkten keine Zugehörigkeit finden, sowie eine kurze Zusammenfassung um eine Übersicht zu gewährleisten. Als weitere Einflussfaktoren werden weiterhin Peers und Gruppenidentität bearbeitet, sowie mögliche andere Einflussfaktoren benannt. Der nächste Punkt konzentriert sich zunächst auf Anerkennungs- und Leistungsdruck innerhalb verschiedener Sozialisationsinstanzen und untersucht dann die Schule als möglichen Ort der Nichtpartizipation und des Leistungsdrucks. Anschließend daran werden Inter-

ventionsmöglichkeiten in Form von politischer Bildung und Integrationspädagogik unter gleichzeitiger Bezugnahme auf bestehende Programme benannt. Dieses Kapitel ist kurz gehalten, da Intervention erst dann von Nöten ist, wenn sich Menschen bereits in rechtsextremen Kreisen bewegen und dies meist eher im Jugend- oder Erwachsenenalter vorkommt. Diese Arbeit geht besonders auf Kinder als KlientInnen ein. Deshalb folgen hierauf Präventionsansätze, die sich zunächst mit den Möglichkeiten von Politik, Gesellschaft und Medien auseinandersetzen. Es folgen mögliche präventive Maßnahmen in Schule und Kindertagesstätte. Folgend wird auf außerschulische Bildungsangebote eingegangen, um am Ende dieses Kapitels genauer auf die Zusammenarbeit mit Eltern und in der Familie einzugehen. Im vorletzten Kapitel werden unter anderem die Erkenntnisse der vorherigen Kapitel zusammengeführt, um folgend die Ergebnisse zu diskutieren. Inhalt sind weiterhin Wirksamkeit und Grenzen von Präventions- und Interventionsprogrammen. Zunächst werden die aufgeführten Maßnahmen und Programme mit den genannten Einflussfaktoren verglichen. Darauf folgt eine empirische Betrachtung der Programme, um auf Basis der beiden ersten Punkte dieses Kapitels eine Diskussion über die Wirksamkeit und Grenzen von Programmen führen zu können. Das letzte Kapitel beinhaltet Vorschläge zur Erweiterung und Verbesserung von Präventionsmaßnahmen in der Kindheit und bezieht hierzu alle vorherigen Kapitel ein. Hierauf folgt ein Fazit.

Diese Arbeit geht der Frage auf den Grund, ob es Befunde gibt, die zeigen, dass insbesondere Einflussfaktoren in der Kindheit maßgeblich zur Entstehung von Rechtsextremismus führen. Des Weiteren soll geklärt werden, wie Präventionsmaßnahmen wirken und ob diese ausgebaut und erweitert werden müssten, um das Vorkommen von Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft zu vermindern.

2. Begriffsklärung Rechtsextremismus

Das Grundgesetz (GG) definiert Extremismus wie folgt:

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“ (Artikel 21 Abs. 2 GG)

Extremistisch ist also, wer antidemokratisch handelt oder seine Ziele nach einer nicht demokratischen Grundordnung ausrichtet. Der Begriff des Rechtsextremismus selbst beinhaltet in der Literatur noch viel mehr als nur die Gefährdung der Demokratie. Rechtsextremismus ist eine schwammige Begrifflichkeit, die nicht klar definiert ist und auf Grund ihrer Vielschichtigkeit auch nicht klar abgrenzbar und definierbar sein kann. Die Abgrenzung zum Linksextremismus findet vor allem dadurch statt, dass Rechtsextremismus die grundsätzliche Gleichheit aller Menschen negiert und der Linksext-

remismus aber, durch den Grundsatz der Gleichheit aller, die individuelle Freiheit überlagert (vgl. Oepke 2005, S. 30).

Der Begriff setzt einen gesellschaftlichen Normbereich voraus, die vorausgesetzte Normalität endet dann dort, wo der Extremismus beginnt. Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie an. Innerhalb des Rechtsextremismus kann zwischen verschiedenen Formen unterschieden werden: Neonazismus zielt auf einen autoritären oder totalitären Staat ab, nach dem Vorbild der Nationalsozialistischen-Ideologie (NS-Ideologie). Hitler wird als Verräter verstanden und die Anhänger sehen sich selbst als Nationalrevolutionäre. Der Neofaschismus hingegen strebt nach einer Wiederherstellung der politischen Ideologie Mussolinis und seiner faschistischen Herrschaft. Im Gegensatz zum Neonazismus ist er immer antisemitisch. Das Ziel beider Ausrichtungen ist es durch gezielte Aktionen den Rechtsextremismus mit seinen Ideologien nach vorn zu bringen und beide Parteien sind grundsätzlich antidemokratisch. Beide Formen sind Ausdruck von rechtsextremen Verhalten, eine weitaus größere Gruppe der Bevölkerung bringt hingegen eine rechtsextreme Einstellung mit (vgl. Wenzler 2001, S. 22–24).

Um eine klare Struktur zu erlangen, wird im folgenden Kapitel ein für diese Arbeit geltender Begriff des Rechtsextremismus - durch das Heranziehen verschiedener Literatur - formuliert. Hierfür werden sechs Aspekte des Rechtsextremismus erarbeitet und im Folgenden erläutert. Zudem erfolgt eine klare Abgrenzung von rechtsextremer Einstellung gegenüber rechtsextremen Verhalten.

2.1 Aspekte des Rechtsextremismus

Ausgehend von Ansatzpunkten verschiedener Studien und unterschiedlicher Theorien werden im Folgenden sechs Aspekte des Rechtsextremismus näher beleuchtet. Dies soll zielführend sein um eine genauere Definition des Begriffes zu erarbeiten. Gleichzeitig wird die Vielschichtigkeit des Begriffes noch einmal deutlich. Außerdem wird die Zustimmung zu den sechs Aspekten in Deutschland in den Blick genommen. Dies geschieht anhand der Studie „Die stabilisierte Mitte - Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014“, die von der Universität Leipzig durchgeführt und von Decker et al. veröffentlicht wurde.

2.1.1 Ausländerfeindlichkeit

Ausländerfeindlichkeit ist unter den folgenden Aspekten derjenige, über dessen Vorkommen besonders viele Studien angesetzt werden. Ausländerfeindliche Einstellungen beinhalten Vorbehalte und Ressentiments gegen Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Zick und Klein 2014, S. 34). Laut der Zeitreihenstudie Jugend in Brandenburg (1993, 1996, 1999, 2005 und 2010), durchgeführt vom Institut für angewandte Familien-Kindheits- und Jugendforschung, gibt es eine deutlich höhere Zustimmung zu dem Aspekt Ausländerfeindlichkeit als zu dem gesamten Konstrukt des Rechtsextremismus. Gleichzeitig ist festzustellen, dass „Rechtsextremismus“ der bedeutsamste Prädiktor von „Ausländer-

feindlichkeit“ ist (vgl. Burkert 2012, S. 181 ff). Ausländerfeindlichkeit in Verbindung mit Rechtsextremismus wird oft als Antipluralismus oder auch als Ethnopluralismus dargestellt. Antipluralismus meint, dass Staat und Gesellschaft homogen sein sollen. Minderheiten gefährden jedoch eine solche Homogenität. Deshalb sollen Minderheiten Gleichheitsrechte nicht zugesprochen werden. Ethnopluralismus knüpft hier an und ist gegen die Integration von Ausländern, da dies die Homogenität von Staat und Gesellschaft weitergehend gefährdet (vgl. Gessenharter 2010, S. 31ff).

Diese „Homogenitätserzwingung“ basiert auch auf einem biologischen Rassismus. Die Fremdgruppe, also Menschen mit Migrationshintergrund, wird als eine abweichende und minderwertige Lebensform definiert. Dies stabilisiert die eigene Gruppenidentität und rechtfertigt gleichzeitig die Ausgrenzung von kulturell Fremden. Gleichzeitig führt dies zu einem „Freund - Feind - Denken“, das vor allem auf vor- und nachteilsbezogenem Denken für die eigene bzw. die Fremdgruppe beruht. Gibt es z.B. in einer Region wenige Arbeitsplätze, so wird der Grund dafür darin gefunden, dass Menschen mit Migrationshintergrund der eigenen Gruppe die Arbeitsplätze wegnehmen. Das eigene Volk wird in einem Konkurrenzkampf mit anderen Ethnien betrachtet, was wiederum eine Form des Antipluralismus ist (vgl. Sturzbecher und Holtmann 2007, S. 210–215).

Die meisten Studien prüfen die unterschiedlichen Aspekte des Rechtsextremismus durch die Zustimmung oder Ablehnung verschiedener Aussagen durch die Befragten. Auch der Grad der Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit wird so gemessen. Gleichzeitig kann auf diese Weise z.B. auch festgestellt werden, ob die Abneigung gegen verschiedene ethnische Gruppen ab- oder zunimmt. Derzeit erfolgt eine solche Ablehnung vermehrt gegenüber Muslimen und Muslima, Sinti und Roma, sowie AsylbewerberInnen. Zwanzig Prozent der deutschen sind nach der Studie die „stabilisierte Mitte“ (2014) von der Universität Leipzig ausländerfeindlich. Jedoch stimmen weitaus mehr Deutsche beispielsweise den Aussagen „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ (43%), „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.“ (55,4%) und „Die meisten Asylbewerber fürchten nicht wirklich in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“ (55,3%) zu (vgl. Decker et al. 2014, S. 50ff). Dies lässt darauf schließen, dass derzeit partielle Ausländerfeindlichkeit im hohen Maße in Deutschland zu finden ist.

2.1.2 Antisemitismus

Unter Antisemitismus wird in der heutigen Zeit der Vorwurf an die Juden verstanden, die Deutschen mit dem Holocaust unter Druck zu setzen. Dies geht oft einher mit einer Relativierung der NS-Verbrechen (vgl. Gessenharter 2010, S. 31ff). Das „American Jewish Committee“ und der „European Jewish Congress“ definierten Antisemitismus im Jahre 2004 wie folgt:

„Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann ... Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ (Baker 2013).

Antisemitismus beinhaltet eine Stigmatisierung von und einen vorurteilsbehafteten Blick auf Menschen jüdischen Glaubens. Antisemitismus liegt, ähnlich wie Ausländerfeindlichkeit, die Annahme zugrunde, dass Minderheiten rassistisch unterschieden werden. Dies korreliert mit einer Abneigung oder sogar Furcht gegenüber dieser Minderheit (vgl. Zick und Klein 2014, S. 34). Antisemitismus bleibt für den Rechtsextremismus ein entscheidender Aspekt, da er Teil rechter Ideologien ist. Gerade auch vor dem Hintergrund des Holocausts, dessen Verharmlosung ebenfalls ein Aspekt des Rechtsextremismus ist.

In verschiedenen Studien werden unterschiedliche Parameter zur Erfassung der Judenfeindlichkeit angesetzt, dies beinhaltet zum Beispiel: "Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß", "Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.", "Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns" (vgl. Decker et al. 2014, S. 35). Diesen Aussagen stimmten 2014 ca. zehn Prozent der befragten Deutschen zu. Somit ist Antisemitismus nicht so weit verbreitet wie Ausländerfeindlichkeit, trotz dessen spielt er auch heute noch eine entscheidende Rolle.

2.1.3 Sozialdarwinismus

Sozialdarwinismus ist angelehnt an Darwins Evolutionstheorie. Der Stärkere überlebt, der Schwache muss zu Gunsten der evolutionären Weiterentwicklung weichen. Im Sozialdarwinismus gibt es die Unterscheidung zwischen wertvollem und wertlosem Leben (vgl. Burkert 2012, S. 177). Somit werden biologische Theorien auf Vorgänge in der Gesellschaft übertragen (vgl. Zick und Klein 2014, S. 34).

Der Sozialdarwinismus ist ein Kernelement des Rechtsextremismus. Er ist der Grundstein der rechtsextremen Ideologie, die Differenzierung von wertvollem und unwertem Leben. Sozialdarwinismus ist ein biologischer Rassismus, natürliche Auslese ist der Ursprung von Wertigkeitsunterscheidungen. Dies wird durch Aussagen erfasst, wie „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“, „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ oder „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“. Die Zustimmung zu diesen Aussagen liegt zwischen acht und dreizehn Prozent. (vgl. Decker et al. 2014, S. 36)

2.1.4 Verharmlosung des Nationalsozialismus

Die Verharmlosung des Nationalsozialismus umfasst zum einen das Bagatellisieren der Taten der NationalsozialistInnen, das Leugnen der Verbrechen sowie auch das Hervorheben vermeintlich positiver Geschehnisse und Handlungen der NationalsozialistInnen. Beispielsweise wird der Holocaust

abgetan, indem die Berichte über die Konzentrationslager als übertrieben bezeichnet werden (vgl. Burkert 2012, S. 177). Adolf Hitler wird stellenweise verehrt. Dabei wird gesagt, dass alles besser wäre, wenn Hitler den 2. Weltkrieg gewonnen hätte. Andererseits wird er, wegen seines Selbstmordes, als Verräter verachtet (vgl. Gessenharter 2010, S. 31ff). Rechtsextreme sind zudem der Meinung, dass sie keinerlei Verantwortung für die Taten des 3. Reichs tragen müssen (vgl. Sturzbecher und Holtmann 2007, S. 210 ff). Laut der bereits mehrfach erwähnten Studie der Universität Leipzig war in Deutschland im Jahr 2014 jeder Zehnte der Meinung, dass der Nationalsozialismus auch positive Seiten gehabt habe. Erfasst wurde die Verharmlosung des Nationalsozialismus durch folgende Aussagen: "Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.", "Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden." und "Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten." (vgl. Decker et al. 2014, S. 37). Diesen Aussagen stimmten sechs bis neun Prozent der Befragten zu. Dieser Aspekt ist somit in der deutschen Bevölkerung nicht so weit verbreitet wie vorrangegangene Aspekte.

2.1.5 Chauvinismus

Chauvinismus kann auch als ein dogmatischer Nationalismus betrachtet werden. Er ist verbunden mit Nichtachtung oder Missachtung anderer Völker. Es wird hierbei davon ausgegangen, dass die Deutschen als Volk anderen Völkern überlegen sind. (vgl. Burkert 2012, S. 177). Gleichzeitig ist Chauvinismus mit der Forderung verbunden, die Interessen des eigenen Landes nach außen durchzusetzen und zu verbreiten und sie dabei über die Interessen anderer zu stellen (vgl. Zick und Klein 2014, S. 34). In ausgeprägter Form ist Chauvinismus eine Rivalität um die Existenz des eigenen Volkes gegenüber anderen Völkern. Hier ist eine enge Verknüpfung mit dem Sozialdarwinismus zu finden, da keine Toleranz gegenüber der Verschiedenheit der Ethnien besteht. Zudem ist ein Anrecht auf das richtige Bild vom Menschen Teil des Chauvinismus.

Wohlstandschauvinismus ist eine Form des Chauvinismus, die im Zusammenhang mit Verteilungsgerechtigkeiten in der Gesellschaft entsteht. So wird im Zuge dessen häufig eine Bevorzugung von MigrantInnen unterstellt. Ausgehend vom chauvinistischen Bild der Überlegenheit des deutschen Volkes geht diese angenommene Privilegierung einher mit einer Abwertung der MigrantInnen. Es wird davon ausgegangen, dass die Deutschen mehr Anrecht auf beispielsweise Unterstützungszahlungen haben als Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Sturzbecher und Holtmann 2007, S. 210 ff) .

Bestimmt wird Chauvinismus beispielsweise durch folgende Aussagen: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“, „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ oder „Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“ Chauvinistische Aussagen finden zeitlich konstant Zuspruch in der Bevölkerung. Laut der Studie

stimmten 2014 zwischen einundzwanzig und neunundzwanzig Prozent der Befragten diesen Aussagen zu (vgl. Decker et al. 2014, S. 34 f).

2.1.6 Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur

Die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur umfasst das Bild einer Gesellschaft, die außerordentlich aneinander angepasst ist und deren fast deckungsgleiche Interessen durch einen strengen Staat durchgesetzt werden (vgl. Zick und Klein 2014, S. 34). Im extremen Fall wird ein militantes Führersystem angestrebt, das diktatorische und autoritäre Merkmale aufweist (vgl. Wenzler 2001, S. 22ff). Die Forderung nach einem Führer wird dann mit einer Verbesserung des Gemeinwohls in Verbindung gebracht. Es steht die Forderung nach einem Staatsoberhaupt im Raum, das mit harter Hand Lebensumstände verbessern soll. Gleichzeitig wird hierbei nur dieser einen Staatsform eine Wirksamkeit zuerkannt. (vgl. Burkert 2012, S. 177). Die Forderung nach Homogenität der Gesellschaft spielt auch hier eine wichtige Rolle. Es wird davon ausgegangen, dass Homogenität nur durch einen autoritären Staat verwirklicht werden kann.

Politik soll zur Durchsetzung der Interessen der Gesellschaft über Freund und Feind entscheiden. Die Vorstellung einer rechtsautoritären Diktatur beinhaltet auch ein undifferenziertes Denken. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass das Kollektiv wichtiger ist als das Individuum. Das Durchsetzen der Interessen der Gesellschaft bzw. des Staates ist vorrangig gegenüber den Interessen jedes einzelnen (vgl. Gessenharter 2010, S. 31ff).

Erfasst wird die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur durch Aussagen wie „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“, „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ und „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ Diesen Aussagen stimmten sechs bis fünfzehn Prozent der Befragten zu (vgl. Decker et al. 2014, S. 33).

2.2 Rechtsextreme Einstellungen und rechtsextreme Orientierungen

Die bereits beschriebenen Aspekte des Rechtsextremismus sind die Grundlage für die folgenden Abschnitte dieser Arbeit *Rechtsextreme Einstellung* und *Rechtsextremes Verhalten*. Deshalb wird nun auf die erfolgte Darstellung zurückgegriffen.

Stimmt das Weltbild einer Person mit allen oben genannten Aspekten überein, so ist die Rede von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Dieses Weltbild ist sowohl Kernelement für rechtsextreme Einstellungen als auch für rechtsextremes Verhalten. Es ist wichtig, diese beiden voneinander zu unterscheiden (vgl. Burkert 2012, S. 169ff). Wird allen Dimensionen des Rechtsextremismus zugestimmt, dies jedoch nicht in Form verschiedener Handlungen nach außen getragen, kann man von einer rechtsextremen Einstellung sprechen. Davon zu unterscheiden ist die rechtsextreme Orientierung, bei der nur in Teilen den Dimensionen zugestimmt wird. Rechtsextreme Einstellungen sind

im Gegensatz zum rechtsextremen Verhalten deutlich stärker in der Bevölkerung vertreten (vgl. Wenzler 2001, S. 22ff).

Um Erklärungsansätze zur Entstehung von Rechtsextremismus zu finden, ist es elementar, die rechtsextremistische Orientierung und Einstellung, die rechtsextrem motivierten Taten zu Grunde liegen, genauer zu analysieren. Wichtige Bestandteile dieser unterschiedlichen Ausprägungen von Rechtsextremismus sind Autoritarismus, Nationalismus, Ethnozentrismus, Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sympathie für den Nationalsozialismus und teilweise Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft (vgl. Oepke 2005, S. 32ff).

Die Gefahr des aktuellen Rechtsextremismus ist, dass dieser klar an Meinungsbilder vieler BürgerInnen anknüpft und somit die Themen der Mitte der Bevölkerung trifft. Feindbilder gegen Sinti und Roma und die Vorstellung, dass die deutsche Bevölkerung ein Vorrecht auf Arbeits- und Wohnplätze hat, teilt diese gesellschaftliche Mitte oft mit rechtsextremen Gruppierungen. Diese brauchen diesen Nährboden als Rückhalt zur Verbreitung ihrer Ideologie und zur Erreichung politischer Erfolge (vgl. Hormel und Scherr 2004, S. 191–194).

Sehr wahrscheinlich ist, dass Menschen, die eine rechtsextreme Einstellung haben, auch rechtsextreme Parteien wählen. Begründbar ist dies dadurch, dass Menschen, die in Studien verschiedenen rechtsextremen Aussagen zustimmen, sich auf die Frage nach der zu wählenden Partei vermehrt für rechts orientierte Parteien (z.B. die Alternative für Deutschland oder die Nationale Partei Deutschland) entscheiden würden. Das Wählen rechtsextremer Parteien zählt bereits zu rechtsextremen Verhaltensweisen, zwischen der Einstellung und dem letztendlichen Handeln liegt also nur ein schmaler Grat. Insgesamt lässt sich zudem feststellen, dass Personen mit rechtsextremer Einstellung auch eine höhere Zustimmung zu Gewalt mitbringen und selbst gewaltbereit sind. (vgl. Zick und Klein 2014, S. 46–50)

Da Studien zu rechtsextremistischen Einstellungen oft differenzierte Definitionen von Rechtsextremismus zu Grunde liegen, fallen die Ergebnisse solcher Studien häufig unterschiedlich aus. Die rechtsextreme Einstellung lässt sich deshalb nur schwer messen. Da die Befragten nichts über die subjektive Bedeutung der Zustimmung zum Rechtsextremismus aussagen können, lassen sich schwer Aussagen darüber treffen, inwieweit die rechtsextreme Einstellung zu einer politischen Handlungsbereitschaft führt. Einzig der Bereich des Wahlverhaltens dient als Messinstrument für diese beiden Komponenten.

So lässt sich anhand verschiedener Studien feststellen, dass seit 1990 im Durchschnitt zehn Prozent der Bevölkerung rechtsextrem eingestellt sind: Mädchen und Jungen, Frauen und Männer in gleichem Maße. In den alten Bundesländern ist der Anteil derer mit rechtsextremer Einstellung eher der älteren Bevölkerung zuzuordnen, in den neuen Bundesländern eher der jüngeren. Zudem fällt auf,

dass in Regionen, in denen wenige MigrantInnen leben, der Anteil der rechtsextremen Bevölkerung höher ist, als in solchen, in denen viele Menschen mit Migrationshintergrund leben (vgl. Elverich 2011, S. 35ff).

Laut der Zeitreihen-Studie „Stabilisierte Mitte“, die in dem Abschnitt „Aspekte des Rechtsextremismus“ bereits mehrfach Verwendung gefunden hat, ist ein Rückgang derjenigen mit einer manifesten rechtsextremen Einstellung sowie einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild im Jahr 2014 festzustellen. 2002 wiesen noch 9,7% der Bevölkerung ein rechtsextremes Weltbild auf, 2014 waren es nur noch 5,6%.

Zwischen zwölf und 31 % der Befragten lassen sich der Gruppe der Unentschiedenen zu ordnen. Diese Unentschiedenheit kann auch auf ein rechtsextremes Potential hinweisen (vgl. Decker et al. 2014, S. 59–62). Dies ist auch deshalb relevant, da BürgerInnen, die zwar nicht rechtsextrem eingestellt sind, aber Rechtsextremismus nicht als Problem wahrnehmen, die Ausbreitung von Rechtsextremismus befördern (vgl. Zick und Klein 2014, S. 54).

Rechtsextreme Netzwerke entstehen oft auf der Grundlage rechtsextremer Einstellungen (vgl. Elverich 2011, S. 26 f).

2.3 Rechtsextremes Verhalten

Auf der Basis der vorangegangenen Passagen gelangt man nun zum Bereich des rechtsextremen Verhaltens. Rechtsextremes Verhalten entwickelt sich immer aus rechtsextremen Einstellungen und rechtsextrem motivierte Handlungsweisen basieren auf diesen. Das bedeutet, dass die Begründung für rechtsextremes Verhalten in den verschiedenen Aspekten des Rechtsextremismus zu finden ist. Beispielsweise kann ein Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft durch den Aspekt der Ausländerfeindlichkeit begründet sein. Die Täter sehen dann die Homogenität der Gesellschaft durch die Flüchtlinge als Minderheit bedroht und wollen durch deren Verdrängung die Homogenität wiederherstellen. Der Übergang von einer rechtsextremen Einstellung zu einem rechtsextremen Verhalten wird durch verschiedene Faktoren bedingt. Diese können zum Beispiel Gelegenheitsstrukturen oder der Einfluss der Bezugsgruppe darstellen. Rechtsextremes Verhalten bedeutet nicht immer gewaltbereites Verhalten, sondern beinhaltet alle Handlungsweisen, die auf der rechtsextremen Einstellung basieren. Schon das Wählen rechtsextremer Parteien zählt hierzu. Handlungsweisen sind dann auch die Zugehörigkeit zu rechtsextremen Gruppen oder rechts motivierte Gewalt (vgl. Zick und Klein 2014, S. 46–50).

Wenzler (2001) stellt Kriterien rechtsextremen Verhaltens auf, die an die oben angeführten Aspekte des Rechtsextremismus anknüpfen. So wird hier eine aggressive Form des Nationalismus benannt, die eine Antipathie gegen Minoritäten beinhaltet. Als ein weiterer Punkt wird Intoleranz benannt, die vor allem Bezug nimmt auf mangelnde Perspektivübernahme und das Durchsetzen der eigenen Inte-

ressen. Das Ziel eines diktatorischen und autoritären Führersystems, das Idealisieren des Nationalsozialismus und die unterschwellige Bereitschaft Gewalt zu nutzen, um die eigenen Interessen durchzusetzen, sind weitere Punkte (vgl. Wenzler 2001, S. 22ff).

Nahezu alle Gewalttaten mit rechtsextremen Hintergründen werden von Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren verübt (vgl. Burkert 2012, S. 170).

Rechte Subkulturen nutzen neue Medien und Freizeitangebote um Jugendliche für sich zu gewinnen. Deshalb sind Mitglieder rechtsextremer Gruppen meistens zwischen vierzehn und 21 Jahre alt (vgl. Brenner 2011, S. 268).

Laut einer bundesweiten Studie im Auftrag des Innenministeriums, die 2007 und 2008 durchgeführt wurde, gaben 4,9% aller männlichen Neuntklässler an, einer rechten Gruppe anzugehören (vgl. Goddar und Schmidt 2009). Rechtsextremes Verhalten tritt daher vermehrt bei Jugendlichen und jungen Menschen auf.

3. Einflussfaktoren

In diesem Kapitel sollen die Einflussfaktoren behandelt werden, die zur Entstehung von Rechtsextremismus führen. Rechtsextremes Verhalten ist häufig bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu finden und in unterschiedlichen Studien wurde nachgewiesen, dass auch rechtsextreme Einstellungen vermehrt bei älteren Kindern und Jugendlichen auftreten. Auch deshalb ist Rechtsextremismus ein Thema der Kinder- und Jugendarbeit.

Identitätsbildung, der Einfluss verschiedener Sozialisationsinstanzen und weitere individuelle Faktoren sind elementar, um die Entstehung von Rechtsextremismus zu erklären. Um die Frage zu klären, ob und inwieweit Einflussfaktoren in der Kindheit zur Entstehung von Rechtsextremismus beitragen, liegt der Fokus dieses Kapitels auf dieser Altersphase. Das Kapitel beschäftigt sich jedoch zunächst mit gesamtgesellschaftlichen Einflussfaktoren, die insbesondere Lebensbedingungen in den Blick nehmen sowie mit verschiedenen gesellschaftlichen Prozessen. Gesondert soll an dieser Stelle auch der Einfluss der Medien aufgeführt werden.

Hiernach folgen individuelle Faktoren, die sich besonders mit familiärer Sozialisation und der Wirkung von Peer-Groups beschäftigen. Die familiäre Sozialisation wird besonders in den Blick genommen und umfasst Beziehungsmuster, Erziehungsstile, Kommunikation und Transmission.

Zum Schluss werden mögliche andere Einflussfaktoren beleuchtet. Hierbei wird der Fokus auf die Schule als Sozialisationsinstanz gesetzt. Zudem wird ein möglicherweise vorhandener gesellschaftlicher und schulischer Leistungsdruck als Ursache für Rechtsextremismus in den Blick genommen.

Inwieweit welche Einflussfaktoren die Entstehung von Rechtsextremismus am meisten beeinflussen, ist nicht leicht zu beantworten. In der theoretischen Literatur gehen hierzu die Meinungen stark auseinander. Auch Studien kommen bei der Ermittlung der Einflussfaktoren auf unterschiedliche Ergeb-

nisse. Dennoch wird versucht, im Folgenden Theorie und Empirie zusammen zu bringen und somit primäre und essentielle Einflussfaktoren herauszuarbeiten. Diese sollen Erklärungsansätze bieten anhand derer an späterer Stelle Interventions- und Präventionsmaßnahmen erarbeitet werden sollen.

3.1 Gesamtgesellschaftliche Einflussfaktoren

Die gesamtgesellschaftlichen Einflussfaktoren tragen einen wichtigen Teil zum Verständnis der Ursachen von Rechtsextremismus bei. Anders als in nachfolgenden Abschnitten dieses Kapitels ist der Einfluss verschiedener makrostruktureller Faktoren im großen Maße nachweisbar. Es gibt eine große Vielfalt an Theorien zu diesen Einflussfaktoren. An dieser Stelle soll nur eine Auswahl all dieser aufgezeigt werden. Deprivation, Individualisierung in Industriegesellschaften und der Einfluss von Globalisierung auf die Gesellschaft und den sozialen Wandel werden an dieser Stelle zuerst bearbeitet. Zudem wird der Einfluss der Politik dargestellt und die Kontakttheorie umrissen. Zu Letzt folgt ein aktueller Ausblick auf wirtschaftliche, strukturelle und regionale Verhältnisse, die in Verbindung mit den genannten Einflussfaktoren stehen.

Deprivation ist ein Zustand der Entbehrung oder ein Gefühl der Benachteiligung. Gesellschaftlich bedeutet Deprivation soziale Ausgrenzung. Diese soziale Ausgrenzung kann sowohl durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe als auch durch Armut verursacht sein. Objektive Deprivation ist standardisiert und wird anhand von z.B. Einkommensverteilungen gemessen. Die relative Deprivation ist die Wahrnehmung der eigenen sozialen Stellung oder Zugehörigkeit als benachteiligt. Fühlt eine Gruppe oder gar große Teile der Gesellschaft ihre soziale Identität bedroht oder wird die (wirtschaftliche) Entwicklung als kritisch betrachtet, ist davon auszugehen, dass eine Krise in der Gesellschaft bzw. Wirtschaft vorhanden ist. Es kann bereits innerhalb einer Volkswirtschaft wirtschaftlich kritisch sein, solange dies aber nicht durch einzelne Subjekte vermittelt wird, gibt es in der Gesellschaft keine Krise und somit auch keine großflächige Deprivation. Gleichzeitig kann trotz dessen für jede Minderheit eine relative Deprivation entstehen, ohne dass dies von anderen Gruppen wahrgenommen wird. Was zählt, ist hierbei also das subjektive Gefühl der Beteiligten.

Deprivation kann durch empirische Studien eindeutig mit der Entstehung rechtsextremer Einstellungen in Verbindung gebracht werden. Deprivationserfahrungen hängen hiernach immer mit einer mehr oder weniger starken Abwendung von Demokratie zusammen und meist auch mit ablehnendem Verhalten gegen Minderheiten. Die Deprivation wird auch als „key concept of social psychology“ angesehen (vgl. Decker et al. 2014, S. 18–19).

Bestehen Defizite in Arbeits- Produktions- und Einkommensbedingungen, kann Unzufriedenheit bei den Betroffenen entstehen. Für Jugendliche kann der Ausschluss vom Arbeitsleben aufgrund der Phase der Identitätsbildung, in der diese sich befinden, deutliche psychische und auch soziale Aus-

wirkungen haben. Konjunkturelle Krisen, regionale und sektorale Strukturkrisen und eine eventuell damit in Verbindung stehende Deprivation kann also, im Besonderen bei jungen Menschen, zu Ausgrenzungserfahrungen führen, die dann Vorurteile gegen Fremde und den Glauben an eine Verbesserung der Zustände durch eine autoritäre Staatsmacht befördern. Ökonomische Teilhabe birgt also ein Integrationspotenzial - bleibt diese Teilhabe aus, findet ein Legitimationsverlust der Gesellschaft statt. Hieraus kann sich dann eine Aggression gegen den Staat herausbilden, die sich oft gegen andere Gruppen richtet. Eine andere Möglichkeit ist es, Zuflucht bei rechtsextremen Gruppen zu suchen (vgl. Wenzler 2001, S. 34–36 und Decker et al. 2014, S. 9–12).

Wichtig ist aber, dass gesellschaftlich benachteiligte Jugendliche nicht grundsätzlich eher von Rechtsextremismus bedroht sind. Einfluss hat hingegen drohender Statusverlust. Dies bedeutet, dass in Perioden mit hoher Arbeitslosigkeit und subjektiv wahrgenommener wirtschaftlicher Unsicherheit, MigrantInnen als KonkurrentInnen um knappe Güter - wie Arbeitsplätze und Wohnraum - gesehen werden. So sehen sich z.B. WählerInnen rechter Parteien eher als Verlierer des Modernisierungsprozesses. Nach einem Bericht von Westle (1995) in Bezug auf die Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) 1992 neigen Menschen mit Gefühlen der relativen Deprivation tendenziell eher zur Sympathie mit rechten Gruppen (vgl. Oepke 2005, S. 125ff).

Abgesehen von der relativen Deprivation ist der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel von großer Bedeutung. Dabei ist es nicht allein wichtig, in welche Richtung sich die Gesellschaft entwickelt. Eine große Tragweite hat, gerade in der heutigen Zeit, schon allein die Geschwindigkeit des sozialen Wandels. Als dauerhaft anhaltende und sich trotzdem stetig wandelnde Veränderung und prägend für die aktuelle Zeit sind die Globalisierung und die Modernisierung in Industrieländern. Modernes Kennzeichen der heutigen Industriegesellschaften und dem damit verbundenen sozialen Wandel ist die Herauslösung aus traditionellen Milieus und die Individualisierung des Menschen (vgl. Wenzler 2001, S. 166). Diese schnellen Veränderungen durch Modernisierung in Industriestaaten können zu Unsicherheiten und - als eine Folge - zu rechtsextremen Gedankengut führen (vgl. Oepke 2005, S. 122).

Diese gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen können auch die Identitätsfindung von Jugendlichen stören. Eine Orientierung nach rechts wird dann als subjektiver Verarbeitungsweg verstanden. Durch Vereinzelungserfahrungen, auf Grund der Auflösung sozialer Milieus, gewinnen Gruppierungskategorien mit Naturmerkmalen an Bedeutung, gemeint sind hierbei Hautfarbe, Rasse usw.. Handlungsunsicherheiten, die durch Statusängste oder Verlust des sozialen Milieus ausgelöst werden, lösen die Suche nach Verhaltenssicherheit wie eindeutige Normenanweisungen, die Einordnung in Hierarchien oder Schutz und Stärkung des eigenen Selbstbewusstseins aus.

Durch Desintegrationserfahrungen in der Gesellschaft können zwei Typen von Jugendlichen eher rechtsextreme Gesinnungen entwickeln. Zum einen zählen hierzu Jugendliche, die soziale Ausgren-

zung erfahren, und aus dieser Erfahrung heraus Minderwertigkeitsgefühle entwickeln, die zur Suche neuer Bindungen führen. Als zweite Gruppe sind außerdem gesellschaftlich integrierte Jugendliche, die dies als Vorteil und Trumpf gegenüber anderen wahrnehmen, gefährdet, da sie diese Überlegenheitsgefühle nur durch Abgrenzung erfahren. Diese Abgrenzung ist wichtig in Bezug auf die Individualisierung. Als Folge dieser, werden „... eine allgemeine Entsolidarisierung und Instrumentalisierung sozialer Bezüge unter Jugendlichen...“ benannt (vgl. Oepke 2005, S. 121).

Daraus resultierend zeigen vermehrt ausländerfeindliche Jugendliche ein spezielles Orientierungsmuster in Bezug auf sozial Schwächere. Chancenungleichheiten werden in Bezug auf individuelle und kollektive Fähigkeiten legitimiert, Wohlstand wird als berechtigter Verdienst wahrgenommen. Dies bedeutet eine Begründbarkeit von Ausländerfeindlichkeit in einer Form des Wohlstandschauvinismus.

Dies ist gleichzeitig mit sozialdarwinistischen Vorstellung verbunden, da die Verdrängung von Schwachen zur Natur des Menschen erklärt wird.

ModernisierungsverliererInnen, denen es an zielführenden Zukunftsperspektiven fehlt und die keinen Ausweg aus sozialen und gesellschaftlichen Situationen sehen, werden leichter dazu neigen, potentielle KonkurrentInnen im Konflikt um knappe Ressourcen abzuwerten. Das eigene Anrecht auf diese Ressourcen wird so besser geltend gemacht. Dies ist unter anderem eine mögliche Erklärung für ein relativ hohes Maß an Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. Die Benachteiligung der erwähnten ModernisierungsverliererInnen ist vor allem in subjektiver Weise relevant und schließt sich dann wieder an die relative Deprivation an, die eng mit dem Statusverlust in Verbindung steht (vgl. Oepke 2005, S. 118–122).

Dies belegt auch die Theorie der sozialen Identität. Fühlt man sich selbst als Mitglied in einer sozial schwachen oder benachteiligten Gruppe, ist man bestrebt, diesen Zustand zu beenden. Diese Neuorientierung und Findung der eigenen Identität kann dazu führen, dass man sich einer nationalistischen Gruppierung anschließt oder andere soziale Gruppen ablehnt und diskriminiert (z.B. MigrantInnen) (vgl. Burkert 2012, S. 171).

Hieran schließt auch die Kontakttheorie an. Menschen, die viel Kontakt zu "fremden Gruppen" haben und persönliche Erfahrungen sammeln, entwickeln weniger Konkurrenzwahrnehmungen als solche, die über weniger oder gar keine persönlichen Erfahrungen mit fremden Gruppen verfügen. Ursache dafür, dass fremde Gruppen als Bedrohung angesehen werden, ist die evolutionsbiologisch erklärbar Angst vor dem Fremden. Manche Gruppen erscheinen als bedrohlich, andere wiederum nicht. Dies kommt daher, dass Medien und subkulturelle Milieus ein Bild des Unbekannten erschaffen, das Unsicherheit und Bedrohungsgefühle auslösen kann. Um dies zu bewältigen wird sich auf die von der Öffentlichkeit angebotenen Erklärungsmodelle bezogen, die auch rassistisch sein können. Zielgruppen, die negative Gefühle hervorrufen, werden meist gesellschaftlich definiert. Das Bilden von Stere-

otypen und Vorurteilen zur Aufwertung der eigenen Gruppe zieht das Anerkennen dieser Bilder mit sich, und bildet wiederum das Bild in der Gesellschaft mit. Diese Theorie erklärt im Ansatz das starke West- Ost Gefälle in Bezug auf Rechtsextremismus. In Ostdeutschland leben deutlich weniger Menschen mit Migrationshintergrund als in Westdeutschland. Daher könnte hier eine Ursache für die größere Verbreitung von Rechtsextremismus in Ostdeutschland zu finden sein (vgl. Wagner 2013, S. 245).

Eine soziale Benachteiligung, die unter anderem Konkurrenzdenken und Ablehnung fremder Gruppen zur Folge hat, entsteht durch die Globalisierung. Diese Folgen der sozialen Ungleichheit sind Ausdruck einer neoliberalen Modernisierung (vgl. Bozay 2011, S. 295). Durch Internationalisierung findet in Teilen eine Auflösung der nationalen Gemeinschaft und der ethnischen Homogenität statt. Dieser Trend verursacht ein Zusammenrücken von Nationalismus und Rassismus (vgl. Bozay 2011, S. 297).

Jugendliche suchen in dem Pluralismus unserer Gesellschaft nach Idealen und einem Ausweg; dies ist das Moment von Kameradschaft und nicht unbedingt von rechtsextremen Gruppen.

Rechtsextreme Gruppen nutzen die Isolation und/ oder die soziale Kälte, der junge Menschen ausgesetzt sind, für ihre politischen Zwecke. Die Gemeinschaft steht im Vordergrund, die Individualität eines Jeden wird für ein starkes Gruppengefühl aufgegeben. Junge Menschen bekommen durch hierarchische Gefüge, autoritäre Verhaltensweisen, Ordnung und Gehorsam ein Gefühl von Kontinuität und Orientierung - gerade auch in Bezug auf ihre Identitätsfindung in einer durch Veränderungen und soziale Ungleichheiten geprägten Gesellschaft.

Rechtsextreme Tendenzen sind zu verstehen als subjektive Verarbeitungen gesellschaftlicher Krisen und können die rechtsextremen Orientierungen im Rahmen ihres Identitätsfindungsprozesses für ihre psychosoziale Stabilisierung annehmen.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen rechtsextremer Einstellung bei Jugendlichen, einer politischen Entfremdung, Adoleszenz Krisen und einer Diskrepanz zwischen Werteerwartungen und Werteverwirklichungschancen (vgl. Wenzler 2001, S. 207–209).

Die politische Entfremdung geht einher mit dem Vertrauensverlust in politische Parteien. Dies geschieht, weil die Interessen der Jugendlichen durch diese nicht vertreten werden. Die Jugendlichen setzen sich dann nicht mit der Politik auseinander, sondern ignorieren diese und wenden sich anschließend anderen haltgebenden und hilfversprechenden Alternativen zu (vgl. Wenzler 2001, S. 189).

Rechtsextreme Einstellungen nehmen also in Zeiten von wirtschaftlichen Krisen, durch relative Deprivationserfahrungen und durch Individualisierungs- und Vereinzelungsprozesse in der Gesellschaft zu. In Deutschland ist derzeit eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu sehen. Die Arbeitslosen-

quote sinkt und die Exporte steigen. Die privaten Haushalte haben dadurch auch mehr Mittel zur Verfügung um den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2015). Dies stabilisiert auch die Mitte der Gesellschaft. Deshalb ist ein positiver Trend im Bereich des Rechtsextremismus zu beobachten. Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen hat insgesamt abgenommen. Hierdurch wird die Annahme bestätigt, dass Rechtsextremismus in Abhängigkeit zu wirtschaftlicher Entwicklung steht. Trotz dessen ist ein anderer negativ Trend zu beobachten; bestimmte Gruppen von MigrantInnen werden umso stärker diskriminiert. Die Erklärung dafür ist nicht nur auf eine Verschiebung zurückzuführen.

Menschen identifizieren sich mit dem, Staat in dem sie leben, um gerade bei wirtschaftlich positiver Lage, Teil zu haben an dessen Größe. Fällt diese Teilhabe weg, entstehen Aggressionen. Diese richten sich dann aufgrund der „autoritären Dynamik“ nicht gegen den Staat, sondern gegen andere. Dieses Verhalten ist dem oben beschriebenen Konkurrenzverhalten um knappe Güter sehr ähnlich (vgl. Decker et al. 2014, S. 65–69).

Als letzter Einflussfaktor ist hier die Zugehörigkeit zu bestimmten Milieus zu nennen, anhand der Sinus- Milieus. Das konsum-materialistische oder prekäre Milieu und das hedonistische Milieu werden mit Rechtsextremismus in Ostdeutschland in Verbindung gebracht. Gekennzeichnet sind beide durch hohe Konsumfreunde, eine relativ niedrige soziale Lage, Außenseiterpositionen in der Gesellschaft und Bildungsferne. Diese Kennzeichen beinhalten Auswirkungen des sozialen Wandels und der relativen Deprivation.

Bildungsferne ist bei den Konsum-MaterialistInnen ein Ansatz zur Erklärung von höherem rechtsextremem Vorkommen in der Gesellschaft. Schule wird als Ort zur Knüpfung sozialer Kontakte gesehen, nicht jedoch als Lernort, da LehrerInnen als Fremde in der eigenen Lebenswelt betrachtet werden und Lernen mit negativen Gefühlen besetzt ist. Dadurch entsteht das Gefühl als BildungsverliererIn in der Gesellschaft zu stehen. Dies wird mit Ohnmacht verbunden an der eigenen Lage nichts verändern zu können. Dieses Gefühl wird auf die eigenen Kinder übertragen ohne zu versuchen, diese beim Verlassen dieses Kreislaufs zu unterstützen. Die schulischen Misserfolge der Kinder stützen dies noch weiterhin. Der Begriff Bildung wird nur als erbrachte Leistung für einen besseren Job und mehr Geld gesehen und nicht als Gut. Dies erklärt, warum Kinder und Jugendliche schnell zu BildungsverliererInnen werden und durch dysfunktionale Strategien versuchen sich selbst aufzuwerten und ihre Identifikation mit einer rechtsextremen Gruppe entwickeln.

Ob Menschen mit niedrigem Bildungsstatus und schlechter sozialer Lage in rechtsextreme Gruppen rutschen, hängt auch davon ab wie die Politik Steuerungs-, Legitimations- und Integrationsleistungen erbringt. Entsteht z.B. das Gefühl von politischer Machtlosigkeit, steigt auch die Zustimmung zu antidemokratischen Konzepten (vgl. Burkert 2012, S. 173).

Dies zeigen auch die Ergebnisse der Studie „Aufschwung Ost? Lebenssituationen und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher“, veröffentlicht von Hoffmann im Jahr 2012. Hiernach korrelieren Schulunlust, materialistische Wertorientierungen und Politikverdrossenheit mit Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit bei Jugendlichen. Dies deutet wiederum darauf hin, dass insbesondere Ausländerfeindlichkeit häufig in Verbindung mit Wohlstandschauvinismus auftritt. Das Einkommen soll hoch sein, die AusländerInnen nehmen den Deutschen aber die Arbeitsplätze weg und gleichzeitig interessiert sich Politik nicht für die Belange des Bürgers (vgl. Burkert 2012, S. 181 ff).

3.1.1 Mediale Einflussfaktoren

Da der Einfluss der Medien, gerade auch durch den hohen Gebrauch dieser durch Jugendliche, wichtig ist um ein genaues Bild über das Einwirken der verschiedenen Faktoren zu bekommen, befasst sich dieser Abschnitt hiermit. Dabei ist es wichtig wie die populären Medien Einfluss auf Meinungsbilder in der Gesellschaft nehmen.

Medien können durch die Aufbereitung von Informationen oder das Weglassen bestimmter Informationen die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen lenken. Verschiedene Muster, die zu einer Verbreitung rechtsextremer Einstellungen führen, sind hierbei fast schon gängig. Der Hang zur Dramatisierung und Darstellung von Migration als Bedrohung suggerieren eine Differenzierung von Deutschen und MigrantInnen, die dann eine Abwehrstimmung erzeugt. Dadurch werden auch Zuordnungen, im Sinne eines „Schubladen-Denkens“, ermöglicht und vereinfacht. Zudem findet eine Unterteilung, von gut arbeitenden MigrantInnen, die Nutzen für die Gesellschaft erbringen und solchen, die als nutzlos gelten und Sozialleistungen beziehen, statt. Berichten Medien von Kriminalität, stellen sie hierbei oft ethnische Bezüge her. Diese beiden Berichtsmuster könnten eventuell auch die Ablehnung von Sinti und Roma erklären, die in den Medien häufig als „Sozialschmarotzer“ dargestellt werden.

Einwanderung wird als ein Problemkontext eingeordnet und somit von der Mitte der Gesellschaft getrennt (vgl. Spindler 2011, S. 284–287). Medien nutzen, gerade bei einer Täter- Opfer- Berichterstattung, die Herkunft der Beteiligten um Differenzen hervorzuheben.

Zudem stehen Medien in enger Verbindung mit der Politik. Die Politik benutzt die Medien zeitweise als Wissensquelle. Dieses Wissen setzt sie dann in verschiedenen Debatten und politischen Argumentationen ein. Hierüber berichten dann wieder die Medien. Das Verhältnis von Politik und Medien besteht quasi aus einer Schleife (vgl. Spindler 2011, S. 287–289).

Außerdem können Medien ein Bild des Unbekannten schaffen, indem sie einige Kulturen und Ethnien als etwas sehr Fremdes darstellen. Dies löst dann Unsicherheiten und Bedrohungsgefühle aus (vgl. Wagner 2013, S. 245).

Andererseits sind auch die Berichte über rechtsextreme Personen kritisch zu betrachten. Eine Analyse der ARD/ZDF-Medienkommission zur Berichterstattung im Öffentlich-rechtlichen Fernsehen aus den Jahren 2000/2001 zeigt, dass hauptsächlich GegnerInnen und Opfer von Rechtsextremismus in Fernsehsendungen thematisiert werden. TäterInnen mit rechtsextremen Hintergründen hingegen werden nur benannt oder gezeigt und kommen nicht zu Wort.

28% der Berichterstattungen zeigen negativ wertende Urteile über rechtsextremen Aktivitäten, wobei ostdeutsche Akteure vorrangig gezeigt werden. Eine emotionale und dramatisierende Berichterstattung überwiegt gegenüber einer rationalen Analyse. Hinzu kommt, dass Journalisten über wenig fundierte Kenntnisse verfügen (vgl. Rieker 2009, S. 18–23).

3.2. Familiäre Sozialisation als Einflussfaktor

Familie ist ein dynamisches Gebilde, da sie sich ständig im Balanceakt zwischen traditionellen Anforderungen und Modernisierungsprozessen bewegt (vgl. Becker 2008, S. 40).

Insgesamt gibt es, im Gegensatz zu gesellschaftlichen Einflussfaktoren, verhältnismäßig wenige Studien zu Entstehungsursachen von Rechtsextremismus in der Familie. Das liegt möglicherweise daran, dass solche Studien in der Kritik stehen, die Ursachen zu sehr individuell, anstatt gesellschaftlich zu verorten. Eine Pathologisierung von Rechtsextremismus ist dabei ein weiterer Vorwurf, dies bezieht sich z.B. auf einen möglichen Zusammenhang von Störungen in Familienbeziehungen und Rechtsextremismus. Als letzter Punkt ist zu nennen, dass sich die Erfassung von Daten, die einen Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und familiärer Sozialisation erklären wollen, schwierig gestaltet. Es müssten Langzeitstudien angesetzt werden, die Kinder begleiten, bis sie junge Erwachsene sind, um eine Korrelation dieser beiden Merkmale festzustellen (vgl. Becker 2008, S. 129).

Trotzdem ist es von großer Bedeutung die familiären Einflüsse gezielt in den Blick zu nehmen, um anhand einer genauen Ursachenanalyse passende Präventionsprogramme erarbeiten zu können.

Da die Familie als Sozialisationsort viele verschiedene Aspekte mit sich bringt, werden diese hier in einzelnen Abschnitten näher erläutert. Gleichzeitig wird Theorie mit Empirie verknüpft, um eindeutige Aussagen zur Bedeutsamkeit einzelner Aspekte herauszuarbeiten.

Zunächst beschäftigt sich dieses Kapitel mit dem Erziehungsstil. Danach werden die Beziehungen zu den primären Bezugspersonen und die familiäre Kommunikation näher betrachtet. Am Ende wird die Bedeutsamkeit von Transmission in den Fokus genommen.

Familienklima als wichtiger Punkt, der die Entwicklung von Kindern beeinflusst, wird nicht speziell aufgeführt. Begründet ist dies darin, dass das Familienklima in so gut wie allen der oben genannten Punkte enthalten ist. Es gibt eine Grundstimmung innerhalb von Familien und diese beinhaltet den Umgang mit Emotionen und Konflikten, das Kommunikationsverhalten und, hierdurch beeinflusst,

letztendlich auch die Eltern- Kind- Beziehung sowie das Erziehungsverhalten der Eltern (vgl. Wertfein 2007).

3.2.1 Erziehungsstil

Die Unterscheidung zwischen drei definierten Erziehungsstilen ist in der Literatur geläufig. Diese drei sind der autoritative Erziehungsstil, der antiautoritäre Erziehungsstil und der autoritäre Erziehungsstil.

Dem autoritativen Erziehungsstil liegen demokratische Auffassungen zu Grunde. Er impliziert Zuwendung, Anerkennung und konsequente Sanktionierung. Lob und Sanktion sind nicht leistungsgebunden. Dieser Erziehungsstil begünstigt die Entwicklung von Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Gleichzeitig gibt der autoritative Erziehungsstil Kindern die Chance, Konsequenzen aus ihrem eigenen Handeln zu ziehen.

Der antiautoritäre Erziehungsstil beinhaltet eine geringe Grenzsetzung. Meist ist Lob oder ein anderer Einfluss auf das Verhalten der Kinder inkonsequent, falls Appelle erfolgen, bleiben diese folgenlos. Oft führt dieser Erziehungsstil zu Verunsicherung und Überforderung des Kindes.

Der autoritäre Erziehungsstil lässt sich durch enge Grenzsetzung und Starrheit beschreiben und bietet gleichzeitig wenig Raum für kindgerechte Erklärungen. Lob und Strafe können leistungsbezogen erfolgen. Bestrafung kann auch durch physische Gewalt stattfinden. Dies alles hat eine Abhängigkeit des Kindes und eine dadurch bedingte Passivität zur Folge (vgl. Becker 2008, S. 41–45 und S. 331–335).

Der autoritäre Erziehungsstil ist oft als Einflussfaktor zur Entstehung von Rechtsextremismus beschrieben. So geht aus einer Sekundäranalyse der Leipzig- Mannheim- Studie von Noack im Jahr 2011 hervor, dass der elterliche Erziehungsstil Einfluss auf die politische Einstellung von Kindern hat. Mit dem Grad der Autorität des Erziehungsstils steigt auch das Maß an Fremdenfeindlichkeit bei Kindern (vgl. Becker 2008, S. 129–133).

Eltern rechtsextremer Jugendlicher legen eher Wert auf konservative Erziehungsziele, wie Gehorsam, Disziplin und Pünktlichkeit. Wird Machtbehauptung in der Erziehung eingesetzt, kann das bei Kinder und Jugendlichen die Fähigkeit Schuldgefühle zu entwickeln und Normen zu verinnerlichen, verringern. Zudem ist ein Zusammenhang von autoritärem Erziehungsstil und einer autoritären Einstellung festzustellen. Dies bestätigt z.B. Merten 1993.

Vorurteile und Gehorsam entwickeln sich ursprünglich in der Kindheit durch den Erziehungsstil und durch das allgemeine Familienklima. Der autoritäre Erziehungsstil ist ein wichtiger Baustein zur Ausbildung von Autoritarismus und begünstigt somit die Entwicklung eines sogenannten autoritären Charakters (vgl. Oepke 2005, S. 133–142).

Den Begriff des autoritären Charakters prägten Adorno et al. 1950. Macht ein Kind Erfahrungen mit vermeintlich berechtigter und rechtmäßiger Gewalt des Überlegeneren, überträgt es diese Erfahrungen im Erwachsenenalter auf Randgruppen und Schwächere. Mit Gewalterfahrungen sind physische Gewalt und auch Gewalt in Form von psychischer Gewalt, Machtausübung und harter Bestrafung gemeint. Dieses Erziehungsverhalten der Eltern hat Auswirkungen auf antidemokratische Einstellungen und Gewaltbereitschaft der Kinder (vgl. Decker et al. 2014, S. 9–12).

Autoritarismus zählt neben Aggressivität und Fremdenfurcht zu den Bedingungen und Ausprägungen von Rechtsextremismus, die bereits im Alter von vier bis fünf Jahren erkennbar sein können (vgl. Rieker 2009, S. 33).

Der autoritäre Charakter beinhaltet außerdem geringes Selbstbewusstsein, eine starke Bereitschaft zum Gehorsam, Identifikation mit Stärke, ein Schwarz-Weiß-Denken, das vor allem den Wunsch nach Vor- und Feindbildern prägt, eine Orientierung an Hierarchien, ein Gefühl des Hasses auf Schwache und Fremde und das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Geborgenheit (vgl. Wenzler 2001, S. 30).

Betrachtet man die Charakterstrukturen des autoritären Charakters und blickt noch einmal auf die Aspekte des Rechtsextremismus zurück, so findet man Parallelen. Viele der genannten Merkmale entsprechen der Befürwortung einer autoritären Diktatur, dazu zählt z.B. das Schwarz-Weiß-Denken, sowie eine Orientierung an Hierarchie. Der Hass auf Schwache und Fremde kann mit Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus in Verbindung gebracht werden.

Ein autoritativer Erziehungsstil ist förderlich um die Bewältigung von Entwicklungsaufgaben der Kinder zu unterstützen. Selbstbewusstsein, Selbstwirksamkeit und Selbstständigkeit können hierdurch unterstützt und gefördert werden. Diese Charaktermerkmale treten denen des autoritären Charakters entgegen und können somit resilient wirken.

Jugendliche mit problemvermeidenden Reaktionen wie Gewaltbereitschaft sowie Jugendliche mit mangelndem Selbstbewusstsein kommen oft aus Familien mit starker Kontrolle, geringer emotionaler Unterstützung und wenig Möglichkeiten autonom zu wirken. Dies spiegelt inhaltliche Elemente des autoritären Erziehungsstils wieder (vgl. Oepke 2005, S. 68 ff).

3.2.2 Beziehungen zu den primären Bezugspersonen

Im Folgenden ist die Rede von primären Bezugspersonen. Hiermit sind Personen gemeint, zu denen Kinder ihre ersten, wichtigsten und lebenslangen emotionalen Bindungen aufbauen. Eltern oder Mutter wäre an dieser Stelle zu eng gefasst da davon ausgegangen wird, dass Kinder in unterschiedlichen Familienstrukturen aufwachsen.

Die ersten Bindungs- und Beziehungserfahrungen sind für Kinder von großer Bedeutung und beeinflussen ihre Entwicklung maßgeblich. Deswegen ist es für die Erklärung des Einflusses von Bezie-

hungserfahrungen essentiell, an dieser Stelle kurz auf die Bindungstheorie von Bowlby aus dem Jahr 1984 einzugehen. Da dies aber nur einen geringen Anteil dieser Arbeit ausmacht, wird ein gewisses Grundverständnis dieser Theorie vorausgesetzt.

Die Möglichkeit sich zu binden ist angeboren und beim Neugeborenen vorhanden, Bindung bedeutet, eine starke emotionale Verbindung zu einer anderen Person aufzubauen. Das innere Arbeitsmodell ist in der Theorie von Bowlby eine Art Bündelung von Beziehungserfahrungen, am Wichtigsten sind hierbei die Bindungserfahrungen mit der primären Bezugsperson. Die Erfahrungen, die ein Kind innerhalb der Familie macht, trägt es nach außen und bringt somit eine Erwartungshaltung in andere Beziehungen mit.

Bindungstypen führen zu einer ersten Identität und zeigen auch, ob ein Kind etwas gerne (für jemanden) oder ob es etwas aus Pflichtgefühl tut. Bindungserfahrung beeinflussen außerdem die Entwicklung sozialer Kompetenzen (vgl. Becker 2008, S. 25–30).

Ein *sicher gebundenes* Kind erfährt eine sofortige und richtige Erfüllung seiner Bedürfnisse durch die primäre Bezugsperson. Das Kind kann sich zudem an der Bezugsperson orientieren und von der sicheren Basis der Bezugsperson aus explorieren. *Sicher gebundene* Kinder haben ein gutes Emotionsverständnis, nehmen eher Anteil an den Gefühlen anderer und haben ein besseres Bewusstsein für sich selbst und ihre Umwelt (vgl. Ahnert 2010, S. 45ff).

Die frühen Beziehungserfahrungen eines *unsicher gebundenen* Kindes hingegen sind geprägt durch abweisendes Verhalten und mangelnde Reaktionsbereitschaft seitens der Bezugsperson sowie deren Abwesenheit.

Das Selbstbild eines Kindes entwickelt sich maßgeblich aus den erlebten Beziehungserfahrungen mit der/den Bezugsperson(en). Durch die positive Bestärkung seitens der Bindungsperson und deren Hilfe bei der Regulation von negativen Gefühlen entwickelt sich ein positives Selbstbild. Das Kind lernt über die positive Bewertung der eigenen Identität sich selbst als liebenswert zu sehen. Durch Kommunikation mit der Bezugsperson lernen Kinder ebenfalls frühzeitig sich selbst zu reflektieren. Ein *sicher gebundenes* Kind, welches hier beschrieben wurde, besitzt daher ein positives Selbstbild. Ein Kind mit *desorganisiertem* Bindungsverhalten entwickelt hingegen ein nachhaltig negatives Selbstbild (vgl. Ahnert 2010, S. 67ff).

Das Selbstbild eines Kindes und auch die ersten Beziehungserfahrungen sind maßgeblich für die Entwicklung von sozialen Kompetenzen. Die erste Beziehung eines Kindes beeinflusst die Entwicklung von Empathievermögen, Perspektivübernahme und die Fähigkeit eigene Gefühle zu reflektieren. Sind diese Fähigkeiten nur unzureichend vorhanden, nimmt dies Einfluss auf soziale Interaktion und Kommunikation und kann im späteren Verlauf Defizite hervorrufen, die die Wahrscheinlichkeit zur Entstehung von Rechtsextremismus erhöhen (vgl. Becker 2008, S. 30f).

3.2.3 Familiäre Kommunikation

Familiäre Kommunikation steht in einem engen Zusammenhang zu Erziehungsstilen und Beziehungen zu Bezugspersonen. Kommunikation ist immer ein sozialer Prozess und findet immer zwischen zwei oder mehr Menschen statt. Dieser Prozess verläuft reziprok, alle Mitglieder einer „Kommunikations-Gruppe“ sind hieran beteiligt (vgl. Hunscha 2003).

"Man kann nicht nicht kommunizieren, denn jede Kommunikation (nicht nur mit Worten) ist Verhalten und genauso wie man sich nicht nicht verhalten kann, kann man nicht nicht kommunizieren." (Watzlawick in Bender 2014). Diese Aussage von Watzlawick bedeutet also für innerfamiliäre Kommunikation, dass jedes Familienmitglied immer kommuniziert, auch wenn gerade nichts gesagt wird. Des Weiteren ist für Kommunikationsmuster innerhalb der Familie wichtig, sich kurz mit dem Inhalts- und dem Beziehungsaspekt von Kommunikation auseinander zu setzen. Über den Inhaltsaspekt werden Informationen untereinander weiter gegeben. Derjenige, der diese Information empfängt, hat eine bestimmte Meinung über die Beziehung. Dies ist dann der Beziehungsaspekt. Es gibt keine Kommunikation, die nur informativ erfolgt. Besteht eine schlechte Beziehung, wird diese über die Inhaltsebene kommuniziert und es kann somit eine gestörte Kommunikation erfolgen (Bender 2014). Die Beziehung zueinander ergibt sich aus der Bindungsqualität, dem Verständnis füreinander und auch durch den Erziehungsstil. Dieser entsteht auch durch gegenseitiges Handeln, das aufeinander bezogen ist. Durch diese Interaktion und all seine Bestandteile wie Konflikte, Meinungsverschiedenheiten und auch Einigkeit, erlernt das Kind sozialkognitive Handlungsweisen. Kommunikation und Interaktion sind abhängig von Beziehungen zueinander und beeinflussen diese ebenfalls. Die Verweigerung der Kommunikation führt gleichzeitig zu einem negativen Beziehungsmuster. Die Basis einer Kommunikation ist gleichzeitig auch die Beziehung selbst. Beziehung und Kommunikationsverhalten stehen in Wechselseitigkeit zueinander. Der Erziehungsstil als solcher ist Ausdruck dieser Reziprozität von Beziehung und Kommunikation bzw. Interaktion zwischen Kind und Eltern. Gleichzeitig beeinflusst das Verhalten des Kindes den Eltern gegenüber deren Verhalten und umgekehrt. Kinder entwickeln durch das elterliche Konfliktverhalten eigene Konfliktlösestrategien. Das Kind lernt durch die Interaktion mit seinen Eltern die Selbstwirksamkeit und Handlungsmuster für spätere Beziehungen (vgl. Becker 2008, S. 41).

Becker (2008) führte eine Studie durch, in der Jugendliche mit verschiedenen starken rechtsextremen Einstellungen und ihre Eltern interviewt wurden. Hierbei ging es hauptsächlich um familiäre Interaktion und Kommunikation. Dabei wurden verschiedene Interaktions- und Kommunikationstypen festgelegt. Durch die Ergebnisse der Studie lässt sich der Einfluss der Interaktion in der Familie auf die Auflösung rechtsextremer Denkweisen nachvollziehen. Gleichzeitig sind aber auch Rückschlüsse auf den Einfluss zur Entstehung von Rechtsextremismus möglich.

Zwei der Interaktions- und Kommunikationstypen sind geprägt durch eine gute Beziehung zwischen Eltern und Kind. Es findet innerhalb der Familie eine offene Auseinandersetzung über politische Einstellungen statt. Der familiäre Kommunikationsraum wird durch eine gute Eltern- Kind- Beziehung geschützt. Zudem konnte bei den Kindern eine meist sichere Bindungserfahrung sowie ein erfahrener autoritativer Erziehungsstil nachgewiesen werden. Dies wiederum verbessert die Beziehungsebene und führt zu einer besseren familiären Kommunikation auf der Inhaltsebene. Die Jugendlichen, die zu dieser Gruppe gehören, weisen eine geringe rechtsextreme Einstellung auf. Zudem zeigt sich, dass bei ihnen eher außerfamiliäre Einflüsse für ihre rechtsextreme Orientierung verantwortlich sind. Beim dritten Kommunikationstypen ist mindestens zu einem Elternteil eine schlechte Beziehung vorhanden. Die Eltern sind für die Jugendlichen keine Ansprechpartner. Politische Themen werden nicht besprochen. Das Verhältnis zwischen Jugendlichen und ihren Eltern ist durch wenig Zeit seitens der Eltern geprägt. Die Familie kommt selten zusammen und es findet so gut wie keine offene Kommunikation statt. Die Eltern haben ein indifferentes Erziehungsverhalten, sie setzen Regeln und Konsequenzen selten oder nur in Teilen durch. Man könnte sagen, alle Familienmitglieder haben den familiären Kommunikationsraum verlassen.

Der letzte Kommunikationstyp weist ebenfalls eine schlechte Beziehung zu mindestens einem Elternteil auf. Der andere Elternteil dient dafür oft als Ansprechpartner. Gespräche über Politik finden ab und zu statt. Oft ist der eine Elternteil sehr auf sich allein gestellt und trägt alle Belastungen. Dies gefährdet dann wiederum den familiären Kommunikationsraum. Der Erziehungsstil ist hier meist autoritär. Teilweise unterliegt der Elternteil einer Idealisierung durch den Jugendlichen.

Die ersten beiden Typen zählen zu einem positiven Interaktions- und Kommunikationsraum, die letzten zu einem eher negativen. Es zeigt sich, dass Jugendliche, die in einem guten Kommunikationsraum aufwachsen für Rechtsextremismus weniger anfällig sind als solche, die in einem negativen aufwachsen (vgl. Becker 2008, S. 340–348).

3.2.4 Transmission

Generationenzusammenhang bedeutet ein Miteinander von Individuen, die durch etwas verbunden sind, aber keine konkrete Gruppe bilden. Bestimmte Mitglieder dieses Generationenzusammenhangs nehmen nur zeitlich begrenzt an geschichtlichen Prozessen teil. Deshalb müssen die Erfahrungen dieser Zeit (Kulturgüter) an andere Mitglieder des Generationenzusammenhangs weiter gegeben werden. Dieser Prozess markiert die Kontinuität des Generationenwechsels.

Gemeinsame Grundintentionen wie Zukunftsvisionen einer idealen Gesellschaft oder Ideologien sind Elemente der Generationeneinheit, welche auch Menschen miteinander teilen können, die räumlich oder persönlich voneinander getrennt sind.

Mehrere Generationseinheiten können miteinander im Konflikt stehen und neue Ideen entwerfen, die sie in die Gesellschaft einbringen. Man betrachtet Generationen im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Entwicklung.

Intergenerationale Transmissionen sind eine Grundvoraussetzung menschlicher Gesellschaft, da Normen, Kenntnisse und Erfahrungen an die nächste Generation weiter gegeben werden.

Allerdings sozialisieren heute Kinder auch ihre Eltern. Wandlungsprozesse sind Teil der heutigen Gesellschaft, da alte Erfahrungen oft nicht mit neuen Zielen vereinbar sind.

Innerfamiliär werden immaterielle Güter wie Werte oder Grundorientierungen weiter vererbt und können auf jedes Familienmitglied und ihr Handeln, Fühlen und Denken wirken. Dies wird aber durch die Subjektivität eines jeden einzelnen kontinuierlich verändert (vgl. Becker 2008, S. 45–50).

In der Familie passiert Bildung, auch politische Bildung, über aktuelle Beziehungen und Generationenbeziehungen und über das Miteinander, d.h. über Erziehungsstil, familiäre Kommunikation, Beziehungen usw.

Bei der familiären Transmission geht es um die Weitergabe kulturellen Kapitals. Kulturelles Kapital umfasst Bildung, die nützlich in sozialen Beziehungen ist. Es wird innerhalb von Familien weitergegeben, die jedoch über ein unterschiedlich hohes Maß an kulturellem Kapital verfügen.

Über das kulturelle Kapital hilft Familie Denkmuster zu entwickeln, die helfen die eigene Umwelt und seine eigene Rolle in dieser wahrzunehmen und zu verorten. Sprache ist ebenfalls eine Kompetenz, die zentral in Familien entwickelt wird, außerdem zählt die kognitive Aneignungsfähigkeit hierzu. In der Familie findet zudem die Entwicklung des eigenen Geschmacks und der eigenen Vorlieben und Abneigungen statt.

Verständigung und Konfliktlösungen zwischen einzelnen Subjekten einer Familie führen zum Erwerb sozialer Kompetenzen wie Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidarität. Familie ist somit eine wichtige Sozialisationsinstanz im Leben eines Kindes. Sozialisation passiert immer zwischen Fremd- und Selbstsozialisation. In der Literatur gibt es Meinungen, die sagen, dass die Eltern als Sozialisationsinstanz heute immer mehr in den Hintergrund rücken. Sie werden durch den Einfluss der Peers ersetzt. Dies geschieht deshalb, weil Kinder immer mehr Zeit in Institutionen wie Kindertagesstätten oder Schulen verbringen.

Zu vergessen ist dabei aber nicht, dass Eltern bereits in den frühen Jahren die Grundsteine für die Selbstsozialisationsmöglichkeiten ihrer Kinder legen. Eltern haben einen großen Einfluss auf die Herausbildung von Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit. Dies geschieht durch Bindungserfahrungen, Kommunikation und Erziehungsstile (vgl. Becker 2008, S. 30–39).

An dieser Stelle kommt die familiäre Transmissionswirkung ins Spiel. Die Stärke der Transmissionswirkung ist abhängig von dem Niveau der Beziehungen innerhalb der Familie. Bietet die Familie ein

positives Familienklima, gibt Anregungen und gilt als emotional wichtig für das Kind, ist die Transmissionswirkung hoch.

Wenn jedoch kein klares Erziehungskonzept vorhanden ist, bzw. ein autoritäres oder ein antiautoritäres Konzept vorliegt, werden die Sozialisationskraft und die Transmissionswirkung geschwächt. Das bedeutet, dass auch die Stärke des Einflusses der Peers abhängig ist vom Eltern - Kind- bzw. innerfamiliären Verhältnis. Ist dieses eher schlecht, steigt der Einfluss der Peers an.

Es kann eine positive Korrelation zwischen Parteipräferenz, Ausländerfeindlichkeit und national- autoritärer Einstellung der Eltern mit einer Entstehung dieser bei ihren Kindern nachgewiesen werden. Wichtig ist hierbei, dass die Wirkung der Eltern auf ihre Kinder umso größer ist, je allgemeiner die politischen Werte sind. Spezifischere und aktuellere Einstellungen hingegen verringern den Einfluss der Familie (vgl. Oepke 2005, S. 137–140).

3.2.5 Ergänzung und Zusammenfassung familiärer Einflussfaktoren

Laut Forschungsergebnissen begünstigen ein autoritärer Erziehungsstil und eine schlechte Beziehungs- und dadurch bedingte Kommunikationsbasis die Entstehung von Rechtsextremismus. Im Gegensatz dazu steht die Transmissionswirkung, die eher auf einem positiven Eltern - Kind- Verhältnis beruht und nur dann die Entstehung von Rechtsextremismus begünstigt, wenn nahe Familienmitglieder bereits rechtsextremistisches Gedankengut in die Beziehung zum Kind hineinbringen.

Laut verschiedener Studien, sind Familien rechtsextrem orientierter Straftäter oft stark zerrüttet und gekennzeichnet durch Gewalt, Scheidungen, Heimaufenthalte und Suchtprobleme der Eltern. Einige Straftäter aus formal intakten Elternhäusern sind möglicherweise in einem Konflikt mit ihren Eltern und distanzieren sich deshalb stark.

All diese Faktoren führen generell dazu, dass Jugendliche sich eher von der eigenen Familie ab und zu Jugendgruppen hinwenden. Dies ist bedingt durch eine inhaltslose Kommunikationsstruktur und durch eine mäßige Verbundenheit mit dem Elternhaus.

Wahl (2001) führte eine Studie mit Jugendlichen durch, die durch rechtsextremistische Gewalttaten auffällig geworden sind. Hierbei stellte sich heraus, dass Jugendliche, die rechtsextrêmes Verhalten zeigen vermehrt physische Gewalt durch Vater oder Mutter oder zwischen beiden Elternteilen erfahren haben. Gewalt ist für diese Jugendliche eine normale Verhaltensreaktion und eine erlernte Konfliktlösestrategie (vgl. Burkert 2012, S. 173f). Die Wichtigkeit eines dysfunktionalen Familiensystems zum Verständnis der Entstehung von Rechtsextremismus unterstreicht auch eine Studie von Kohlstruck. Hiernach gaben rechtsextrem motivierter Straftäter an, dass ihre Mütter nur zu 50% und ihre Väter nur zu 30% eine Bedeutung in ihrem Leben haben, wohingegen die Clique mit 88% einen sehr großen Bedeutungswert in ihrem Leben einnimmt. Die Flucht in eine rechtsextreme Organisation ist somit auch die Suche nach familiärem Ersatz.

Bereits in der frühen Kindheit werden Persönlichkeitsmerkmale entwickelt, die bedeutsam sind für die Ausbildung von politischer Orientierung und die bereits eine verdeckte politische Sozialisation Wirkung mitbringen. Zur Entwicklung dieser ist die Familie der wichtigste Einflussfaktor, da diese als erster Sozialisationsort dient. Hiervon gehen psychoanalytische Ansätze aus.

In der Verhaltensgenetik hingegen, wird davon ausgegangen, dass die Familie einen eher geringen Sozialisationseinfluss aufweist. Die Gene spielen aus dieser Sicht eine wichtigere Rolle. Hiernach ist eine Kontinuität von politischer Einstellung und Persönlichkeitsmerkmalen über Generationen hinweg durch genetische Faktoren bedingt.

Laut einer Längsschnittstudie von Mussen (1984) konnte ein Zusammenhang mit Persönlichkeitsmerkmalen, die bereits im Alter von 13- 14 Jahren stabil ausgeprägt waren, und der politischen Einstellung hergestellt werden. Hiernach besitzen Menschen mit konservativer, eher rechtsgerichteter Einstellung, im Gegensatz zu liberal eingestellten, ein geringeres Selbstwertgefühl. Das Selbstwertgefühl ist wiederum geprägt durch familiäre Beziehungen und Kommunikation und somit ist hier ein Zusammenhang zu familiären Einflussfaktoren zu finden (vgl. Oepke 2005, S. 65–67 und Burkert 2012, S. 175f)

Weiterhin ist laut einer Studie von Wahl (2001a) bei einer Befragung rechtsextremer Gewalttäter herausgekommen, dass diese bereits im Alter von acht Jahren das erste Mal Gewalt gegen Personen ausgeübt haben. Die rechtsextreme Orientierung begann dann im durchschnittlichen Alter von vierzehn Jahren. Dies weist weiterhin darauf hin, dass bereits in der Kindheit erste Einflüsse nachzuweisen sind (vgl. Burkert 2012, S. 175).

Mit vier bis fünf Jahren beginnen Kinder bewusst ihre eigene ethnische Zugehörigkeit und die von anderen wahrzunehmen. Hier kann bereits eine Ablehnung von Kindern anderer ethnischer Herkunft erfolgen. Diese Ideen können dann bereits verinnerlicht und ins Selbstbild aufgenommen werden. Die Entwicklung der Einstellung gegenüber Fremdgruppen ist davon abhängig, wie interethnische Beziehungen von Erwachsenen gestaltet werden. Sind die Kinder gezwungen, sich für die Eigen- oder Fremdgruppe zu entscheiden, kann dies zu einer Abwertung der Fremdgruppe führen (vgl. Rieker 2009, S. 32–34).

3.3 Peers und Gruppenidentität als Einflussfaktor

Um den Einfluss von Peers auf die Entstehung von Rechtsextremismus zu untersuchen, ist es wichtig, Peers als soziale Ressource von Kindern und Jugendlichen wahrzunehmen. Die Beziehung zu einem Gleichaltrigen ist anders als die zu der eigenen Familie. Rollen sind in solchen Gruppen nicht von Anfang an fest geschrieben. Jeder muss und kann seinen eigenen Platz in dieser sozialen Gruppe neu finden. Freundschaft hat eine Perspektivübernahme und eine gegenseitige Kooperation zur Bedingung. Gleichzeitig hilft sie Perspektivübernahme zu erlernen und kann außerdem zu mehr Lebenszu-

friedenheit und zur Verbesserung des eigenen Selbstkonzepts beitragen. Die Intensität, mit der Freunde Einfluss auf ein Subjekt haben, hängt auch mit dem Verbundenheitsgefühl und mit dem Austausch der Kinder mit der eigenen Familie ab (vgl. Oepke 2005, S. 72 ff).

Politik wird in der Familie eher thematisiert als im Freundeskreis. Je nach Ausmaß des Einflusses der Peers nehmen diese aber eine unterstützende Funktion bei der Persönlichkeitsentwicklung ein. Die soziale Gruppe unterstützt auch den Bewältigungsprozess des sozialen und gesellschaftlichen Wandels und die damit einhergehenden Effekte der Individualisierung und der relativen Deprivation. Dies wiederum kann sich dann auf die politische Orientierung von Kindern und Jugendlichen auswirken (vgl. Oepke 2005, S. 133–142).

Durch einen langen Bildungsweg verbringen Menschen heute lange Zeit mit Gleichaltrigen, was den Einfluss generationsübergreifender Erfahrungen senkt und den von Peer-Groups stärkt (vgl. Wenzler 2001, S. 166 und 171- 172).

Die soziale Gruppe hat außerdem eine große Bedeutung für die Identitätsbildung. Hier wird ein großer Teil des Selbst- und Fremdbildes geformt. Eine subjektive Aufwertung der eigenen Gruppe geht häufig mit einer Abwertung anderer Gruppen und gleichzeitig mit einer Aufwertung des eigenen Selbstbildes einher. Vermeintlich statusniedrige Gruppen, wie AsylbewerberInnen, sind insbesondere dann mit Vorurteilen behaftet, wenn die dominantere Gruppe diese als Konkurrenz wahrnimmt. Hierbei entsteht ein Gefühl der Bedrohung des eigenen Selbst, da eine Rivalität um knappe Güter wie Arbeitsplätze oder auch um verschiedene Wert- und Normvorstellungen besteht (vgl. Wagner 2013, S. 245).

Abhängig von den Emotionen, die die fremde Gruppe auslöst, reagiert die dominante Gruppe. Ärger lässt die Gewaltbereitschaft steigen, erscheint die fremde Gruppe bedrohlich, löst das oft ausweichendes und vermeidendes Verhalten aus. Die Gewaltbereitschaft lässt sich vor allem bei rechtsextremen Kleingruppen beobachten. Die Dynamik erzeugt den Druck mitzumachen und schürt Emotionen, die Gewaltbereitschaft auslösen können (vgl. Wagner 2013, S. 245). Versprechen sich die Handelnden von der Ausführung einer Gewalttat Erfolg, erfolgte diese auch eher. Bedingt wird dies dadurch, dass in der näheren Umgebung Gewalt mehr akzeptiert wird. Ist die eigene Teilhabe eingeschränkt, führt dies zu entsprechenden Überzeugungen und Persönlichkeitsmerkmalen (vgl. Wagner 2013, S. 254f).

Gruppenidentität bildet sich aus dem Bedarf der Verbesserung des eigenen Selbstwertgefühls, das durch familiäre Einflüsse oder auch durch gesamtgesellschaftliche Einflüsse ungünstig entwickelt sein kann. Durch ein nachteiliges familiäres Klima, das durch vernachlässigendes, leistungsbezogenes oder autoritäres Verhalten seitens der Eltern geprägt ist und Kindern wenig Nähe und Geborgenheit bietet, suchen Kinder und Jugendliche eben diese Geborgenheit bei Gleichaltrigen.

Um weiterhin ihre eigenen Defizite auszugleichen und sich selbst durch die Zugehörigkeit zur Gruppe aufzuwerten, ist die Entwicklung von Vorurteilen gegenüber Fremdgruppen ein häufiges Mittel. Vorurteile bieten dann Orientierungs- und Filterfunktionen und geben Struktur und Ordnung. Sie helfen, eventuell entstandene Aggressionen gegen Eltern oder auch die Gesellschaft abzubauen und steigern zu guter Letzt die Selbstachtung durch die Aufwertung der zugehörigen Gruppe und des kollektiven Selbstwerts (vgl. Oepke 2005, S. 128–131)

Laut eines Jugendsurveys herausgegeben von Heitmeyer (2006) korreliert Gruppenkongruenz, Differenzierung und Dominanz mit Fremdenfeindlichkeit. Schottet sich die Gruppe nach außen ab und weist autoritäre Züge auf, sind fremdenfeindliche Einstellungen wahrscheinlich. Toleranz und Offenheit hingegen stehen in einem negativen Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit (vgl. Fritzsche 2006, S. 90ff).

Geht man nun noch einmal zurück zu dem in den Erziehungsstilen beschriebenen autoritären Charakter, kann man einen Zusammenhang zwischen dessen Charakterstrukturen und den hier beschriebenen Gründen für Gruppenidentität erkennen. Mangelndes Selbstbewusstsein, das Bedürfnis nach Vor- und Feindbildern sowie auch das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Geborgenheit, sind Anzeichen dafür, dass Menschen mit autoritärem Charakter sich Gruppen und ihren Identitäten anschließen. Gleichzeitig zeigen diese aber auch eine extreme Gehorsamsbereitschaft und den Wunsch nach einer Orientierung an Hierarchiegefügen (vgl. Wenzler 2001, S. 30).

Der Wunsch nach einem autoritären Konzept zur Beseitigung der eigenen subjektiven und der kollektiven Missstände, verursacht durch Strukturkrisen, Arbeitslosigkeit, Wohnraummangel usw., wird dann in einer rechtsextremen Gruppe befriedigt. Diese bietet dann möglicherweise zusätzlich noch Möglichkeiten, Aggressionen freien Lauf zu lassen.

Dies betrifft auch die späte Kindheitsphase oder Jugend, da durch eine ökonomische und sozial missliche Lage der Eltern die Kinder immer mit betroffen sind (vgl. Wenzler 2001, S. 34ff).

Hinzu kommt, dass mit ungefähr 12 Jahren die kognitiven Möglichkeiten zum Erfassen politischen Geschehens vorhanden sind (vgl. Oepke 2005, S. 65). Gerade in dieser Zeit findet eine vermehrte Orientierung außerhalb der Familie statt und mit dem Eintritt in die Pubertät auch eine Ablösung vom Elternhaus. Geraten Kinder auf der Suche nach ihrer eigenen Identität auf eine durch Rechtsextremismus geprägte Gruppenidentität, ist es möglich, dass sie hier verweilen.

3.4 Mögliche andere Einflussfaktoren

Mit den Sozialisationsinstanzen Familie und Peers und durch die verschiedenen gesamtgesellschaftlichen Einflussfaktoren sind bereits viele der bedeutenden Einflussfaktoren benannt. Schule als eine weitere wichtige Sozialisationsinstanz soll in diesem Bestandteil der Arbeit beleuchtet werden. Zudem geht es im Weiteren darum, den Einfluss von Leistungsdruck auf die Ausbildung einer rechtsext-

remen Orientierung zu untersuchen. In vielen bereits benannten Punkten des familiären Einflusses spielte Leistungsdruck eine Rolle. An dieser Stelle besteht möglicherweise eine Korrelation mit gesamtgesellschaftlichen Faktoren.

Zunächst sollen in diesem Abschnitt jedoch weitere Einflussfaktoren benannt werden, die keinen Platz in vorangegangenen Schilderungen fanden.

So ist eindeutig nachzuweisen, dass Alltagserfahrungen mit Menschen anderer Herkunft vor einer Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit schützen. Begründet ist dies in der Angst vor dem Fremden. Treffen Kinder und Jugendliche in ihrer Nachbarschaft oder Schulklasse auf einen hohen Ausländeranteil, weisen diese wahrscheinlicher eine geringere Ausprägung des Merkmals Ausländerfeindlichkeit auf.

Jugendliche, die Ausländer zu ihrem Freundeskreis zählen, weisen geringere fremdenfeindliche Einstellungen auf. Wichtig ist hierbei allerdings, dass negative Alltagserfahrungen auch umgekehrt zu einem höheren Maß an Fremdenfeindlichkeit beitragen können (vgl. Fritzsche 2006, S. 88–94).

Trotzdem lässt sich unter anderem durch die Alltagserfahrungen und Begegnungen eine höhere Ausländerfeindlichkeit im Osten Deutschlands begründen. Dies belegt u.a. die Zeitreihenstudie „Fragile Mitte“ (2014), veröffentlicht von Zick und Klein, bei der im Jahr 2012 im Westen Deutschlands eine rechtsextreme Orientierung von 7,3% und im Osten Deutschlands 15,8 % nachgewiesen wurde. Dieses Ergebnis ist neben der wirtschaftlichen Problemlage in Ostdeutschland auch dem geringeren Ausländeranteil zu zuordnen (vgl. Zick und Klein 2014, S. 46).

Ein nicht zu missachtender Einflussfaktor zur Entstehung von Rechtsextremismus ist also die Wohnsituation in einem ostdeutschen Bundesland.

Des Weiteren ist ein in der Literatur immer wieder erwähnter Aspekt die Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht (vgl. Pfaff und Krüger 2006, S. 142f).

Hierfür konnte in einigen Studien aber festgestellt werden, dass dies nur für rechtsextremes Verhalten gilt. Mädchen wie Jungen unterschieden sich kaum, wenn die rechtsextreme Einstellung erfasst wird. Bedingt ist das höhere Vorkommen von Jungen und Männern bei rechtsextremen Verhalten vor allem durch Strukturen und Ideologien. Diese heben die Stärke und Wichtigkeit des männlichen Geschlechts hervor und werten Frauen eher ab und schreiben ihnen eine sehr klassische konservative Rolle zu (vgl. Burkert 2012, S. 175).

3.4.1 Anerkennungs- und Leistungsdruck innerhalb verschiedener Sozialisationsinstanzen

Leistungsdruck ist ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf die Entstehung von Rechtsextremismus. Er ist Inhalt von vielen vorangegangenen Einflussfaktoren.

Durch die Globalisierung und den sozialen Wandel ist jedes Subjekt mehr und mehr auf sich gestellt und hat viel Raum für individuelle Lebensentwürfe. Dies setzt aber gerade Jugendliche, die sich in

einer Phase der Identitätsfindung befinden, unter erheblichen Druck. Sie müssen selbstständig agieren, haben weniger Rückzugs- und Beratungsmöglichkeiten durch die Rückläufigkeit sozialer Milieus. Gleichzeitig müssen sie eigenständig für sich erkennen, was sie in beruflicher Perspektive erreichen wollen und sind dabei auch durch Deprivationen einem gesellschaftlichen Leistungsdruck ausgesetzt. Sie müssen gute Leistungen erbringen um ihre Existenz zu begründen und zu Erhalten. Die heutige Gesellschaft orientiert sich an Leistungen des einzelnen und nimmt wenig Rücksicht auf BildungsverliererInnen, die vielleicht auch auf Grund der Individualisierung auf der Strecke bleiben. (vgl. Decker et al. 2014, S. 18f; Oepke 2005, S. 122 und Wenzler 2001, S. 166).

Leistungsdruck ist außerdem innerhalb der familiären Einflussfaktoren zu finden. So ist ein Aspekt des autoritären Erziehungsstils, dessen positive Korrelation mit der Entwicklung von Rechtsextremismus nachgewiesen werden konnte, die Belohnung von guten Leistungen und die Bestrafung bei Leistungen, die nicht wünschenswert sind. Einher geht diese leistungsbezogene Form von Lob und Strafe oft mit Machtausübung der Eltern. Diese fordern Disziplin und Gehorsam von den Kindern ein. Lob erfolgt dann nur auf Basis der Einhaltung der von den Eltern aufgestellten Regeln oder auf Grund von erbrachten Leistungen in der Schule. Die Kinder stehen immer unter Druck und müssen sich selbst rechtfertigen und erfahren dabei keine Anerkennung für z.B. prosoziale Handlungsweisen (vgl. Becker 2008, S. 41–45 und Oepke 2005, S. 133–142).

Der Leistungsdruck ist dann ein zentraler Bestandteil des Lebens der Kinder und prägt ihren Lebensweg maßgeblich. Als Ausweg und auch auf der Suche nach Unterstützung kann eine rechtsextreme Gruppierung ihnen in diesem Fall Halt gewähren.

3.4.2 Schule als möglicher Ort der Nichtpartizipation und des Leistungsdrucks

Schule ist eine zentrale Sozialisationsinstanz, die ein Mensch im Laufe seines Lebens durchläuft. Von der Gesellschaft geprägt ist Schule auch ein Spiegel politischer und gesellschaftlicher Kultur (vgl. Elverich 2011, S. 37–ff). Die frühe Jugend ist das zentrale Alter für politische Sozialisation und Schule ist in dieser Zeit ein besonders dominanter Lebensbereich. Schule ist ein sozialer Ort und nimmt dadurch auch immer Einfluss auf die politische Bildung. Auch wenn sich das Verständnis für komplexe politische Vorgänge erst im durchschnittlichen Alter von zwölf Jahren entwickelt, ist Schule vorher schon prägend für Vorläufer politischer Bildung, soziale und personelle Kompetenzen.

Hierbei ist das Miteinander der Gleichaltrigen genauso relevant wie das allgemeine soziale Klima in der Schule, die Partizipationsmöglichkeiten und das Rollenmodell und Empathie Vermögen von LehrerInnen (vgl. Elverich 2011, S. 39–42).

Zudem ist Bildung ein bedeutender Faktor bei der Entstehung von Rechtsextremismus. Die Affinität zum Rechtsextremismus steigt bei sinkendem Bildungsgrad (z.B. Roth 1989). Die Ursache hierfür liegt darin begründet, dass der Bildungsgrad auch ein Maß für kognitive Kompetenzen sein kann. Ein nied-

riger Schulabschluss bietet weniger Zeit zum Erlernen kognitiver Kompetenzen und auch sozialer Kompetenzen. Es sind somit auch weniger Informationsverarbeitungsstrategien geboten, was zu einem Zurückgreifen auf Umwelt vereinfachende Kategorisierungsschemata führt. Der Bildungsgrad ist heute in Teilen auch immer noch abhängig von dem sozialen Status. Durch Perspektivlosigkeiten auf Grund eines geringen sozialen Status werden Kinder aus unteren Schichten eher auf Schulen gehen, auf denen sie niedrige Bildungsabschlüsse erreichen.

Außerdem kann schulische Struktur Schulangst und Versagensangst auslösen, ein Gefühl von Nutzlosigkeit hervorrufen und gleichzeitig den eigenen Selbstwert mindern. Auch bedingt durch gesellschaftliche Prozesse kann dies zu Unsicherheiten und Aggressionen führen, die wiederum ein rechts-extremes Gedankengut befördern (vgl. Oepke 2005, S. 142–147).

Empirisch erwiesen ist der Zusammenhang von schlechter Schulbildung und rechtsextremen Einstellungen. Damit gehen Defizite im Bereich der politischen Urteilsfähigkeit und des Demokratieverständnisses einher.

Nicht allein die fehlende Schulbildung korreliert mit der rechtsextremen Einstellung. Vielmehr ist hierfür eine geringe kognitive und empathische Fähigkeit von Bedeutung, die durch einen kurzen Bildungsweg und eine schlechte Schulbildung bedingt wird. Bildung erleichtert zudem den Zugang zu politischen Themen und hilft Verständnis für komplexe politische Vorgänge zu wecken. Dabei ist es aber wichtig, dass nicht allein formale Bildung das Erlernen dieser Fähigkeiten erleichtert. Trotzdem ist politische Bildung, auch im Sinne von Aufklärungsarbeit, durch die Schule wichtig (vgl. Elverich 2011, S. 39–42).

Abgesehen von politischer Bildung sind weitere Aspekte in der Schule bedeutend für die Entstehung von Rechtsextremismus. Die Schulkultur ist einer dieser Aspekte. Eine schlechte Schulkultur begünstigt Rechtsextremismus. Schulkultur ist das Zusammenspiel von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen und ihr Verhalten mit- und untereinander. Eine schlechte, rechtsextremistische Tendenzen fördernde Schulkultur beinhaltet Desintegration, wenig Partizipationsmöglichkeiten und Leistungsdruck sowie Schul- und Lernfrust (vgl. Elverich 2011, S. 42f).

Partizipationsmöglichkeiten in der Schule sind unterstützend für eine positive Einstellung und ein Verständnis von Demokratie. Zudem fördert Partizipation soziale Kompetenzen und personale Kompetenzen. Empathiefähigkeit, Kooperationsfähigkeit und Selbstbewusstsein können durch anregende Diskussionen und ein Miteinander bei der Planung von Projekten stetig gefördert werden. Teilhabe an der Gestaltung von schulischen Prozessen ist ein elementarer Aspekt zum Erlernen demokratischer Verhaltens- und Funktionsweisen. Gerade die politische Partizipationsbereitschaft - wie das Mitwirken in Bürgerinitiativen oder das Sammeln von Unterschriften - ist aber wiederum abhängig vom Bildungsgrad junger Menschen. Umso wichtiger ist es in der Schule immer wieder Partizipationsanreize anzubieten. Durch Gelegenheiten zur Teilhabe in der Schule steigt auch die außerschuli-

sche politische Aktivität und Teilhabe an. Partizipation erzielt vor allem dann den gewünschten Effekt, wenn sich das teilhabende Subjekt eine Wirkung davon verspricht. Parallel hierzu ist es von Bedeutung, die anderen Sozialisationsinstanzen, insbesondere die Familie, mit in den Blick zu nehmen. Von Partizipation kann sich vor allem Wirkung erhofft werden, wenn diese bereits im Elternhaus erlernt wird. Dies erklärt möglicherweise den Einfluss des Bildungsgrades auf die Partizipationsfähigkeit. Stammt ein Kind aus einer Familie mit niedrigem sozialen Status ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass der Bildungsgrad dieses Kindes niedriger ist. Gleichzeitig zeigen die Eltern wenige Partizipationsmöglichkeiten auf, so dass das Kind ohne Vorkenntnisse auf Partizipationsangebote in der Schule stößt. Wird dann in der Schule zusätzlich wenig Anreiz zur Partizipation gegeben, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass später ein eher schwaches Verständnis für und wenig Teilhabe an demokratischen Prozessen erfolgt (vgl. Böhm- Kasper 2006, S. 62 f).

In einem Jugendsurvey (2006), herausgegeben von Heitmeyer, wurden dreizehn bis sechzehn Jahre alte SchülerInnen aller Schulformen unter anderem zum Thema Partizipation befragt. Hiernach zeigen SchülerInnen von Gymnasien ein deutlich höheres Interesse an der Auseinandersetzung mit politischen Prozessen als Haupt- Real- oder GesamtschülerInnen. Dies geht einher mit einer vermehrten Thematisierung in den Elternhäusern und den Peer- Groups der Gymnasiasten. Zudem ist ein eindeutiger Zusammenhang von Partizipationsmöglichkeiten in der Schulklasse und der politischen Teilhabe der SchülerInnen abzulesen. Werden viele Möglichkeiten geboten, steigen die Auseinandersetzung mit und das Engagement in der Politik (vgl. Böhm-Kasper 2006, S. 68–71).

Zudem weist die Tabelle eine Korrelation zwischen der Abwertung der Persönlichkeit von SchülerInnen und einer geringeren politischen Teilhabe auf. Eine wahrgenommene abwertende Haltung und wenig Achtung durch LehrerInnen zeigt zudem einen Zusammenhang mit der Entstehung von Fremdenfeindlichkeit und Gewaltaffinität (vgl. Pfaff und Krüger 2006, S. 142f). Dieser Wirkungszusammenhang lässt sich zum einen durch das Rollenvorbild der LehrerInnen erklären. LehrerInnen leben eine diskriminierende und wenig wertschätzende Haltung vor und schließen dadurch SchülerInnen aus. Es wird zudem ein Hierarchiegefüge geschaffen, in dem die SchülerInnen den LehrerInnen in ihrer Machtposition unterlegen sind. Genau diese Verhaltensweise zeigt sich insbesondere bei Fremdenfeindlichkeit und als fördernd bei der Entwicklung eines autoritären Charakters. Zum anderen können LehrerInnen durch ihr Verhalten Druck und Belastung bei den SchülerInnen auslösen. Dies wiederum steht in enger Verbindung mit Leistungsdruck. SchülerInnen haben dann das Gefühl, im Zugzwang zu sein und nur dann Anerkennung zu erfahren, wenn sie gute Leistungen erbringen. Diese wenig wertschätzende Haltung und die Vermittlung, dass ausschließlich schulische Leistungen positiv zu bewerten sind, fördern wiederum ein geringeres Selbstwertgefühl, insbesondere bei schwachen SchülerInnen. Solche Erfahrungen lösen auch Schulunlust und Frust aus und führen dazu, dass diese Kinder und Jugendlichen zu BildungsverliererInnen werden. BildungsverliererInnen sind wiederum

eher gefährdet in die Spirale des Rechtsextremismus abzurutschen als BildungsgewinnerInnen. Außerdem findet hierdurch eine Spaltung statt und die BildungsverliererInnen geraten in eine soziale und gesellschaftliche Außenseiterposition. Dies wiederum begünstigt mehrere Aspekte des Rechtsextremismus, z.B. kann eine Abwertung anderer Gruppen eine Lösungsstrategie sein, um den eigenen Selbstwert zu steigern (vgl. Scherr 2008).

4. Interventionsmöglichkeiten

Ab dem Jugendalter vertreten Menschen Überzeugungen, die auf erlerntem Vorwissen beruhen. Diese sind über einen langen Prozess hinweg durch den Einfluss von Peer-Groups, Familie, Gesellschaft und Medien entstanden und bilden somit eine feste Selbstwahrnehmung, die durch fremde Einflüsse bestimmt ist (vgl. Scherr 2008).

Gerade Jugendliche, die Handlungsunsicherheiten in Sozialisationsinstanzen erfahren haben, begeben sich in einfache, leistungsunabhängige Strukturen um Sicherheit zu erfahren. Rechtsextreme Gruppierungen bieten genau diese Strukturen. Kindheitserfahrungen von Jugendlichen, die nachteilige familiäre Sozialisation erfahren haben, sind häufig weder verarbeitet noch thematisiert.

Oftmals entwickelt sich eine rechtsextreme Orientierung durch die Mitgliedschaft in einer Jugendclique. Innerhalb dieser Cliques ist eine hohe Konformitätserwartung an jedes Mitglied von Bedeutung. Konflikte in der eigenen Region werden häufig zu Problemen ethnischer Differenzen gemacht. Gewaltakzeptanz spielt innerhalb dieser Cliques eine wichtige Rolle.

Interventionen gegen Rechtsextremismus zielen auf diese Jugendlichen ab. Rechtsextremes Verhalten ist das Element, auf das sich Interventionsarbeit bezieht. Rechtsextreme Einstellungen werden im Gegensatz zu rechtsextremem Verhalten meist nicht sichtbar gemacht. Deswegen greift Intervention z.B. bei Mitgliedschaft in rechtsextremen Gruppen oder aber spätestens bei Jugendlichen, die rechtsextrem motivierte Gewalttaten verüben (vgl. Rieker 2009, S. 96ff).

Da sich rechtsextremes Verhalten in den meisten Fällen erst in der Jugend zeigt und Interventionsmaßnahmen erst dann von Nöten sind, sollen diese nur kurz dargestellt werden. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf den Einflussfaktoren der Kindheit und somit auch eher auf präventiven Maßnahmen. Trotzdem können aus Interventionsmaßnahmen mögliche präventive Lösungsansätze gezogen werden. Zunächst wird im Folgenden auf Grundsätze der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen eingegangen. Danach erfolgt eine Übersicht über politische Bildungsarbeit und zum Ende des Kapitels geht es um Integrationspädagogik. Die Interventionsarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen umfasst noch deutlich mehr Möglichkeiten. Beispielhaft werden an dieser Stelle nur diese Formen genannt.

4.1 Grundsätzliche Ansätze der pädagogischen Interventionsarbeit

Wie in der Einleitung zu diesem Kapitel beschrieben, ist es bei der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen elementar zu verstehen, dass deren Selbstwahrnehmung durch ihren Lebensweg sehr gefes-

tigt ist. Durch den Einfluss verschiedener Sozialisationsinstanzen ist ihr Bild von der Welt, von sich selbst und auch von fremden Gruppen verhärtet.

Eine Pädagogik, die an die Lebensverhältnisse und Themen der Jugendlichen anknüpft, hat deshalb eine hohe Bedeutung in der Interventionsarbeit. Aufklärungs- und „Zeige-Finger“- Pädagogik stoßen hier eher auf Widerstand. Verständnis für die aktuellen Problemlagen der Jugendlichen und nicht für die Probleme, die sie verursachen, ist an dieser Stelle angebracht. Unterstützung und Förderung der Selbstwirksamkeit in Bezug auf das Lösen der eigenen Probleme sind von Bedeutung.

Beziehungsarbeit ist ein erforderlicher Aspekt bei der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Die Grundlage hierfür ist eine Haltung, die auf gegenseitiger Akzeptanz beruht. Dabei ist es besonders wichtig, dass PädagogInnen den Bezug der Jugendlichen zur rechtsextremen Gruppe akzeptieren. Diese Gruppe bildet die Basis für die Lebensgestaltung der Jugendlichen in Form von Orientierung und Halt. Die Akzeptanz der Person bedeutet aber nicht, dass das rechtsextreme Verhalten der Adoleszenten gebilligt werden soll. Vielmehr wird suggeriert, dass die Person an sich ernst genommen und akzeptiert wird, dass aber ihr rechtsextremorientiertes Verhalten nicht toleriert wird.

Interventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus finden fast immer unabhängig von Institutionen wie Schule statt. Häufig sind sie hier in Form von Streetworkern oder im Rahmen von Jugendclubs vertreten. Räume sollten vorhanden sein, am besten sollten diese Räume selbst gestaltet werden und die Jugendlichen sollten sich darin selbstbestimmt aufhalten dürfen (vgl. Rieker 2009, S. 96-100).

Eine Thematisierung von Vorurteilen und Fremdenangst auf Basis einer akzeptierenden Beziehung ist ein weiterer Schritt in der pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Vorurteile entstehen durch gesellschaftliche Stimmungen, die beispielsweise in den Medien verbreitet werden, und auch durch subjektive Erlebnisse in der Biographie jedes einzelnen. Vorurteile tragen zur Stabilisierung von Identität bei und sind deshalb häufig sehr hartnäckig. Belehrungen laufen daher eher ins Leere. Eine Förderung von (Selbst-) Reflexionsprozessen und eine Begleitung dieser ist hier eine sinnvolle Maßnahme. So ist es zudem sinnvoll, sich kritisch mit den Lebenssituationen von MigrantInnen auseinanderzusetzen.

Dies alles gilt für Jugendliche, die in rechtsextremen Cliques sind. Bei Jugendlichen in rechtsextremen Kameradschaften kann eine pädagogische Betreuung nur in Bereichen der Beratung und Unterstützung von Aussteigerprogrammen stattfinden (vgl. Schubarth 2004, S. 183–187).

PädagogInnen sollten bei der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen immer an einem positiven Menschenbild festhalten. Ziel sollte es sein, Mündigkeit und Autonomie bei den Jugendlichen zu fördern.

Gerade weil Menschen mit rechtsextremen Tendenzen oft einen geringen Selbstwert und wenig Selbstreflexionsfähigkeit mitbringen und dazu häufig schlechte Beziehungserfahrungen gemacht haben, ist eine achtende und anteilnehmende Beziehung besonders wichtig. Oft erschüttert bereits eine solche Beziehungserfahrung zu einem Erwachsenen das Weltbild der Jugendlichen, für die Missachtung und Misstrauen Beziehungen zu Erwachsenen prägt. Authentizität von Seiten der pädagogischen Fachkraft ist besonders wichtig. Das bedeutet eine zugewandte Haltung den Jugendlichen gegenüber, aber eine klare, argumentativ sinnvolle und ablehnende Haltung dem Rechtsextremismus gegenüber (vgl. Hufer 2011, S. 177–183).

„EXIT- Deutschland“ ist eines der größten Aussteigerprogramme hier zu Lande. Es umfasst viele verschiedene Projekte. Das Angebot richtet sich an Familien, Institutionen, Freunde und auch Einzelpersonen. EXIT hilft, Menschen, die in rechtsextremen Organisationen verstrickt sind, dort wieder heraus zu holen und bietet gleichzeitig Beratung für Aussteiger und Familienangehörige. Dabei arbeiten sie oft mit ehemaligen RechtsextremistInnen zusammen oder helfen beim Führen von Generationengesprächen über historische Ereignisse, um eine Herauslösung aus der rechtsextremen Szene zu bewirken. Dabei arbeitet EXIT mit anderen Organisationen zusammen (vgl. EXIT)

4.2 Politische Bildungsarbeit

Bildung ist in der politischen Bildungsarbeit als ein dialogischer Prozess zu verstehen. PädagogInnen nehmen eine unterstützende und anregende Rolle in Bezug auf Lernprozesse ein. Basis dieser Lernprozesse sind alltägliche Erfahrungen und Interessen der Jugendlichen, die Teil ihrer eigenen Lebenswelten sind. Lernprozesse sollen dann auch helfen den Jugendlichen Werkzeuge zur Wirksamkeit in ihrer eigenen Lebenswelt an die Hand zu geben. Im Mittelpunkt sozialpädagogischer Bildungsarbeit stehen Probleme innerhalb der Lebenswelten der Jugendlichen. Diese stehen im Spannungsverhältnis zur bloßen politischen Bildungsarbeit, die sich hauptsächlich mit gesellschaftlichen und politischen Aspekten befasst. Diese Spannung gilt es auszuhalten und verschiedenen Projektrahmen anzupassen, um damit angemessen agieren zu können (vgl. Scherr 2011, S. 9).

Politisch- historische Bildung hingegen soll über die deutsche Geschichte aufklären und Jugendliche dafür sensibilisieren. Ziel ist es, eine Verantwortung für vergangene und aktuelle Geschehnisse zu wecken (vgl. Schubarth 2004, S. 86).

Ist eine Vertrauensbasis zwischen Jugendlichem und PädagogIn aufgebaut, kann Bildung eine Weiterentwicklung oder Umstrukturierung vorheriger Denk- und Verhaltenskonstruktionen bewirken. PädagogInnen müssen dann aber ausreichend auf alle möglichen Themenbereiche des Rechtsextremismus vorbereitet sein, um nachvollziehbare Argumente anbringen zu können (vgl. Scherr 2008). Bildung soll dann helfen die eigene Lebenssituation und gesellschaftliche Verhältnisse zu verstehen

und zu demokratischem Verständnis zu führen. Motivierend ist dabei die Teilhabe an Veränderungen der eigenen Lebensbedingungen (vgl. Scherr 2008).

Als Beispiele für politische Bildungsarbeit sind die Sonderprogramme von Xenos „Ausstieg zum Einstieg“ und „Integration und Vielfalt“ zu nennen. Beide Programme hatten eine begrenzte Laufzeit bis Ende 2014 mit anschließender Evaluation. Beide Projekte wurden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstützt und wollten Jugendliche u.a. mit rechtsextremem Hintergrund zu Arbeit verhelfen.

„XENOS - Ausstieg zum Einstieg“ lief von 2009- 2014. Der Ausstieg aus der rechten Szene sollte hierbei mit einem Einstieg in Ausbildung und Qualifizierung verknüpft werden. Dabei sollten Jugendliche gezielt gefördert werden um über ein Beschäftigungsverhältnis neue Perspektiven für ihren Lebensweg zu erlangen (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales) .

„XENOS- Integration und Vielfalt“ fand von 2012 bis 2014 statt und bestand aus zwei „Förderrunden“. Hier wird auf Förderrunde zwei Bezug genommen. Diese sollte in Betrieben, Ausbildungsstätten und Schulen gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe fördern und gleichzeitig Diskriminierung abbauen. Zielgruppe waren hier alle Jugendlichen und Erwachsenen, die gesellschaftliche Benachteiligung erfahren hatten. Es wurden Lebensorte zu Lernorten gemacht. Hierzu zählten Orte der Jugendsozialarbeit, Jugendvollzugsanstalt, Schule, Unternehmen, Städte und der ländliche Raum. „Integration und Vielfalt“ versuchte so alle benachteiligten Jugendlichen zu fördern und ihnen letztendlich den Weg auf den Arbeitsmarkt und zurück in die Gesellschaft zu erleichtern (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales).

4.3 Integrationspädagogik

Integrationspädagogik geht von einer sozialen Desintegration rechtsextremer Jugendlicher aus. Daraus resultierend ist das Ziel die Reintegration dieser. Dies soll erwirkt werden durch das Eröffnen von Chancen auf Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung. Jugendliche sollen in soziale Systemzusammenhänge, demokratische Instanzen und Lebenswelten integriert werden. Die Integrationspädagogik basiert auf einer akzeptierenden Jugendarbeit, die sich stark an den Lebenswelten junger Menschen orientiert. Ziel dieses Ansatzes ist es, Denk- und Verhaltensmuster in Bezug auf verschiedene Formen von Menschenfeindlichkeit, wie Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aber auch Sexismus, abzubauen. Die Zielgruppe sind zwölf bis sechzehn jährige Kinder und Jugendliche, da bei diesem Ansatz von einem frühen Beginn der Übernahme rechtsextremer Denk- und Handlungsweisen ausgegangen wird. Zudem gehören hier nicht nur rechtsextreme Jugendliche zur Zielgruppe, sondern auch Kinder und Jugendliche verschiedener ethnischer Herkunft, die unter Desintegration leiden und die in verschiedener Art und Weise Menschenfeindlichkeit aufweisen, wie z.B. Homophobie.

Dabei kann die Integrationspädagogik in vier Arbeitsphasen eingeteilt werden, denen ungefähre Zeitfenster zugeordnet werden können. Die erste Phase beinhaltet die Kontaktaufnahme, sowie die Feststellung der subjektiven Lebenswelten und Erfahrungen der einzelnen Jugendlichen. Die Dauer dieser Phase wird in etwa auf drei bis vier Monate geschätzt. In der nächsten Phase wird das Vertrauen zu den Jugendlichen aufgebaut, mit einer Dauer von ca. drei bis sechs Monaten. Die dritte Phase ist die Phase, in der Einfluss auf die rechte Gesinnung der Jugendlichen genommen wird. Hierbei wird die Beziehung zu dem Jugendlichen immer weiter verbessert und auf Basis dieser Beziehung wird versucht auf die Jugendlichen einzuwirken. Die Jugendlichen werden hierbei auch stark in die jeweilige Institution eingebunden und durch Teilhabe wird versucht weiter an einer Reintegration zu arbeiten. Dies ist somit die längste Phase, die bis zu vierundzwanzig Monate andauern kann. Die letzte Phase ist die Phase der Ablösung. Jugendliche werden in weitere Institutionen und in die Gesellschaft integriert, um neue Lebensbereiche zu erlangen. Zudem verlassen sie am Ende die Einrichtung. Die Dauer dieser Phase beträgt in etwa drei bis sechs Monate. Diese Arbeitsphasen sind meist in Einrichtungen der Jugendarbeit zu finden, die bereits Erfahrungen und Kenntnisse in der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen haben (vgl. Rieker 2009, S. 101f).

Integrationspädagogik kann auch außerhalb dieser vier Phasen durchgeführt werden. Ein durch das „Bündnis für Demokratie und Toleranz- gegen Extremismus und Gewalt“ gefördertes Projekt, das Projekt "Integration Kinder und Jugendlicher samt ihrer Eltern – egal welcher Herkunft, Geschlecht, finanzieller Situation oder körperlicher Verfassung" des FC Schwalbach in Sulzbach ist ein Projekt zur Integration von sozial Schwächeren. Das Projekt wird nur von Ehrenamtlichen durchgeführt. Im Rahmen des Projektes finden unterschiedliche Veranstaltungen statt. Hierzu zählen Basare, materielle Unterstützung und die Förderung verschiedener Kompetenzen. Dem Projekt zugehörig ist außerdem ein/e Integrationsbeauftragte/r. Das Projekt soll allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Sport und zur sozialen Teilhabe ermöglichen. Dabei werden Herkunft, gesellschaftlicher Status oder andere Defizite, die eventuell in anderen Instanzen und Institutionen zur Diskriminierung führen, zur Nebensächlichkeit und das Miteinander steht im Vordergrund.

Im Prinzip stellt dieses Projekt auch einen Gegenpol zu rechtsextremen Gruppierungen dar. Junge Menschen haben mehr Auswahlmöglichkeiten. In manchen Gebieten sind rechtsextreme Gruppen oft die einzige Möglichkeit zu einer sozialen Teilhabe. Dem durch integrierende Projekte entgegenzusteuern stellt gleichzeitig eine präventive Maßnahme gegen Rechtsextremismus dar (vgl. Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt 2014c).

5. Präventionsmöglichkeiten

Präventionsmöglichkeiten gegen die Entstehung von Rechtsextremismus sind vielfältig. Um wirkungsvolle Programme entwickeln zu können, ist es von großer Bedeutung, sich eingehend mit den

Einflussfaktoren zu beschäftigen. Dabei ist es wichtig, Theorie und Empirie in gleichem Maße zu berücksichtigen und zudem von einem multikausalen Ursachengeflecht auszugehen. Rechtsextremismus liegen verschiedenste Faktoren zugrunde, die ineinander greifen.

Werden auf der Basis dieser Erkenntnisse Präventionsprogramme erarbeitet, ist es zusätzlich wichtig, diese Programme durch empirische Überprüfungen auf ihre Wirksamkeit zu testen. Erst dann ist es möglich Präventionsprogramme zu entwickeln, von denen man sich einen Erfolg versprechen kann. Präventionen beziehen sich nicht auf die Kernpersonen rechtsextremer Gruppierungen, sondern auf SympathisantInnen, UnterstützerInnen, Umfeldbedingungen und politische Gelegenheitsstrukturen. Letztere sind wichtig in Bezug auf die Entstehung und Ausbreitung (vgl. Elverich 2011, S. 26 f).

Präventionsmaßnahmen beziehen sich zudem auf Menschen und insbesondere Kinder und Jugendliche, die auf Grund verschiedener Einflussfaktoren eine höhere Gefährdung zur Entwicklung von Rechtsextremismus haben. Die Arbeit mit diesen Subgruppen wird als gezielte Prävention bezeichnet. Außerdem kann sich Prävention auf Gruppen beziehen, die primär kein hohes Gefährdungsmaß aufweisen. Dies wird dann als universelle Prävention bezeichnet (vgl. Wagner 2013, S. 246).

Um die verschiedenen Präventionsmöglichkeiten näher zu beleuchten, wird im folgenden Kapitel auf verschiedene Präventionsprogramme von unterschiedlichen Instanzen und Institutionen eingegangen. Begonnen wird mit den makrostrukturellen Präventionsmöglichkeiten von Politik, Gesellschaft und Medien. Im Anschluss erfolgt ein Überblick über die Maßnahmen von Kindertagesstätten und Schulen, die als Sozialisationsinstanzen der Gesellschaft agieren. Hierauf folgen außerschulische Bildungsangebote, die sich vor allem auf politische Bildung beziehen. Als letztes erfolgt eine Übersicht über Programme, die an die Arbeit mit Eltern und Familien anknüpfen.

5.1 Präventionsmöglichkeiten von Politik, Gesellschaft und Medien

Gesamtgesellschaftliche Maßnahmen bieten die Möglichkeit viele Menschen zu erreichen. Hierzu zählen infrastrukturelle Tätigkeiten, eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Bezug auf eine Sensibilisierung der gesamten Gesellschaft gegen Gewalt, Sozialraumorientierung und Milieubildung (vgl. Möller 2004, S. 212–218).

Insgesamt lässt sich zur Entstehung von Rechtsextremismus feststellen, dass Individualisierung durch sozialen und gesellschaftlichen Wandel, relative Deprivation, regionale Strukturkrisen, ein Feindbild durch Medien und auch Politikverdrossenheit einen Einfluss auf die Entstehung rechtsextremer Gesinnungen hat. Die Politik kann dem entgegensteuern, indem dem gesellschaftlichen Wandel durch die Veränderung der Jugendpolitik entgegengetreten wird. Zum Beispiel kann das passieren durch Beiträge zur Identitätsstützung. Für die Kinder und Jugendlichen müssen Orte und Programme für einen sozialen Anschluss an die Gesellschaft geschaffen werden. Gleichzeitig sollten gerade in struk-

turschwachen Gebieten Beschäftigungsanreize und –Möglichkeiten geschaffen werden. So kann eine Desintegration von Anfang an verhindert werden.

Der hohe Grad des Desinteresses von Jugendlichen an Politik und ihre Politikverdrossenheit zeigen in Bezug auf eine Erziehung zur Demokratie eine negative Entwicklung. Politik wird nicht als Möglichkeit gesehen, sich aktiv an Veränderungen und Verbesserungen der eigenen Lebensumstände beteiligen zu können, PolitikerInnen dienen selten als Vorbilder. Die Aufgabe der Politik besteht darin, sich für junge Menschen leichter zugänglich zu machen. Hierzu zählt schon die Vereinfachung der Sprache, die PolitikerInnen wählen. Des Weiteren ist es wichtig auf die Themen der jungen Leute einzugehen und sich auf Diskussionen und Fragen einzulassen. Eines der wichtigsten Themen ist die Bildungsgleichheit. Politik muss Chancengleichheit schaffen. Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien stehen häufig als BildungsverliererInnen da, schlechte Bildung korreliert wiederum mit Rechtsextremismus (vgl. Oepke 2005, S. 486f).

Geht man weiterhin davon aus, dass insbesondere Ausländerfeindlichkeit und Wohlstandschauvinismus durch fehlende oder negative Alltagserfahrungen mit Ausländern geschaffen werden, sind Programme zur Beeinflussung des Grundklimas in Kommunen sinnvoll. Eine grundsätzliche Demokratisierung und Möglichkeiten zur Partizipation sollten, gerade in Regionen mit vermehrtem rechtsextremem Aufkommen, geboten werden. Minderheiten müssen in diesem Rahmen besser integriert werden.

Gerade in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit sind die Medien besonders wichtig. Eine objektive Berichterstattung kann helfen die Entstehung von Fremdenangst zu minimieren. Gleichzeitig können die Medien helfen zivilgesellschaftliche Strukturen zu entwickeln (vgl. Sturzbecher und Holtmann 2007, S. 210 ff).

Medien können rechtsextreme Einstellungen und auch rechtsextremes Verhalten in der Bevölkerung minimieren, in dem sie zum Beispiel von friedlichen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus berichten. Dies zeigt eine mehrheitlich tolerante und demokratische Einstellung in der Gesellschaft auf und kann dadurch nachweislich insbesondere rechtsextreme Gewalttaten minimieren. Zudem ist eine positive oder zumindest objektive Darstellung von Themen wie Einwanderung und Migration wichtig, um das Bild darüber in der Bevölkerung weniger negativ erscheinen zu lassen (vgl. Oepke 2004, S. 487).

Das Propagieren von Hilfsbereitschaft und Antidiskriminierung als etwas Positives und Wichtiges hilft der Gesellschaft bei der Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Prozessen und Zivilcourage. Bei der Stärkung zivilgesellschaftlicher Prozesse ist es wichtig Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches, kulturelles und politisches Problem zu sehen (vgl. Rieker 2009, S. 143). Dies unterstützt auch das bereits erwähnte Ergebnis der Studie „Stabilisierte Mitte“, die 2014 zwölf bis einunddreißig Prozent der Befragten der Gruppe der Unentschiedenen zuordnet. Diese Unentschiedenheit deutet auf eine

gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus hin und erhöht gleichzeitig das rechtsextreme Potential der Gesellschaft. Eine akzeptierende Gesellschaft erhöht außerdem die Ausbreitung von Rechtsextremismus (vgl. Decker et al. 2014, S. 59–62).

Präventive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, die politisch und / oder gesamtgesellschaftlich verortet sind, sollten auf eine Veränderung der politischen Kultur und der Gesellschaft abzielen. Zivilgesellschaftliches Engagement ist hierbei ein bedeutender Faktor. AdressatInnen und AbsenderInnen entstammen beide der Gesellschaft. Zivilgesellschaft kann an verschiedenen Orten und in verschiedener Art und Weise auftreten, z.B. in Form von Initiativen, Vereinen, Ehrenamt, Nachbarschaft oder dem öffentlichen, alltäglichen Leben. Idealerweise ist Zivilgesellschaft charakterisiert als Ausgleich zu allen Formen des Rechtsextremismus und bildet somit die Basis der Demokratie. Elementar ist hierbei die Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und weiteren Institutionen wie Schulen oder Einrichtungen der Sozialarbeit, sowie zur Politik. Vernetzung trägt zur Entwicklung von sozialem Kapital bei, da ein humanes und friedvolles Zusammenleben ermöglicht werden kann.

Politik kann die Entwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements sowohl fördern als auch hemmen. Ist Politik bereit, eine höhere Finanzierung zur Förderung und Entstehung solcher Programme zuzulassen, gibt es mehr Möglichkeiten zur Neugründung und Erhaltung von Initiativen, Vereinen usw. Zudem beeinflusst Politik weitere Rahmenbedingungen. Arbeitslosigkeit hemmt im Allgemeinen die Entstehung bürgerlicher Tätigkeit. Politik, die mehr Menschen zu Arbeitsplätzen verhilft, fördert indirekt auch die Entstehung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Die Medien fördern oder hemmen Zivilgesellschaft durch die Meinung, die sie hierzu propagieren. Wird Engagement als etwas Positives dargestellt, kann dies die positive Einstellung der Bevölkerung hierzu verbessern.

Präventive Programme, die von der Zivilgesellschaft ausgehen und eine Stärkung dieser zum Ziel haben, erhöhen ihren Wirkungsgrad auch dadurch, dass sie für und nicht gegen etwas stehen. Die Wirkung und der Einfluss solcher Programme erhöhen sich und wirken länger nach, wenn diese zum einen als politisches Problem der gesamten Gesellschaft gesehen werden und für z.B. mehr Toleranz stehen.

Weiterhin wichtig ist, dass viele verschiedene Akteure hieran beteiligt sind. Es kann auch zu Konflikten zwischen z.B. ehrenamtlichen, nicht professionellen HelferInnen und den beteiligten PädagogInnen kommen, wenn hier die Vorstellungen weit auseinander driften. Programme sollten individuell auf verschiedene Regionen zugeschnitten werden, da Sozialräume und somit AdressatInnen sich regional stark voneinander unterscheiden können. Zuletzt ist eine Evaluation solcher Programme erforderlich um ihre Wirksamkeit zu untersuchen (vgl. Rieker 2009, S. 143 ff).

Als Beispiel wird an dieser Stelle das „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ (BfDT) genannt, das 2000 vom Bundesministerium für Justiz und Inneres gegründet wurde.

Das BfDT ist eine Organisation zur Stärkung der Demokratie und des demokratischen Gedankens. Ihm gliedern sich unterschiedliche Vereine, Initiativen usw. an. Das BfDT an sich dient der Vernetzung, der Öffentlichkeitsarbeit und als Impulsgeber für Organisationen zur Toleranz- und Demokratieförderung. Das Bündnis unterstützt und berät zivilgesellschaftlich engagierte Menschen, indem ihnen beispielsweise ExpertInnen zur Neugründung oder Verbesserung an die Seite gestellt werden. Funktioniert ein Projekt gut, zieht sich das BfDT wieder zurück und nimmt weiterhin eine vernetzende und öffentlich machende Rolle ein. Dabei werden gut laufende Projekte auch auf andere Regionen und Umstände zugeschnitten und somit überregional verbreitet.

Das Ziel ist es, durch die Verbreitung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Unterstützung dieser, das demokratische Klima in der Gesellschaft zu verbessern und somit ein friedvolles Miteinander entgegen extremistischer und intoleranter Orientierungen und Handlungsweisen zu schaffen (vgl. Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt 2014a).

5.2 Präventionsmöglichkeiten in Schule und Kindertagesstätte

Programme gegen Rechtsextremismus können als Steuerungselement der Politik gesehen werden. Hat die Politik eine demokratische, vielfältige Gesellschaft zum Ziel, sind Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen und auch Kindertagesstätten ein zentraler Ort zur Erreichung dieses Ziels. Kinder und Jugendliche können hier Kritikfähigkeit, insbesondere im Umgang mit Vorurteilen und Feindbildern, Hintergrundwissen z.B. über Einwanderung, Flüchtlinge und historische Geschehnisse und eine politische und moralische Urteilsfähigkeit erlernen (vgl. Hormel und Scherr 2004, S. 196).

Schule nimmt als sozialer Ort Einfluss auf die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen. Relevant dafür sind die Empathie von Lehrkräften, die Atmosphäre in der Klasse und die Partizipationsmöglichkeiten. Lehrpersonal hat über das Rollenmodell Einfluss auf die Entwicklung der SchülerInnen. Zudem liegt der Ausgleich von Bildungsungleichheiten in der Verantwortung der Schule (vgl. Elverich 2011, S. 39–42).

Prävention in der Schule ist in den meisten Fällen primäre Prävention, da sie sich überwiegend auf die Arbeit mit nicht vorbelasteten Kindern und Jugendlichen bezieht. Leistungs- und Sozialverhalten in der Schule gehören zusammen. Das (soziale) Klima einer Schule beeinflusst den Erfolg des Lernens der SchülerInnen. Ziel der pädagogischen Arbeit zum Thema Rechtsextremismus ist der Erwerb von Kompetenzen wie z.B. moralische Urteilskompetenz, Konfliktlösungskompetenzen, die Förderung eines stabilen Selbstwertgefühls, politische Mündigkeit und die Befähigung zum kritischen Umgang mit veröffentlichter Meinung. Die Auseinandersetzung mit dem Begriff des Rechtsextremismus sollte gesondert hiervon erfolgen.

Schule hat verschiedene Möglichkeiten und Handlungsspielräume im Umgang mit und der Prävention von Rechtsextremismus. Kinder und Jugendliche können durch eine demokratische und tolerante Schulkultur und durch interkulturelles Lernen Erfahrungen sammeln, die den demokratischen Gedanken sowie eine offene und tolerante Haltung stärken. Thematische Unterrichtsprojekte, die sich mit Vielfalt und Lebenswelten verschiedener Kulturen auseinandersetzen, dienen hier als geeignetes Mittel. Der gewählte Ausgangspunkt sind dann die Lebenswelten und Fragen der SchülerInnen. Aktives Mitwirken und Mitspracherecht fördern sowohl Toleranz als auch demokratisches Lernen.

Schule kann außerdem zu einer Ausbildung politischer und ethischer Urteilsfähigkeit beitragen und Wissen vermitteln, das vor Rechtsextremismus schützen kann. Eine Möglichkeit bietet hier die politisch-historische Bildung. Es wird über die deutsche Geschichte aufgeklärt und diskutiert, um bei den SchülerInnen eine Sensibilisierung für geschichtliche Ereignisse, insbesondere aus der Zeit des Nationalsozialismus, zu erreichen. Der Besuch ehemaliger Konzentrationslager oder Berichte von ZeitzeugInnen können ein Verantwortungsbewusstsein sowie schützendes Wissen befördern und sich auf aktuelle Geschehnisse übertragen.

Das Sozialklima und die Lernkultur innerhalb der Schule sind bedeutend und nehmen viel Einfluss auf die SchülerInnen. Selbstreflexion, Kritikfähigkeit, Anerkennung und Respekt zwischen allen AkteurInnen und ein Gefühl für soziale Gerechtigkeit sind ausschlaggebend und fördern gleichzeitig die Moralentwicklung (vgl. Schubarth 2004, S. 181–188).

Um Leistungsdruck und Ungleichheiten in der Schule zu minimieren, ist eine Orientierung an individuellen Bezugsnormen ein mögliches Mittel. SchülerInnen werden dann nach ihrer eigenen Leistung und ihren individuellen Lernfortschritten benotet und nicht im Vergleich mit anderen. Der Selbstwert der Kinder kann auf diese Weise gesteigert werden. Durch den wegfallenden Vergleich sind SchülerInnen erfolgsmotivierter. Besteht ein Vergleich, fällt bei SchülerInnen mit durchschnittlich schlechteren Leistungen eine Lernentwicklung nicht auf, da die anderen ebenfalls dazugelernt haben. Dieser Druck und ständige Misserfolg entfällt bei individueller Bezugsnorm. Anstrengung und Fleiß lohnen sich wieder und die Selbstwirksamkeitserfahrungen der Kinder steigen und hiermit ist eine Verbesserung der demokratischen Einstellung verbunden.

Eine Individualisierung von Unterricht wäre zusätzlich förderlich für Partizipation und Demokratisierung. Einerseits wird hierbei der Lernstoff individuell an die Fähigkeiten der Kinder angepasst, was einen verminderten Leistungsdruck zur Folge hat, andererseits haben die Kinder mehr Möglichkeiten sich selbst am Unterrichtsgeschehen zu beteiligen und können eher entscheiden wann sie welches Thema erlernen wollen. Dies schafft Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Opeke 2005, S. 475f).

Eine Öffnung des Lernstoffs und die Verringerung von Leistungsbewertungen, sowie die Sicht auf Schule als keine reine Wissensvermittlung, sondern als sozialer Ort, sind ebenfalls wichtig um politisches Lernen in die Schule zu integrieren. Politisches und soziales Lernen umfasst Selbstwirksamkeit,

Toleranz, Hilfsbereitschaft, Kritikfähigkeit und Partizipation. Projekte z.B. zum Thema interkulturelles Lernen sollten am besten nicht nur im Rahmen einer Projektwoche angebracht werden. Eine Verknüpfung mit dem Schulalltag und in die Schulkultur ist deutlich wirksamer. Seit einigen Jahren müssen Schulen diesen Aspekt in ihrem Konzept verankert haben (vgl. Rieker 2009, S. 24–26).

Die Beziehung und die Haltung von LehrerInnen gegenüber den SchülerInnen ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Die Beziehung zwischen diesen beiden AkteurInnen sollte geprägt sein von gegenseitigem Respekt, LehrerInnen haben insbesondere die Aufgabe die Beziehung bewusst zu gestalten. SchülerInnen sollten dann mit ihren Problemen, Fragen und Erfahrungen ernst genommen werden um somit an ihre Alltagserfahrungen anzuknüpfen und sie demokratisch an Prozessen zu beteiligen. Dies hat bei den SchülerInnen den Effekt, dass sie Partizipationsmöglichkeiten haben, orientiert an Ihren Interessen lernen können und von Respekt geprägte Beziehungserfahrungen mit Erwachsenen machen. LehrerInnen sollten hierbei authentisch auftreten und auch die Individualisierung von Unterricht und Bewertung zulassen (vgl. Oepke 2005, S. 477).

Sind bereits rechtsextreme Tendenzen bei SchülerInnen zu erkennen, entfernt jedoch von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, ist es wichtig, dass LehrerInnen eine Qualifikation im Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus mitbringen, um erfolgreich einwirken zu können. Ist dies nicht der Fall, ist eine Kooperation mit einer außerschulischen Institution erforderlich, die im Sinne einer sekundären Prävention mit den SchülerInnen arbeiten kann. In gleichem Maße ist eine Kooperation mit außerschulischen Bildungsangeboten sinnvoll, wenn es darum geht, die deutsche Geschichte aufzuarbeiten und auch mit heutigen Geschehnissen und einer Herausbildung von gesellschaftspolitischem Verantwortungsbewusstsein zu verknüpfen. MitarbeiterInnen außerschulischer Angebote besitzen die nötigen Kompetenzen und Methoden um den SchülerInnen die Thematiken näher zu bringen. Zudem ist ein Ort außerhalb der Schule besser geeignet um Kindern und Jugendlichen diese Themen näher zu bringen. Dies ist vor allem dadurch begründet, weil neue Orte anregend sind und SchülerInnen sich in einem nicht schulischen Kontext eher öffnen (vgl. Scherr 2008).

Weiter oben in diesem Abschnitt wurden bereits Präventionsmaßnahmen für die Schule aufgezeigt, die sich teilweise in der Grundschule und insgesamt in weiterführenden Schulen umsetzen lassen. Nun stellt sich die Frage, wie Präventionsmaßnahmen im Bereich von Kindertagesstätten und im frühen Grundschulalter aussehen könnten.

Im frühen Kindesalter - an dieser Stelle ist damit ein Alter zwischen dem vierten und dem sechsten Lebensjahr gemeint - haben sich weder politische Motivationen noch rechtsextreme Tendenzen entwickelt. Präventionsmaßnahmen zielen also entweder auf alle Kinder einer Altersgruppe oder auf Kinder, die durch nicht genau bestimmbare Indikatoren einer Risikogruppe zuzuordnen sind, ab. Bereits Kinder diskriminieren oder werden Opfer von Diskriminierung durch ethnische und kulturelle Kriterien. Dies ist zum einen dadurch bedingt, dass Kinder Anregungen durch Erwachsene in ihrem

eigenen Umfeld aufgreifen und zum anderen dadurch, dass bereits Kinder der Herausforderung gegenüber stehen mit Unbekanntem umzugehen. Menschen, die rechtsextrem auffallen, sind meist bereits in ihrer Kindheit auffällig gewesen. Frühe Beziehungserfahrungen beeinflussen auch spätere soziale, moralische und politische Orientierung (vgl. Rieker 2009, S. 31f).

Projekte, die sich mit dem frühen Kindesalter beschäftigen, sind deshalb meist nicht speziell auf die Prävention von Rechtsextremismus ausgerichtet, sondern eher Projekte sozialen und politischen Lernens, die auch präventiv gegen Rechtsextremismus wirken können. Hierbei sollen die Kompetenzen vermittelt werden, die später Jugendlichen mit rechtsextremer Orientierung fehlen. Kinder in diesem Alter lernen eher von vertrauten Bezugspersonen als von Fremden. Daher ist es sinnvoll solche Angebote in den Kita- Alltag einzubinden und von den ErzieherInnen durchführen zu lassen. Dies können z.B. Programme zur Gewaltprävention sein. Ziel ist es hierbei Empathie sowie Selbst- und Fremdwahrnehmungskompetenzen zu fördern. Eines dieser Elemente kann der Austausch von Erfahrungen und Perspektiven sein. Als Beispiel ist hier die Kommunikation über Konflikte zwischen Kindern zu nennen. Die Kinder können ihre Gründe und ihre Gefühle während des Konflikts benennen und so die Wahrnehmung ihrer eigenen Gefühle und die ihres eigenen Gegenübers besser verstehen lernen.

Des Weiteren kann anhand dieser Konflikte eine Wahrnehmung und eine Definition von physischer wie psychischer Gewalt erstellt werden. Anschließend können Lösungsstrategien zur Vermeidung von erneuten Konflikten entwickelt werden. Dies hat eine Förderung der Konfliktlösekompetenz zur Folge. Kinder können dann auch selber über mögliche Folgen von Gewalt und über Sanktionen nachdenken und miteinander Verhaltensregeln festlegen. Dies ist Basis für ein politisches Lernen im Sinne von Partizipation und erstem demokratischen Verständnis.

Gewaltprävention kann bereits im frühen Alter angewendet werden. Besonders positiv dabei ist, dass Kinder im jungen Alter verhältnismäßig weniger Verhaltensauffälligkeiten zeigen, denen dann noch gut entgegengewirkt werden kann.

Das gemeinsame Festlegen von Regeln, die transparente Gestaltung dieser, sowie die Beteiligung aller Akteure einer Kita kann zusätzlich Partizipation fördern.

Interkulturelles Lernen kann auch in der Kita stattfinden. Eine Basis legen hier Alltagsbegegnungen von Kindern unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Begegnungen bauen, insbesondere wenn sie positiv sind, Vorurteile ab. Kommt es zu Konflikten oder Vorurteilen gegenüber verschiedener Gruppen, ist es wichtig, diese gemeinsam mit den Kindern zu reflektieren und zu besprechen. Dabei können Differenzen und Gemeinsamkeiten Inhalt des Gesprächs sein. Dies bezieht sich dann nicht nur auf die Herkunft, sondern auch auf das Geschlecht, Alter, Behinderungen usw. Hierüber kann ein differenzierter und auch reflektierter Umgang im Miteinander erreicht werden.

In Gegenden, in denen der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in der Kita gering ist, sollten Möglichkeiten zur Begegnung geschaffen werden. Hierdurch werden Fremdheitsgefühle und eventuell bereits bestehende Vorurteile abgebaut. Ein Beispiel hierfür, wäre eine Einladung an eine Person mit Migrationshintergrund, die dann in die Kita kommt und über die eigene Biographie und ihren Lebensalltag berichtet.

Historisch- politische Bildung sollte erst ab dem Grundschulalter stattfinden. Es ist besonders wichtig an Alltagsthemen der Kinder anzuknüpfen. Man kann beispielsweise Unterschiede und Gemeinsamkeiten von vergangener und heutiger Zeit erarbeiten. Dabei sollte es jedoch vermieden werden Kinder mit den Gräueltaten der NS- Zeit zu konfrontieren. Wenn persönliche Schicksale von Kindern als Mittel gewählt werden, ist es wichtig, einen glücklichen Ausgang zu wählen (vgl. Rieker 2009, S. 35–39).

Im frühen Grundschulalter kann man noch nicht auf übliche Methoden zur kognitiven Wissensvermittlung zurückgreifen, es können aber emotionale Grundlagen für eine spätere, detailliertere Auseinandersetzung geschaffen werden. Eine Konfrontation mit dem Holocaust ist erst ab einem Alter von elf Jahren sinnvoll, da erst ab diesem Alter ein kognitives Verständnis der Themenkomplexität und des Anknüpfens an Erfahrungskontexte erfolgen kann.

Auch in der Kita sind sowohl die Rolle als auch die Haltung des Personals wichtig. Eine Vielfältigkeit, in Bezug auf Geschlecht oder auch ethnische Herkunft, kann positiv in Bezug auf Vielfältigkeitserfahrungen der Kinder wirken. Die Qualifikation des Personals ist außerdem von Bedeutung. Die Fähigkeit zur Selbstreflexion spielt dabei eine besondere Rolle. PädagogInnen müssen sich immer über ihre Vorbildrolle bewusst sein und durch ihre möglichst offene vorurteilsfreie Haltung den Kindern Toleranz vorleben und Partizipation ermöglichen. Dies ist auch wichtig, um Hierarchie Strukturen innerhalb der Einrichtung wahrzunehmen, die im Widerspruch zu einem auf Partizipation, Toleranz und demokratisches Verständnis abzielendes Projekt stehen können (vgl. Rieker 2009, S. 39–42).

Als Beispiel soll auf das Projekt „Sahlkamp- Charta“ des „Politik zum Anfassen e.V.“ von 2011 eingegangen werden. Als Reaktion auf verbales und gewalttätiges Vorgehen von Kindern und Jugendlichen gegen eine jüdische Tanzgruppe, stellten drei Schulen jeweils eine SchülerInnen Fraktion zu einem parlamentarischen Ausschuss zusammen. Dieser Ausschuss erstellte eine Charta, die sieben Regeln für ein Zusammenleben im Stadtteil erarbeitete. Inhalt waren Regeln für ein gemeinsames, gewaltfreies und tolerantes Miteinander im Stadtteil Hannover- Sahlkamp. Kinder und Jugendliche aus Kitas, Grund- und Hauptschulen haben im Vorfeld durch Umfragen der MitbürgerInnen erfasst, was für ein solches Miteinander wichtig ist. Die Charta ist als ein Basisregelwerk in allen Einrichtungen des Bezirks vorhanden und findet Anwendung. MitarbeiterInnen des „Politik zum Anfassen e.V.“ begleiteten die Kinder bei diesem Projekt (vgl. Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt 2014d).

Als ein weiteres Projekt ist das Projekt „Kinder interviewen Migranten in Marzahn- Hellersdorf“ der Grundschule Geißenweide in Berlin- Marzahn zu nennen. In dem Bezirk tritt vermehrt Ausländerfeindlichkeit auf, u.a. weil viele Menschen kaum in Kontakt mit MigrantInnen kommen. Der Schülerclub der Grundschule, in dem Kinder von der vierten bis zur sechsten Klasse sind, wollte diese Kontaktlosigkeit aufbrechen. Die Kinder führten verschiedene Interviews mit MigrantInnen in Ihrem Stadtteil und dokumentierten diese mit Fotos, um die Interviews gemeinsam mit diesen zu präsentieren. Sie stellten ihre Ergebnisse in verschiedenen Schulklassen vor. Zum Abschluss dieses Projektes fand ein Programmabend statt, an dem Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen, AnwohnerInnen sowie die InterviewpartnerInnen und die Presse teilnahmen (vgl. Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt 2014b).

5.3 Außerschulische Bildungsangebote

Außerschulische Bildungsangebote sind insbesondere dann wichtig, wenn in der Schule weiterhin mit Leistungsdruck und einem nahezu apathischen Klima gearbeitet wird. Kinder und Jugendliche entwickeln dann eine Abwehrhaltung, durch die Aufklärungsarbeit im schulischen Kontext auf Widerstand stößt. Außerschulische Bildungsangebote sind besonders dann sinnvoll (vgl. Scherr 2008).

Zudem können außerschulische Lernangebote schulisches Lernen ergänzen. Gerade spezifische Programme, die sich z.B. mit der NS- Zeit auseinandersetzen und aufklären, können oft besser außerhalb der Schule durchgeführt werden. Zum einen ist eine räumliche Trennung vom Alltagsgeschehen sinnvoll und zum anderen sind MitarbeiterInnen solcher Programme geschult darin mit solchen sensiblen Themen gut und passend umzugehen und das nötige Wissen auf eine besondere Art und Weise zu vermitteln (vgl. Rieker 2009, S. 24–26)

Wissensvermittlung über die politisch-historische Vergangenheit und insbesondere über den Nationalsozialismus kann geringem Faktenwissen von Kindern und Jugendlichen entgegenwirken und zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema führen. PädagogInnen, die sich mit einer solchen Wissensvermittlung auseinandersetzen, begleiten beispielsweise Gedenkstättenbesuche, führen historische Stadtrundgänge oder bereiten Lerneinheiten und Programme vor. Dabei werden Verbindungen zwischen vergangener Zeit und aktuellen Lebenssituationen der TeilnehmerInnen hergestellt, um damit verbundene Zwänge, Konflikte und Gefühle kennenzulernen. In einem solchen Rahmen kann sich auch mit den aktuellen Ausprägungen des Rechtsextremismus auseinandergesetzt werden. Hierbei werden Informationen über Parteien, Gruppen, Positionen, aktuelle Themen, AkteurInnen, Symbolik, Opfer rechtsextremmotivierter Gewalttaten und Folgen von Wahlsiegen rechtsextremer Parteien benannt und kritisch diskutiert. PädagogInnen müssen auf solche Diskussionen ausreichend vorbereitet sein und genügend Fachwissen einbringen können. Dabei ist eine offene, zugewandte und nicht belehrende Haltung gegenüber den Kindern und Jugendlichen besonders wichtig.

"Jeder Versuch, Deutungsmuster, Vorurteile und Feindbilder durch Informationen und Argumente zu widerlegen, muss mit erheblichen Widerständen derjenigen rechnen, die so aufgeklärt werden sollen. Denn Jugendliche und Erwachsenen entwickeln ihre Überzeugungen vor dem Hintergrund eigener alltagspraktischer Erfahrungen und der Deutungsangebote, die sie in den Massenmedien, in Familien und Gleichaltrigengruppen vorfinden." (Scherr 2008)

PädagogInnen, die sich gemeinsam mit einer Gruppe Kinder bzw. Jugendlicher mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen wollen, sollten immer damit rechnen, dass sich in dieser Gruppe TeilnehmerInnen befinden, die bereits gefestigte Denk- und Handlungsmuster mitbringen. Mit Widerständen sollte gerechnet werden, eine besondere Feinfühligkeit und des Weiteren eine durchgängig respektvolle Haltung sind dann elementares Werkzeug, um in eine kritische Diskussion oder auch Reflexion mit den Teilnehmenden zu gelangen (vgl. Rieker 2009, S. 52–55).

Angebote können auch unabhängig von der Schule stattfinden. Oft ist so etwas im Rahmen von Jugendtreffs zu finden. Kinder und Jugendliche können dann selber entscheiden, ob sie hieran teilnehmen wollen. Innerhalb dieser Jugendtreffs geht es nicht unbedingt um Programme, die speziell gegen Rechtsextremismus arbeiten, sondern viel eher darum, Selbstkompetenzen und soziale Kompetenzen der Kinder im Sinne einer Resilienz gegenüber Rechtsextremismus zu fördern.

Alle Landeszentralen für politische Bildung haben seit Jahren einen ihrer Arbeitsschwerpunkte im Bereich Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Dies beinhaltet u.a. Bildungsangebote für Lehrende, Zielgruppen der schulischen und außerschulischen Bildung und für Partnereinrichtungen. 2000 hat die Landeszentrale für politische Bildung Baden- Württemberg das sog. "8- Punkte. Programm" gestartet. Der 8. Punkt beinhaltet den Aufbau eines professionellen Teams zur Unterstützung von PädagogInnen zur Förderung von Zivilcourage.

In der Arbeit zur Prävention im Umgang mit Gewalt, Konflikten, Rechtsextremismus und Intoleranz steht es im Fokus soziale Qualifikation und soziale Handlungsfähigkeit zu fördern. Programme zur Prävention von u.a. rechtsextremen Verhalten sollten folgende soziale Grundqualifikationen zum Inhalt haben: Empathiefähigkeit, Ambiguitätstoleranz und die Fähigkeit zur Argumentation. Diese Fähigkeiten sind das Gegenteil der Gefährdungspersönlichkeitsmerkmale und fördern zivilcouragiertes Handeln. Diese können durch Übung erlernt werden. Habitualisierung ist hierbei der lerntheoretische Hintergrund (vgl. Frech 2004, S. 163–165)

„Buntkicktgut“ ist ein beispielhaftes Projekt für präventive außerschulische Arbeit. „Buntkicktgut“ gibt es seit 1997 in München. Es ist ein Projekt, das Toleranz und interkulturelles Lernen sowie soziales Miteinander fördern soll. Gleichzeitig bietet das Projekt Freizeitmöglichkeiten für Kinder jeder Herkunft. „Buntkicktgut“ ist eine Fußballliga für Kinder ab acht Jahren. Bis zu fünf Tage in der Woche bietet das Projekt eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche. Die jungen Menschen kommen aus Flüchtlingsunterkünften, Schulsozialarbeit, Freizeitheimen oder von der Straße. „Buntkicktgut“ läuft

sowohl im Sommer als auch im Winter und bietet eine kontinuierliche und verlässliche Anlaufstelle für die Kinder. Durch das Projekt werden Begegnungen zwischen Kindern unterschiedlichster Herkunft geschaffen, was Vorurteile abbaut und Möglichkeiten bietet positive Alltagserfahrungen mit „Fremden“ zu machen. Bewegung und Sport können zudem Aggressionen und Frust abbauen, was gewaltpräventiv wirken kann. Durch das Spiel im Team lernen die TeilnehmerInnen mit anderen zu kooperieren, zu interagieren und Kompromisse zu schließen. „Buntkickt gut“ legt großen Wert darauf den Kindern und Jugendlichen leistungsunabhängige Anerkennung zukommen zu lassen und schafft somit einen Gegenpart zu einem eventuellen Leistungsdruck in der Schule. Die BetreuerInnen des Projektes sind auf eine wertschätzende, verlässliche, tolerante und partizipative Grundhaltung bedacht und vermitteln den Kindern somit ein positives Rollenvorbild (vgl. bunt kickt gut- Initiativegruppe e.V., S. Die Idee).

5.4 Präventionen in Zusammenarbeit mit Eltern und in der Familie

Vorurteile entstehen eher bei Menschen, die in ihrer Kindheit zu streng bestraft, kritisiert und zu hart behandelt wurden. Aggressionen können erlernt werden, wenn sie Erfolg als Durchsetzungsstrategie haben. Die pädagogische Konsequenz hieraus ist das Entwickeln von individuellen, beziehungsmäßigen, erzieherischen und argumentativen Handlungsstrategien für eine gelungene präventive Arbeit mit Kindern innerhalb der Familie und ihren Eltern. Die Familie ist der erste Sozialisationsort von Kindern und somit die erste Möglichkeit um präventiv arbeiten zu können. Durch eine Zusammenarbeit mit Eltern können hier besondere Erfolge erzielt werden.

Eltern- und Familienbildung können durch die Vermittlung einer akzeptierend- zuverlässigen Erziehung, die liebevolle, demokratische, zuverlässige und gewaltfreie Aspekte beinhaltet, der Entwicklung rechtsextremer Orientierungen gegensteuern (vgl. Hufer 2011, S. 177–183).

Zusammenarbeit mit Eltern kann auch das Gelingen von Projekten in Schule und Kita beeinflussen. Hierbei ist zu beachten, dass durch den täglichen Kontakt mit den Eltern in der Kita eine Zusammenarbeit leichter ist als in der Schule. PädagogInnen sollten eine Defizitorientierung in Bezug auf das Kind oder Ereignisse in der Familie gegenüber den Eltern vermeiden. Defizite hervorzuheben kann Ängste, Aggressionen oder Abwehrhaltungen bei den Eltern hervorrufen und z.B. dazu führen, dass Eltern ihre Kinder aus Projekten oder sogar aus der Institution nehmen, oder ihre eigene Abwehrhaltung auf die Kinder übertragen, so dass diese nicht mehr teilnehmen wollen. Viel eher sollten Lösungswege mit den Eltern gemeinsam erarbeitet werden, ihre Kompetenzen und Ideen sollten aufgegriffen werden. An Prozessen sollten Eltern beteiligt werden. Dies schafft eine offene Haltung gegenüber dem Projekt oder der Institution und ermöglicht somit auch den Kindern eine vorbehaltlose Teilnahme (vgl. Rieker 2009, S. 42).

Spezifische Formulierungen zu Präventionsprogrammen sowie praktische Programme zum Thema Elternarbeit sind in der Literatur so gut wie nicht bzw. nur unzureichend zu finden (vgl. Rieker 2009, S. 45ff).

6. Wirksamkeit und Grenzen von Interventions- und Präventionsprogrammen

Im folgenden Kapitel wird noch einmal auf die vorangegangenen Seiten zurück geblickt, um die erarbeiteten Aspekte miteinander zu vergleichen, zu diskutieren und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Zunächst werden dafür die benannten Einflussfaktoren mit den unterschiedlichen theoretischen und praktischen Präventions- und Interventionsprogrammen verglichen. Hierauf aufbauend werden anschließend sowohl verschiedene Teilaspekte wie Gewaltpräventionsprogramme, aber auch praktisch umgesetzte Programme auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. Dies wird durch das Heranziehen verschiedener Studien und Erkenntnisse geschehen. Zu guter Letzt wird sowohl der Vergleich von Einflussfaktoren mit den genannten Maßnahmen sowie die Empirie zu einer fachlichen Diskussion herangezogen. In dieser Diskussion soll es primär um Grenzen und Wirksamkeiten von Präventionsprogrammen gegen die Entstehung von Rechtsextremismus gehen. Dabei werden ebenfalls die oben genannten Teilaspekte mit in den Blick genommen, sowie Bedingungen die zur Wirksamkeit erfüllt sein müssen.

6.1 Vergleich der Programme mit den benannten Einflussfaktoren

Dieser Abschnitt beginnt, der Reihenfolge im dritten Kapitel nach, mit den makrostrukturellen Einflussfaktoren. Bei den makrostrukturellen Faktoren hat sich insbesondere die relative Deprivation als relevant für die Entstehung von Rechtsextremismus gezeigt. Defizite in Arbeits- Produktions- und Einkommensbedingungen und somit in den Lebensbedingungen eines Subjekts, können zu Ausgrenzungserfahrungen führen. Erleben junge Menschen dies selbst oder durch ihre Eltern, können sowohl fremdenfeindliche als auch chauvinistische und antidemokratische Einstellungen entstehen. Aggressionen, die hierbei gegen den Staat entstehen können, richten sich dann auch im Sinne rechtsextremen Verhaltens gegen andere Gruppen.

Vereinzelungserfahrungen und Individualisierungsprozesse sowie der Wegfall sozialer Milieus können die Wirkung der relativen Deprivation verstärken, bzw. allein stehend, ähnliche Effekte verursachen.

Eine verbesserte Jugendpolitik sowie Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit, sektorale und regionale Stärkung können diese Effekte insgesamt abmildern. Diese Steuerelemente, liegen in der Hand der Landes- und Bundespolitik. Das BfDT vom Bundesministerium für Justiz und Inneres bezieht sich hierbei eher auf die Stärkung von Zivilgesellschaft. Dies kann vor allem Individualisierungsprozessen, Vereinzelungserfahrungen und dem Wegfall von Milieus entgegenwirken. Die meisten der Projekte

des BfDT bieten Möglichkeiten der Gemeinschaft und können insbesondere Kinder und Jugendliche auffangen, die sonst eventuell Ausgrenzungserfahrungen machen würden.

Medien können Vorurteile prägen. Durch eine nicht objektive Berichterstattung stellen sie rechtsextreme Gewalttäter entweder als Märtyrer dar oder mildern ihre Taten ab. Gerade auch Berichterstattungen über Flüchtlinge, die dazu neigen, hohe Flüchtlingszahlen als problematisch darzustellen, schüren Vorurteile und negative Gefühle. Eine objektive Berichterstattung kann dem entgegenwirken. Spezifische Maßnahmen hierfür sind nicht erkennbar.

Politik Kindern und Jugendlichen leichter zugänglich und erlebbar zu machen, ist ein weiterer wichtiger präventiver Aspekt. Dies mildert Politikverdrossenheit und Antidemokratisierung ab. Gerade politische Bildung ist hierbei ein geeignetes Mittel. Politische Bildung ist ein Thema der Sozialisationsinstanzen.

Familiäre Sozialisation kann einen großen Teil zur Entstehung von Rechtsextremismus beitragen. In der Familie sind erste soziale Erfahrungen möglich, politische Bildung im Sinne von Entscheidungen und demokratischen Aspekten im Erziehungsstil sind ebenfalls prägend. Das Kind bekommt innerhalb der Familie ein Gefühl für seine Selbstwirksamkeit, hier werden die Grundsteine für das Selbstbewusstsein und das Bewusstsein von Moral entwickelt. Durch die Weitergabe von Einstellungen gegenüber Politik und Gesellschaft von Seiten der Eltern kann der Lebensweg eines Kindes maßgeblich geprägt werden. Die Förderung einer insbesondere demokratischen Erziehung, die liebevoll, konsequent und zuverlässig ist, steht bei einer Prävention innerhalb von Familie im Vordergrund. Selbstbewusstsein und Selbstwirksamkeit können vor Rechtsextremismus schützen, da gerade Kinder gefährdet sind, bei denen ein Mangel dieser beiden Kompetenzen festzustellen ist. Die ersten Beziehungen legen den Grundstein für eine gute Entwicklung dieser beiden Aspekte. Sinnvoll sind also Programme, die eine gute Bindung, genauer gesagt eine sichere Bindung, zwischen Eltern und Kind fördern und unterstützen. Kinder lernen durch ein promptes und richtiges Reagieren, wie ihre Umwelt auf sie reagiert. Dies ist maßgeblich für eine spätere Orientierung in der Welt und in sozialen Beziehungen. Diese Beziehung ist der Grundstein für die Kommunikation innerhalb der Familie. Kinder, in deren Familien eine gute Kommunikation herrscht, die durch Respekt, Offenheit und eine gute Beziehung geprägt ist, sind weniger anfällig für Rechtsextremismus. Alle Aspekte der familiären Sozialisation bedingen sich gegenseitig und beruhen vor allem auf den ersten Bindungs- und Beziehungserfahrungen. Prävention in der Familie sollte deshalb früh ansetzen. Ziel einer Prävention sollte immer eine gute Eltern- Kind- Beziehung sein. Transmissionswirkungen allerdings verstärken sich, wenn das Familienklima positiv und die Beziehungen gut sind. Präventiv auf Kinder zu wirken, die mit einer rechtsextremen Einstellung oder rechtsextremen Verhalten ihrer Eltern aufwachsen, kann sich als schwierig erweisen. Bei rechtsextremem Verhalten der Eltern sind dann Programme wie „EXIT“

gefragt, die den Eltern beim Ausstieg aus rechtsextremen Gruppen helfen können. Insgesamt sind wenige spezifische Programme vorhanden, die mit Eltern und Kindern präventiv arbeiten.

Peers sind eine weitere wichtige Sozialisationsinstanz im Leben eines Kindes. Die Selbstsozialisationsmöglichkeiten, die innerhalb der Familie erlernt werden, kommen insbesondere hier zum Ausdruck. Die soziale Gruppe hat eine große Bedeutung für die Identitätsbildung von Kindern und Jugendlichen. Freunde sind eine soziale Ressource, die das Selbst- und Fremdbild maßgeblich und nachhaltig prägen und die helfen, mit Prozessen des sozialen Wandels oder Schwierigkeiten in der Familie fertig zu werden. Gruppenidentität ist ein elementarer Aspekt, möchte man die Hintergründe zur Entstehung von Rechtsextremismus verstehen. Diese bildet sich aus dem Bedarf heraus das eigene Selbstwertgefühl aufzuwerten, das durch gesellschaftliche oder familiäre Einflüsse ungünstig entwickelt ist. Subjektive Aufwertungen der eigenen Gruppe können mit Abwertungen anderer Gruppen einhergehen, insbesondere dann, wenn die fremde Gruppe als Konkurrenz wahrgenommen wird. Präventive Maßnahmen, die entgegen so einer Entwicklung wirken wollen, beziehen sich darauf, negative Einflüsse in anderen Sozialisationsinstanzen zu minimieren. Dies ist notwendig, um einer ungünstigen Entwicklung des Selbstwertgefühls entgegen zu wirken und auch autoritäre Charakterstrukturen zu vermeiden. Der Wunsch nach einer Orientierung an Hierarchien und der Wunsch nach Geborgenheit in einer Gruppe können vermieden werden, indem die Entwicklung des autoritären Charakters verhindert wird. Dies ist möglich durch eine Beeinflussung des Erziehungsstils. Ausgehend davon, dass sich Peer-Beziehungen im Kindes- und Jugendalter besonders in der Schule bzw. Kita finden, nehmen präventive Programme in diesen Institutionen Einfluss auf die Peer-Group. Ein gutes soziales Klima in diesen Einrichtungen kann Einfluss auf die sozialen Gruppen nehmen und ihnen Vorbild sein in der Gestaltung von Gruppenstrukturen. Gerade auch durch Partizipationsmöglichkeiten und das Aufheben von Leistungsdruck werden den jungen Menschen Werkzeuge für eine demokratische Gruppengestaltung mitgegeben. Interkulturelles Lernen kann dazu führen, dass Vorurteile aufgehoben werden, was dann ein Konkurrenzdenken gegenüber anderen Gruppen aufheben kann.

Außerschulische Bildungsangebote wiederum können Kindern und Jugendlichen Alternativen zu rechtsextremen Gruppen bieten. Das Projekt „buntkickt gut“ z.B. offeriert Kindern eine Gruppe, in der sie sich sicher und geborgen fühlen können, in der sie akzeptiert werden wie sie sind und in der sie leistungsunabhängige Anerkennung erfahren. Damit tritt dieses Projekt unter anderem Angeboten von rechten Gruppen entgegen.

Interventionsarbeit sollte den Bezug der Jugendlichen zu einer rechtsextremen Gruppe immer akzeptieren. Denn für die meisten Jugendlichen bietet diese Clique einen sicheren Ort, der die Basis für ihre Lebensgestaltung darstellt. PädagogInnen dürfen diesen Aspekt nicht aus den Augen verlieren und nicht versuchen ihre KlientInnen durch Druck aus der Gruppe herauszuholen, da dies nur auf

Widerstand stößt. Wichtiger ist hierbei dem Jugendlichen eine verlässliche Beziehung anzubieten, die zunächst eine Alternative zur Gruppe darstellen kann.

Schule kann einen deutlichen Einflussfaktor zur Entstehung von Rechtsextremismus darstellen. LehrerInnen, die in ihrem Rollenvorbild eine diskriminierende und nicht wertschätzende Haltung einnehmen, können dieses Verhalten bei ihren SchülerInnen auslösen. Insbesondere Leistungsdruck und die einheitliche Bewertung aller SchülerInnen können Versagensängste auslösen und den Selbstwert mindern. Schwächere SchülerInnen werden benachteiligt, individuelle Fortschritte werden nicht wahrgenommen. Solche Erfahrungen können Schulunlust auslösen, die dann wiederum dazu führen kann, dass die Schullaufbahn frühzeitig beendet wird. Hierdurch entstehen BildungsverliererInnen, die wiederum eher von Rechtsextremismus bedroht sind, da sie durch einen kurzen Schulweg zum einen weniger kognitive und soziale Fertigkeiten erlernt haben und zum anderen eher von Arbeitslosigkeit und somit von Ausgrenzung betroffen sind. Schule weist oft hierarchische Strukturen auf und bietet wenig Möglichkeit zur Partizipation. Dies ermöglicht wenig Anreize zu demokratischem Lernen.

Dem entgegen steuern kann man durch die bereits laufende Änderung des Leistungsprinzips der Schule, in dem Leistung und Lernen individuell gestaltet werden und auf die verschiedenen Möglichkeiten der SchülerInnen angepasst werden. Zudem sollten auch soziale und persönliche Leistungen Anerkennung finden. Dies kann Schulunlust entgegenwirken und Selbstwirksamkeitserfahrungen steigern. LehrerInnen sollten sich und ihr Verhalten stets reflektieren, um eine Diskriminierung von SchülerInnen oder eigene Vorurteile gegen bestimmte Gruppen abzubauen. Somit kann ein angenehmeres Klima erzeugt werden, was sowohl die Vorbildfunktion von LehrerInnen verbessert, als auch SchülerInnen vor einer Stigmatisierung ihrer selbst bewahrt. Schule als ein Ort der Demokratie und Partizipation schafft zudem Verständnis für demokratische Prozesse und ist ein Teil politischer Bildung. Wird Schule als Ort gestaltet, in dem jede Meinung gleich viel zählt und in dem Entscheidungen gemeinsam getroffen werden, kann dies ein wesentlicher Schritt zur Demokratisierung von Kindern sein. Gleiches gilt für Kindertagesstätten.

6.2 Empirische Ergebnisse zur Wirksamkeit verschiedener Programme

Die Wirksamkeit von konjunkturellen Hochphasen, die mit einer Verringerung der Arbeitslosenzahlen und mit einer Verbesserung der Lebensumstände einhergeht, kann anhand von aktuellen Zahlen zur Entwicklung von Wirtschaft und dem Vergleich mit dem Vorkommen von Rechtsextremismus ermittelt werden. 2014 ist die deutsche Wirtschaft um 1,5 % gewachsen. Der Beschäftigungsaufbau wurde dadurch vorangetrieben, die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Dies beeinflusst das Einkommen der privaten Haushalte und ermöglicht eine Steigerung des Konsums. Eine relative Verbesserung der Lebensumstände kann hier unterstellt werden (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2015).

Im Jahr 2002 hingegen fand eine 0,2%ige Steigerung des Wirtschaftswachstums statt (vgl. Statistisches Bundesamt 2003). Im Jahr 2002 wiesen 9,7% der Bevölkerung ein rechtextremes Weltbild auf; im Jahr 2014 waren es 5,6% (vgl. Decker et al. 2014, S. 59). Es kann somit ein Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage und der Verbreitung von Rechtsextremismus hergestellt werden. Politischen Programmen gegen Jugendarbeitslosigkeit oder zur Arbeitsbeschaffung in bestimmten Regionen kann eine Wirksamkeit zugesprochen werden. Gleichzeitig untermauern diese Zahlen noch einmal die relative Deprivation sowie auch drohenden Statusverlust als Einflussfaktoren. Zahlreiche Studien bestätigen ebenfalls den Zusammenhang von Deprivation und einem erfahrenen oder drohenden sozialen Abstieg mit dem Aufkommen von Rechtsextremismus. Ökonomische Teilhabe birgt ein Integrationspotential, was wiederum bestätigt, dass Maßnahmen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Integration eng im Zusammenhang mit der Verbesserung der Lebensumstände wie Arbeitsplätzen und Wohnraum stehen (vgl. Decker et al. 2014, S. 18f).

Der Einfluss von familiären Faktoren und präventive Programme innerhalb der Familie lassen sich nur schwer nachweisen. Ein Mittel sind Studien, die jugendliche rechtextreme StraftäterInnen befragen. Beachtlich viele dieser Befragten sind in Familien aufgewachsen, bei denen nur ein Elternteil anwesend war, bzw. Stiefmutter oder- Vater anstelle der leiblichen Elternteile gegenwärtig war. In den meisten Fällen fehlte der Vater; weiterhin berichteten die Jugendlichen, dass das Zusammenleben mit Stiefvätern dann oft konfliktreich und schwierig war. Zudem wurde vermehrt von Erfahrungen mit psychischer Gewalt sowie Alkoholmissbrauch durch die Eltern berichtet. Wenig Zuwendung und eine Ablehnung durch die Eltern prägten die Beziehung und die Kommunikation innerhalb der Familie (vgl. Hopf 1995, S. 107ff). Die Eltern der interviewten Straftäter nahmen wenig Anteil an den kindlichen Sorgen, Problemen und Interessen. Zusätzlich motivierten sie ihre Kinder häufig zu einer gewaltbereiten Konfliktlösung. Demnach sind bereits im Kindesalter Ausprägungen und Anfälligkeit für rechtextreme Neigungen zu erkennen. Dies sind Aggressivität, Fremdenfurcht und Autoritarismus (vgl. Rieker 2009, S. 33ff).

Präventive Arbeit, die diesen Einflussfaktoren entgegenwirkt, könnte in Form von Unterstützung der Eltern, Elternbildung und Aufklärungsarbeit vorkommen. Allerdings sind solche Programme und somit auch Studien zu ihrer Wirksamkeit so gut wie gar nicht vorhanden.

Die Mitgliedschaft in einer rechten Jugendgruppe hat den zweitstärksten Einfluss auf die Entstehung von Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft in der Adoleszenz. Noch stärker ist hierbei der Einflussfaktor der Gruppenidentität in Form von Abgrenzung und Anerkennung durch und innerhalb der gleichaltrigen Gruppe. Einige qualitative Studien weisen darauf hin, dass ein durch Autorität geprägtes und nach außen abgegrenztes Klima innerhalb einer Gruppe zur Entstehung rechtextremer Tendenzen beiträgt. Dies bestätigt auch die Studie „Unpolitische Jugend?“ aus dem Jahr 2006 (vgl.

Pfaff und Krüger 2006, S. 142f). Die Identifikation mit einer Gruppe ist bedingt durch die Verbesserung und Aufrechterhaltung des eigenen Selbstwertgefühls (vgl. Oepke 2005, S. 129).

Modelle, die eine Förderung der personellen und sozialen Kompetenzen zum Ziel haben, können diesen Entwicklungen gegensteuern. Erwiesen ist hierbei, dass selbstgesteuerte und lang andauernde Programme eine gute präventive Wirkung erzielen können. Zudem ist moralisierende Pädagogik eher kontraproduktiv und führt insbesondere bei Jugendlichen und Kindern, die bereits in Ansätzen rechtsextreme Tendenzen zeigen zu einer Abwehrhaltung. Eine generelle Evaluierung solcher Projekte und Programme findet allerdings nur unzureichend oder unstrukturiert und wenig wissenschaftlich statt (vgl. Möller 2004, S. 212–218).

Oft bestätigt ist hingegen der Einfluss des Bildungsgrades auf eine Affinität zum Rechtsextremismus; ein niedriger Bildungsgrad bedingt somit eher die Entwicklung von Rechtsextremismus (vgl. Oepke 2005, S. 142–147).

Ebenfalls nach der Studie „Unpolitische Jugend“ weist das Regressionsmodell positive Zusammenhänge mit geringer Schulfreude und fremdenfeindlichen und gewaltaffinen Einstellungen bei Jugendlichen auf. Gleichzeitig kann dieser Zusammenhang auch bei als stark abwertend wahrgenommener Anerkennung innerhalb von Beziehungen zwischen SchülerInnen und LehrerInnen festgestellt werden (vgl. Pfaff und Krüger 2006, S. 142f). Es ist davon auszugehen, dass Konzepten, die Partizipation fördern, Leistungsdruck abbauen und somit zu einem sozialen und lernfördernden Schulklima beitragen, auf Grund dieser Ergebnisse ein positiver Effekt zuzuschreiben ist. Gerade aber Ergebnisse zum sozialen Lernen werden eher unsystematisch und wenig erfasst.

Oft beruhen solche Ergebnisse eher auf subjektiven Erfahrungsberichten pädagogischer Fachkräfte. Demnach sind im Rahmen aller genannten Institutionen und Orte, in denen präventiv gearbeitet wird, verschiedene positive Ergebnisse zu verorten. Besuche in Schulen oder Kindertagesstätten außerschulischen Einrichtungen zur Projektarbeit, trifft dies meist auf positive Resonanz bei den Kindern. PädagogInnen berichten zudem, dass die Kinder durch ein solches Projekt oftmals offener und sensibler mit z.B. interkulturellen Themen umgehen. Zudem können Kinder durch außerschulische sowie Projekte, die innerhalb einer Einrichtung verankert sind, gelernte Regeln und Erfahrungen selbstständig in ihren Alltag übernehmen.

Schwierigkeiten sind insbesondere bei der Durchführung und Evaluation früher Präventionsangebote zu finden. Es gibt kaum konkrete Ergebnisse oder Erfahrungswerte, was zur Folge hat, dass hier oft mit Programmen für Jugendliche oder ältere Kinder gearbeitet wird (vgl. Rieker 2009, S. 42–48).

Bei Programmen zur Gewaltprävention lässt sich feststellen, dass eine besonders frühe Prävention sinnvoll ist, da Verhaltensauffälligkeiten sich bei jungen Kindern meist nur in einem geringen Maße ausgebildet haben.

6.3 Diskussion

Anhand der vorhergegangenen Abschnitte zum Vergleich von Programmen und Einflussfaktoren sowie zur Empirie, erfolgt nun eine Diskussion zur Wirksamkeit von Präventionsprogrammen.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass es wenige empirische Ergebnisse zur Wirkung von Präventionsprogrammen gibt. Dies hat verschiedene Gründe. Wird mit Kindern und Jugendlichen vorbeugend gegen Rechtsextremismus gearbeitet, lässt sich feststellen wie viele der TeilnehmerInnen später tatsächlich rechte Tendenzen aufweisen. Jedoch lässt sich nicht feststellen, wie diese Ergebnisse ohne die präventiven Programme ausgesehen hätten. Eine empirische Studie zur Wirksamkeit kann deshalb nicht im vollen Maße Auskunft darüber geben, ob ein Programm dazu beigetragen hat, dass Rechtsextremismus nicht entsteht. Zudem werden solche Studien nur selten durchgeführt, da diese besonders aufwendig sind. Sie beinhalten eine langjährige Begleitung von Kindern, um letztendlich festzustellen, ob sich Aspekte des Rechtsextremismus entwickelt haben oder nicht. Hieraus ließe sich dann eine Wirksamkeit von Programmen ableiten. Andererseits lässt sich eine Wirksamkeit eher feststellen, wenn mit Risikogruppen gearbeitet wird. Es können zum Beispiel Kinder sein, die mehreren Einflussfaktoren ausgesetzt sind oder die bereits früh erste Vorläufer von Rechtsextremismus zeigen. Diese können zum Beispiel in Form von frühen Gewalttaten oder Diskriminierung anderer Menschen auftreten. Langzeitstudien können dann zeigen ob solche Kinder, die mit höherer Wahrscheinlichkeit als Kinder einer nicht Risikogruppe rechte Tendenzen entwickeln, von präventiven Programmen profitieren konnten. Nur durch das Erlangen von Erkenntnissen über die Wirkung von Präventionsprogrammen können diese ausreichend überarbeitet und angepasst werden.

Das Feld der außerschulischen Programme gegen Rechtsextremismus ist breit gefächert. Es bietet verschiedene und vielfältige Ansatzpunkte. Die Teilnahme an solchen Programmen beruht auf einem Prinzip der Freiwilligkeit. Häufig werden im Rahmen solcher Programme intellektuelle und kognitive Kompetenzen gefordert, insbesondere bei Programmen zur politischen Bildung. Problematisch ist hierbei dass solche Programme somit eher bildungsnahe Kinder und Jugendliche erreichen. Wie in dieser Arbeit bereits angemerkt, besitzen bildungsferne Jugendliche häufig ein geringeres Maß an kognitiven Kompetenzen, auch weil sie eine kürzere Schullaufbahn haben. Die Voraussetzung des Besitzens insbesondere kognitiver Kompetenzen hält bildungsferne Jugendliche, die eher zu einer Risikogruppe zählen, von außerschulischen Programmen ab. Hinzu kommen Anfahrtswege und eventuelle Kosten, die ein zusätzliches Hindernis darstellen.

Schule ist eine wichtige Sozialisationsinstanz, die jedes Kind in seinem Leben durchläuft. Oftmals nutzt die Schule ihre Sozialisationskraft aber nicht im vollen Maß. Es sind noch immer hierarchische Strukturen und rein leistungsbezogene Bewertungen im Schulalltag zu finden. Diese fördern Schulunlust und dienen den Kindern eher als Vorbild für Hierarchie und gegen Demokratie. Programme gegen Rechtsextremismus sind oftmals kein Bestandteil des Regelunterrichts und haben wenig Bezug

zum sonstigen Unterricht. Partizipationsmöglichkeiten werden häufig nur im geringen Maße geschaffen. Die Schule als Ort des sozialen Lernens und der gewaltfreien Konfliktregelung wird oft viel zu wenig umgesetzt. Der alte Schulbegriff des Qualifikationserwerbs ist noch allzu oft Grundlage schulischen Lernens. Anerkennung sollte nicht nur durch Leistung in Unterrichtsfächern erreicht werden, damit der eigene Selbstwert nicht nur von Leistungen abhängig gemacht und eine Identitätssuche ermöglicht werden kann. Die Rahmenbedingungen der Schule sind relevant für die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen. Hier wäre es möglich Grundsätze der Demokratie zu erlernen und zu erleben (vgl. Rieker 2009, S. 59ff).

Im früheren Alter ist diese Form der politischen Bildung im Kitaalltag möglich. Es lässt sich hier feststellen, dass es für die Arbeit mit dieser Altersgruppe besonders wenige Ergebnisse und Erfahrungswerte gibt. Häufig wird bei der Arbeit mit Kindern auf Programme zurückgegriffen, die eher für Jugendliche oder ältere Kinder konzipiert sind. Hierbei besteht die Gefahr, dass die Entwicklung der Kinder hierbei zu wenig berücksichtigt wird. Werden solche Ansätze dann auf das Alter der Kinder hin verändert, könnten spezifische Ansatzpunkte der präventiven Arbeit verloren gehen. Eine besondere Schwierigkeit liegt in diesem Alter auch in der Arbeit mit Risikogruppen. Gefährdete Kinder, die z.B. durch aggressives Verhalten auffallen, werden eher stigmatisiert. Wird dann auf Gruppenangebote zurückgegriffen, die alle Kinder mit einschließen, kann möglicherweise auf vorbelastete Kinder wiederum nicht genug eingegangen werden (vgl. Rieker 2009, S. 42–48).

Oft werden in verschiedenen Institutionen präventive Konzepte unverändert übernommen. Dabei werden kontextuelle Bedingungen missachtet. Hierdurch werden Lernprozesse weniger initiiert und Zielgruppen werden im geringeren Maße erreicht. Dies äußert sich zum Beispiel darin, dass vorhandene Ressourcen weniger genutzt werden. Oft stehen die Rahmenbedingungen der Institutionen den Zielen der Projekte im Weg. Als Beispiele hierfür sind eine mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit der PädagogInnen zur Reflexion des eigenen Handelns oder eine fehlende Elternbeteiligung zu nennen. Dann treffen die Projekte auf Diskrepanzen im Alltag der Kinder. Inhalte von Projekten können dann für die Kinder nicht orientierungs- und handlungsleitend werden (vgl. Rieker 2009, S. 45 ff).

Insgesamt sind im Bereich der präventiven Arbeit mehrerer unterentwickelte Handlungsfelder auszumachen. Hierzu zählt die soziale und pädagogische Arbeit mit Kindern. Gewaltakzeptanz und Ausgrenzungshaltungen die sich auf Minderheiten beziehen, werden bereits durch Sozialisationserfahrungen in der Kindheit wahrgenommen und erlebt. Gerade frühe Präventionsansätze können zu guten Ergebnissen führen, da beispielsweise das moralische Denken oder Vorurteile noch nicht gefestigt sind. Kindertagesstätten haben gerade in Bezug auf interkulturelle Bildung viele Möglichkeiten, da sie oft sehr multikulturell sind und noch keine Selektion der Kinder im dreigliedrigen Schulsystem stattfand. Programme hierzu sind aber eine Seltenheit.

Weiterbildungsangebote für PädagogInnen sind ein weiterer wichtiger Faktor. Gerade im Hinblick auf die Sensibilität, Reflexion und die Förderung elementarer Kompetenzen bei Kindern, sind Fort- und Weiterbildungen von großer Bedeutung für die präventive Arbeit. Oft fehlt hierbei jedoch der Praxisbezug, was die spätere Arbeit in Institutionen erschwert.

Die Entwicklung des Gemeinwesens, als eine Form der regionalen Politik ist ein weiterer Punkt, der weiter ausgebaut werden müsste. Inhalt dessen ist eine Orientierung von sozialen Einrichtungen an dem regionalen Gemeinwesen und umgekehrt. Soziale und kulturelle Ressourcen insbesondere in strukturschwachen Regionen müssen entdeckt und ausgebaut werden. Gerade in solchen Gebieten sind rechtsextreme Gruppierungen häufiger vertreten und bieten somit Kindern und Jugendlichen eine häufig alternativlose Möglichkeit für ihre Freizeitgestaltung. Einen Gegenpol können demokratisch organisierte Vereine bilden. Demokratische Vereine können zudem eine Ergänzung zur Arbeit mit rechten Jugendlichen sein, da diese für die Akteure eine andere Möglichkeit der Freizeitgestaltung bieten.

Generell unterentwickelt ist der Bereich der politischen Partizipation für Kinder und Jugendliche. Konzepte in denen Mitbestimmung und Eigenverantwortung gefördert werden, sollten in allen Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, verankert werden.

Der am deutlichsten unterentwickelte Handlungsbereich ist die Eltern- und Familienbildung. Die Sozialisationswirkung durch die Familie ist ein fundamentaler Faktor. In der Kindheit wird bereits die Basis für ein gewaltfreies und wertschätzendes Handeln gelegt. Eltern sind hier insbesondere wichtig, weil sie die ersten Beziehungserfahrungen bieten und auch im späteren Alter noch einen hohen Einfluss auf die Entwicklung der Kinder haben. Frühe und spezielle Präventionsangebote, die mit Eltern und Familien arbeiten, sind trotz dieser Erkenntnisse kaum zu finden (vgl. Möller 2004, S. 208–212). Die Arbeit mit dem Individuum ist genauso wichtig wie infrastrukturelle Tätigkeit. Präventiv muss bei der Entwicklung von sozialen und personalen Kompetenzen angesetzt werden. Meist werden allerdings zeitlich begrenzte Trainingsformate angewandt, die weder nachhaltig sind, noch auf eine Übertragung im Alltag achten (vgl. Möller 2004, S. 212–218).

7. Vorschläge zur Erweiterung und Verbesserung von Präventionsmaßnahmen - ein Fazit

Zum Abschluss dieser Arbeit erfolgt an dieser Stelle ein Fazit, dass darüber hinaus eigene Ideen zur Verbesserung präventiver Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zum Inhalt hat.

Es lässt sich feststellen, dass im Bereich der präventiven Arbeit einige Defizite bestehen. Nach der Betrachtung der Einflussfaktoren im Bereich der Familie kann festgestellt werden, dass diese bei der Entstehung von Rechtsextremismus bedeutsam ist. Es gibt aktuell kaum Maßnahmen die diesem Einfluss entgegen wirken könnten. Die genannten Faktoren bedingen nicht nur eine Entwicklung von Rechtsextremismus, sondern können insgesamt die Entwicklung eines Kindes negativ beeinflussen.

Ein Kind des Bindungstyps *unsicher gebunden* oder *desorganisiert*, entwickelt ein negatives Selbstbild und weist meist Defizite in den sozialen Kompetenzen auf. Diese Tatsache führt nicht nur dazu, dass Kinder eher zu Rechtsextremismus neigen. Vielmehr führen zum Beispiel Defizite in den sozialen Kompetenzen zu einer Entwicklung innerer und ausgelagerter Konflikte (vgl. Jugert et al. 2001, S. 12f). Sozial- und Selbstkompetenzen von Anfang an zu fördern, vermindert nicht nur das Risiko zur Entwicklung von Rechtsextremismus, sondern kann zusätzlich vor weiteren negativen Entwicklungen schützen.

Liegen benannte familiäre Einflussfaktoren vor, kann man nicht vorhersagen, ob ein Kind rechtsradikale Tendenzen entwickelt. Deswegen sind präventive Maßnahmen innerhalb der Familie und in der frühen Kindheit wenig verbreitet. Jedoch ist das breitgefächerte Netz insbesondere der Kinder- und Familienhilfe, ganz gleich ob ambulant oder stationär, als eine Sammlung präventiver Maßnahmen auch gegen Rechtsextremismus zu betrachten. Familienhilfe unterstützt und begleitet beispielsweise Eltern, um gemeinsam mit ihnen das Familienklima zu verbessern, für eine bessere Kommunikationskultur und für einen besseren Bindungsaufbau zu sorgen. Diese Hilfen können insbesondere der Entstehung des autoritären Charakters entgegenwirken, das Selbstbild des Kindes verbessern und seine sozialen Kompetenzen fördern, womit der Entstehung von Rechtsextremismus vorgebeugt wird. Spezielle präventive Programme gegen Rechtsextremismus für den Bereich der Familienarbeit zu entwickeln, ist nicht unbedingt notwendig, da Rechtsextremismus nur eine von vielen Möglichkeiten ist, die als Folge von Entwicklungsdefiziten auftreten kann. Daher ist es effektiver, auf niedrigschwelliger Ebene, Programme für Eltern anzubieten, die für eine gute Entwicklung ihrer Kinder förderlich sind und somit die Widerstandsfähigkeit der Kinder stärken. Elternschulen bieten beispielsweise solche niedrigschwelligen Angebote, in denen Eltern lernen können, besser auf die Bedürfnisse ihrer Kinder zu reagieren. Es lässt sich aber sagen, dass solche Programme häufig weniger Berührungspunkte mit Eltern haben, die Unterstützung in verschiedenen Lebensbereichen benötigen. Grund hierfür kann Schamgefühl sein, aber auch eine überfordernde oder gar abschreckende Werbung für die Programme. Insgesamt ist ein Ausbau bzw. eine Weiterentwicklung von Angeboten für Familien, die präventiv auf ihre Kinder wirken, sinnvoll. Eine genaue Auseinandersetzung mit u.a. einem Ausbau der Familienhilfe überschreitet allerdings den Rahmen dieser Arbeit.

Der Einfluss von Peers ist gerade auf Grund der vermehrten Zeit, die Kinder heute in Institutionen verbringen, gestiegen. Freunde sind für die Herausbildung der eigenen Identität, gerade in Bezug auf die Zugehörigkeit und Einordnung zu einer sozialen Gruppe, ein wichtiger Faktor. Beziehungen zu Gleichaltrigen bieten hauptsächlich positive Effekte für Kinder, da sie soziale Kompetenzen erlernen, ihre Selbstwert- und Selbstwirksamkeitsgefühle steigern können und Prozesse des gesellschaftlichen Wandels besser verarbeiten können. Pädagogik sollte Freundschaften von Kindern aus diesen Gründen unterstützen und fördern. Die Bereiche, in denen mit Gruppen gearbeitet wird, sind sowohl in

Bildungseinrichtungen zu finden als auch in außerschulischen Einrichtungen. Den Kontext der Gruppenzugehörigkeit darf man auch bei der Arbeit mit einzelnen Kindern nicht außer Acht lassen. In der präventiven Arbeit ist es wichtig zu vermeiden, dass Gruppen sich nach außen hin abschotten sowie Vorurteilen und Konkurrenzdenken vorzubeugen. Gelingen kann dies durch die Förderung der Toleranz und Offenheit der Gruppe und ihrer einzelnen Mitglieder. Politische Bildung ist insbesondere durch Aufklärungsarbeit in der Lage Vorurteilen vorzubeugen. Gerade die Institution Schule hat kann durch Partizipation und Demokratisierung ihrer Strukturen dies ermöglichen. Schule befindet sich in einem Prozess des Wandels, der sich in eine leistungsunabhängigere Richtung bewegt und individuelle Möglichkeiten von SchülerInnen berücksichtigt. Partizipationsmöglichkeiten werden vermehrt geschaffen.

Die präventive Arbeit in der Kita ist unterentwickelt und bedarf einem Ausbau. Die Entwicklung spezieller Programme für diese Altersgruppe wäre von Nöten, um möglichst früh wirken zu können. Ein frühes Einsetzen von Programmen kann verhindern, dass z.B. Vorurteile sich verfestigen oder gar entstehen. Gezielte Programme sind in der Arbeit mit dieser Altersgruppe aber nur ein Weg. Eine andere Möglichkeit ist es, über den Alltag der Kinder dem Entstehen von Rechtsextremismus entgegen zu wirken. Ähnlich wie in der Schule sind hier demokratische Strukturen und Partizipationsmöglichkeiten von Bedeutung. Kinder sollten Gelegenheiten haben, ihre Interessen kund zu tun und sich mit ihren Meinungen und Ideen in die Gestaltung des Alltags und auch in außerordentliche Entwicklungen einzubringen. Kinder machen dann bereits früh Selbstwirksamkeitserfahrungen und erleben und verstehen die Grundzüge einer demokratischen Lebenswelt.

Grundsätzlich ist die Vernetzung der verschiedenen Sozialisationsinstanzen und sozialen Einrichtungen ein wichtiger Faktor in der präventiven Arbeit. Expertenwissen und gleichzeitig gegenseitige Unterstützung sowie Austausch untereinander können helfen, Programme und Alltagserfahrungen auszubauen und zu verbessern.

Insbesondere Politik ist durch ihren großen Einflussbereich in der Pflicht, den Ausbau solcher Maßnahmen zu verbessern und zu fördern. Der Einfluss gesamtgesellschaftlicher Faktoren lässt sich am besten erfassen und weist einen hohen positiven Wirkungsgrad auf Rechtsextremismus auf. Dies gilt insbesondere für die relative Deprivation, der durch Steuerung der Politik entgegen gewirkt werden kann.

Auch die Medien haben durch ihre dauerhafte Präsenz ein erhöhtes Verantwortungspotential. Ein bedeutender Mangel ist im Bereich der Forschung festzustellen. Alleine die Wissenschaftlichkeit mancher Studien ist unzureichend, von der geringen Masse der Studien ganz abzusehen. Langzeitstudien wären erforderlich oder auch eine Arbeit mit Vergleichsgruppen. Nur so können Einflussfaktoren eindeutiger bestimmt und Programme gegen die Entstehung von Rechtsextremismus deutlicher formuliert werden.

Trotz dieses Mangels ist die Bedeutung einiger Einflussfaktoren im Lebensbereich der Kindheit nicht von der Hand zu weisen, wenngleich das Maß des Einflusses innerhalb der verschiedenen Sozialisationsinstanzen eher schwer zu bestimmen ist. Das Wahrnehmen von einer Multikausalität der Bedingungen, die Kinder in eine rechtsextreme Richtung lenken, ist erforderlich, um diese gesellschaftliche Entwicklung zu verstehen. Zudem ist eben diese Multikausalität dafür verantwortlich, dass sich die Entwicklung von Rechtsextremismus nicht vorhersagen lässt. Dennoch können präventive Programme nützlich und hilfreich sein, da die benannten Einflussfaktoren durchaus zahlreiche andere ungünstige Entwicklungspfade verursachen können.

Einige Einflussfaktoren liegen auch außerhalb des Lebensabschnitts Kindheit und können trotz eines positiven Einflusses durch die Sozialisationsinstanzen Rechtsextremismus verursachen. Hierzu zählen z.B. der hohe Einfluss von Peers, Arbeitslosigkeit oder Ressourcenknappheit. Nehmen diese Faktoren bereits Einfluss auf den Menschen, ist ein Entgegenwirken deutlich schwieriger. Diesen Einflussfaktoren kann jedoch eine Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen und Ressourcen in der Kindheit präventiv entgegenwirken.

Schlussendlich lässt sich nicht zweifellos feststellen, inwieweit Einflussfaktoren in der Kindheit zur Entstehung von Rechtsextremismus beitragen. Es gibt aber auf Grund der dieser Arbeit zugrunde liegenden Theorie und Empirie Hinweise darauf, dass man bei der Entwicklung von Präventionsmaßnahmen nicht umhinkommt, die Kindheit als eine besondere und einflussreiche Lebensphase einzubeziehen. Die Entwicklung gesonderter Präventionsprogramme für die Kindheit und Jugend können dazu beitragen das Vorkommen von Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft zu vermindern.

Abkürzungsverzeichnis

GG	Grundgesetz
NS	Nationalsozialistisch
BfDT	Bündnis für Demokratie und Toleranz
DJI	Deutsches Jugendinstitut

Literatur- und Quellenverzeichnis

Ahnert, Lieselotte (2010): Wieviel Mutter braucht ein Kind? Bindung-Bildung-Betreuung: öffentlich und privat. Heidelberg: Spektrum Akad. Verl. (Spektrum, Sachbuch).

Baker, Andrew (2013): Wo Begriffe fehlen. Was ist Judenfeindlichkeit? Politik und Behörden brauchen darauf europaweit gültige Antworten. Online verfügbar unter <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/17849>., zuletzt geprüft am: 23.7.15

Becker, Reiner (2008): Ein normales Familienleben. Interaktion und Kommunikation zwischen "rechten" Jugendlichen und ihren Eltern. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl. (Wochenschau Wissenschaft).

Bender, S. (2014): Die Axiome von Paul Watzlawick. Online verfügbar unter <http://www.paulwatzlawick.de/axiome.html>, zuletzt geprüft am: 23.7.15

Böhm-Kasper, Oliver (2006): Politische Partizipation von Jugendlichen. Der Einfluss von Gleichaltrigen, Familie und Schule auf die politische Teilhabe Heranwachsender. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration), S. 53–74.

Bozay, Kemal (2011): Ethnisierung sozialer Konflikte im Kontext von Migration und Globalisierung. In: Gudrun Hentges (Hg.): Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus, extreme Rechte, Migration im Fokus der Debatte ; [Christoph Butterwegge zu seinem 60. Geburtstag gewidmet]. Unter Mitarbeit von Christoph Butterwegge. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften., S. 295–308.

Brenner, Gerd (2011): Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit (I). In: *Deutsche Jugend* (08 2010), S. 268–273.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015): Asylgeschäftsstatistik. Für den Monat April 2015. Online verfügbar unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infot/Statistik/Asyl/201504-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf;jsessionid=0F259F3B7A19E085707A9AD9336C4EB4.1_cid286?__bl__ob=publicationFile, zuletzt geprüft am 24.7.15.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (o.J.): XENOS - Integration und Vielfalt. Online verfügbar unter http://www.xenos-de.de/xenos/DE/Ueber_Xenos/XENOS_Integration_und_Vielfalt/inhalt.html, zuletzt geprüft am 23.7.15.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (o.J.): XENOS- Ausstieg zum Einstieg. Online verfügbar unter http://www.xenos-de.de/xenos/DE/Ueber_Xenos/Ausstieg_zum_Einstieg/inhalt.html, zuletzt geprüft am 23.7.15.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2015): Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Januar 2015. Online verfügbar unter http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilung_n,did=679526.html, zuletzt geprüft am 26.7.15.

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (2014a): Aufgaben und Ziele. Online verfügbar unter <http://www.buendnis-toleranz.de/ueberuns/aufgaben-und-ziele/>., zuletzt geprüft am 25.7.15

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (2014b): Kinder interviewen Migranten in Marzahn-Hellersdorf. Online verfügbar unter <http://www.buendnis-toleranz.de/themen/toleranz/162593/kinder-interviewen-migranten-in-marzahn-hellersdorf.>, zuletzt geprüft am: 27.7.15

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (2014c): Projekt: "Integration Kinder und Jugendlicher samt ihrer Eltern - egal welcher Herkunft, Geschlecht, finanzieller Situation oder körperlicher Verfassung" des FC Schwalbach in Sulzbach. Online verfügbar unter <http://www.buendnis-toleranz.de/themen/toleranz/168959/projekt-integration-kinder-und-jugendlicher-samt-ihrer-eltern-egal-welcher-herkunft-geschlecht-finanzieller-situation-oder-koerperlicher-verfassung-des-fc-schwalbach-in-sulzbach.>, zuletzt geprüft am: 27.7.15

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (2014d): Sahlkamp Charta von Politik zum Anfassen e.V. Online verfügbar unter <http://www.buendnis-toleranz.de/themen/demokratie/168954/sahlkamp-charta-von-politik-zum-anfassen-e-v.>, zuletzt geprüft am: 25.7.15

bunt kickt gut - Initiativgruppe e.V. (o.J.): Die Idee. Online verfügbar unter <http://bunkicktgut.de/infos.>, zuletzt geprüft am: 26.7.15

Burkert, Mathias (2012): Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. In: Hoffman Lars (Hg.): Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher. Unter Mitarbeit von Andrea Kleeberg-Niepage und Sturzbecher Dietmar. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 169–188.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Leipzig. Online verfügbar unter http://research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf., zuletzt geprüft am: 20.7.15

Elverich, Gabi (2011): Demokratische Schulentwicklung. Potenziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

EXIT (o.J.): Beratung. Online verfügbar unter <http://www.exit-deutschland.de/beratung/>., zuletzt geprüft am: 26.7.15

Frech, Sigfried (2004): "Team Z" Prävention und Förderung von Zivilcourage. In: Stephan Braun und Hörsch Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke- eine Gefahr. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163–172.

Fritzsche, Sylke (2006): Multikulturelle Schülerschaft und Fremdenfeindlichkeit. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration), S. 75–96.

Gessenharter, Wolfgang (2010): Was ist Rechtsextremismus? Zentrale Aspekte eines vielschichtigen Problems. In: Sarah Kolls und Holger Spöhr (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang, S. 27–43.

Goddar, Jeanette; Schmidt, Volker (2009): Jugend in Braun. In: *Frankfurter Rundschau* (17.03.2009), S. 1. Online verfügbar unter <http://www.fr-online.de/home/bundesweite-studie-jugend-in-braun,1472778,3193262.html>., letzter Zugriff am: 25.7.15

Hopf, Christel (1995): Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer. Weinheim: Juventa (Jugendforschung).

Hormel, Ulrike; Scherr, Albert (2004): Perspektiven schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus. In: Stephan Braun und Hörsch Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke - eine Gefahr. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 191–200.

Hufer, Klaus-Peter (2011): Bildung gegen Rechtsextremismus. In: Gudrun Hentges (Hg.): Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus, extreme Rechte, Migration im Fokus der Debatte ; [Christoph Butterwegge zu seinem 60. Geburtstag gewidmet]. Unter Mitarbeit von Christoph Butterwegge. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften., S. 175–186.

Hunscha, Sonja (2003): Kommunikations- und Interaktionsmodelle. Online verfügbar unter <http://www.techfak.uni-bielefeld.de/ags/wbski/lehre/digiSA/S03/MMMK/kommunikation.pdf>, zuletzt geprüft am 20.5.15.

Jugert, Gerd; Rehder, Anke; Notz, Peter; Petermann, Franz (2001): Soziale Kompetenz für Jugendliche. Grundlagen, Training und Fortbildung. Weinheim: Juventa.

Möller, Kurt (2004): Pädagogische und sozialarbeiterische Arbeit "gegen rechts"-. Wie weit reichen die gängigen Konzepte? In: Stephan Braun und Hörsch Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke- eine Gefahr. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 207–220.

Oepke, Maren (2005): Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen. Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunden und Schule. Opladen: Budrich.

Pfaff, Nolle; Krüger, Heinz-Hermann (2006): Jugendkulturen Cliques und rechte politische Orientierungen ~ Interdependenzen und Einflussfaktoren. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration), S. 123–144.

Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus-- Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim: Juventa.

Rietzschel, Antonie (2014): Kinder, die Hakenkreuze kritzeln. Diesen einen Jungen retten. In: *Süddeutsche* (04.04.2014), S. 1–2. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/bildung/rechtsextremismus-kinder-die-hakenkreuze-kritzeln-1.1928345>., zuletzt geprüft am: 26.7.15

Scherr, Albert (2008): Kommunikationsfähigkeit ist gefragt. Forderungen aus der Wissenschaft. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41405/analyse-albert-scherr?p=1>, zuletzt geprüft am: 26.7.15

Scherr, Albert (2011): Pädagogische Grundsätze für die politische Bildung unter erschwerten Bedingungen. In: *polis* (2011), S. 7–9.

Schubarth, Wilfried (2004): Ausgrenzung verhindern- demokratische Kompetenzen fördern. Schulische Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus und Gewalt. In: Stephan Braun und Hörsch Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke- eine Gefahr. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181–190.

Spindler, Susanne (2011): Wer hat Angst vor Mehmet? Medien, Politik und die Kriminalisierung von Migration. In: Gudrun Hentges (Hg.): Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus, extreme Rechte, Migration im Fokus der Debatte ; [Christoph Butterwegge zu seinem 60. Geburtstag gewidmet]. Unter Mitarbeit von Christoph Butterwegge. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften, S. 283–294.

Statistisches Bundesamt (2003): 0,2% Wirtschaftswachstum im Jahr 2002 (Teil 1). Online verfügbar unter <http://www.presseportal.de/pm/32102/412395>, zuletzt geprüft am 25.7.15

Sturzbecher, Dietmar; Holtmann, Dieter (2007): Werte, Familie, Politik, Gewalt--was bewegt die Jugend? Aktuelle Ergebnisse einer Befragung. Berlin: Lit (Individuum und Gesellschaft, Bd. 5).

Wagner, Ulrich (2013): Rechtsextremismus. Ein öffentliches Thema aus psychologischer Sicht. In: *Psychologische Rundschau* (64.), S. 244–250.

Wenzler, Torsten (2001): Jugendlicher Rechtsextremismus in politischer und pädagogischer Übersicht. Ein Überblick. Münster: Lit (Erziehungswissenschaft, Bd. 43).

Wertfein, Monika (2007): Emotionale Entwicklung von Anfang an – wie können Eltern den kompetenten Umgang mit Gefühlen fördern? Emotionales Familienklima und der Umgang mit negativen Emotionen. Online verfügbar unter <https://www.familienhandbuch.de/kindheitsforschung/fruehkindheit/emotionale-entwicklung-von-anfang-an-%E2%80%93-wie-können-eltern-den-kompetenten-umgang-mit-gefühlen-fordern-teil-2#emotionales>, zuletzt geprüft am 27.7.15

Zeitonline (2013): Rechtsextreme Eltern werden zum Problem für Kitas. In: *Zeit*, 24.11.2013. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2013-11/rechtsextreme-kita-rassismus>. zuletzt geprüft am 24.7.15

Zeitonline (2015): Zunehmende Angriffe auf Flüchtlingsheime. In: *Zeit*. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/asyl-fluechtlingsheime-uebergriffe-zahlsteigend.>, zuletzt geprüft am 23.7.15

Zick, Andreas; Klein, Anna (2014): Fragile Mitte- Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH.

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind in allen Fällen unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Ort, Datum

Unterschrift